

**Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern**

Klaus Schwabe

**Wurzeln, Traditionen und Identität
der Sozialdemokratie
in Mecklenburg und Pommern**

Reihe
Geschichte
Mecklenburg-Vorpommern
Nr. 9

Unter Mitarbeit von:

**Dr. Klaus Baudis
Gisela Klostermann
Günter Köhler
Dr. Ernst-Joachim Krüger
Dr. Werner Lamprecht
Dr. Klaus Lüders
Dr. Marko Michels
Dr. Fred Mrotzek
Dr. Gustav Adolf Strasen**

Schwerin 1999

Herausgeber:
Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern
Arsenalstraße 08
19053 Schwerin

Druck und Layout:
Zachow Offsetdruck, Parchim

3. geänderte und erweiterte Auflage
November 2004
ISBN 3-86077-854-4

Inhaltsverzeichnis

1.	Vorwort zur ersten Auflage von Dr. Harald Ringstorff	5
2.	Einleitung	6
3.	Kurzer Abriss der Geschichte des SPD-Landesverbandes in Mecklenburg und Mecklenburg-Vorpommern	8
4.	Biographien führender sozialdemokratischer Persönlichkeiten in Mecklenburg und Pommern	28
	Dr. Joseph Herzfeld	28
	Georg Adolph Demmler	32
	Ludwig Reinhard	37
	Johannes Stelling	39
	Willi Jesse	41
	Paul Schroeder	43
	Albert Schulz	45
	Karl Moritz	48
	Xaver Karl	49
	Hermann Lüdemann	50
	Aurel von Jüchen	51
	Bruno Theek	53
	Carl Moltmann	54
	Wilhelm Höcker	55
	Kurt Freiherr von Reibnitz	57
	Karl Bartosch	61
	Johannes Richard Krüger	62
	Walter Freese	63
	August Streufert	65
	Fritz Herbert	66
	Else Höfs	68
	August Horn	69
	Karl Krull	71
	Richard Schallock	72
	Gustav Schumann	74
	Theodor Hartwig	74
	Karl Kirchmann	76
	Max Fank	77
	Otto Kortüm	79
5.	Verzeichnis der sozialdemokratischen Abgeordneten der Landtage von Mecklenburg und (Vor)Pommern	81
5.1	Sozialdemokratische Mitglieder des Landtages von Mecklenburg-Schwerin 1919–1933	81
5.2	Sozialdemokratische Mitglieder des Landtages von Mecklenburg-Strelitz 1919–1933	93
5.3	Provinziallandtag von Pommern	99

5.4	Sozialdemokratische Mitglieder des Provinziallandtages Pommern 1919–1933	100
5.5	Sozialdemokratische Mitglieder des Landtages Mecklenburg-Vorpommern und des Deutschen Bundestages aus Mecklenburg-Vorpommern 1990–2002	106
6.	Wahlergebnisse, Parteitage, Mitgliederbewegung	111
6.1	Reichs- und Landtagswahlen in Mecklenburg-Schwerin 1871–1933	111
6.2	Reichs- und Landtagswahlen in Mecklenburg-Strelitz 1871–1933	113
6.3	Reichs- und Landtagswahlen in Preußen 1871–1933	115
6.4	Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern 1990–1998	117
6.5	Sozialdemokratische Parteitage des Bezirkes Mecklenburg/Lübeck	118
6.6	Sozialdemokratischer Parteitag von Mecklenburg (Vorpommern)	119
6.7	Sozialdemokratische Parteitage von Pommern	119
6.8	Sozialdemokratische Parteitage von Mecklenburg-Vorpommern ..	120
6.9	Mitgliederbewegung	121
7.	Dokumente (Auswahl)	122
8.	Abkürzungsverzeichnis	136
9.	Auswahlbibliographie	137
10.	Personen- und Ortsverzeichnis	138
11.	Die Autoren	144

1. Vorwort zur ersten Auflage von Dr. Harald Ringstorff

Die Gegenwart kann nur gestalten, wer auch die Geschichte kennt. Die Erinnerung an Vergangenes ist deshalb Voraussetzung für erfolgreiches politisches Handeln in der Gegenwart.

Dank der fleißigen Forschungstätigkeit von Wissenschaftlern und Archivaren aus unserem Land kann die Friedrich-Ebert-Stiftung nun in dem vorliegenden Band allen politisch Interessierten Erkenntnisse über die Geschichte der Sozialdemokratie in Mecklenburg und Pommern vorlegen, die es in dieser Konzentration und Präzision bislang nicht gegeben hat. Als Vorsitzender des SPD-Landesverbandes und als Ministerpräsident bin ich dafür dankbar.

Wurzeln, Traditionen und Identität der Sozialdemokraten und vor allem in Vorpommern zu erforschen ist ein mühseliges Geschäft. Die Quellenlage ist oftmals dürftig; Wichtiges wurde von unseren politischen Vorfahren nicht aufbewahrt oder ging verloren. Gleichwohl ergibt das, was hier zusammengetragen ist, ein anschauliches Bild von den Schwierigkeiten, mit denen die SPD in den beiden Mecklenburg und in der preußischen Provinz Pommern zu kämpfen hatte. Zu den Hochburgen der deutschen Sozialdemokratie zählten die Landstriche an der Küste nie. Um so bemerkenswerter sind die Erfolge, die Sozialdemokraten hierzulande erzielen konnten. Schon zur Kaiserzeit sind die Wahlergebnisse beachtlich, und in der Weimarer Republik stellte die SPD sowohl in Schwerin als auch in Neustrelitz lange Zeit die Regierungschefs. Namen wie Johannes Stelling oder Kurt Freiherr von Reibnitz sind es wert, heute wieder in Erinnerung gerufen zu werden.

Pommern profitierte davon, dass mit dem Sozialdemokraten Otto Braun ein Mann an der Spitze Preussens stand, der sein Land zur wohl verlässlichsten Stütze der Weimarer Republik machte. Von den Politikern in der pommerschen Provinz hingegen spricht heute kaum noch jemand – und doch können Namen wie Max Fank, Otto Kortüm oder Else Höfs in gleicher Weise als politisches Vorbild dienen.

Politik lässt sich anschaulich nur dann machen, wenn man die Menschen vorstellt, die sie betreiben. Ihre Motive, ihr Antrieb, ihre Leidenschaften sind es, die uns verstehen lassen, warum unsere Geschichte den Weg einschlug, auf dem wir uns heute befinden. Die Kenntnis der Umstände allein reicht nicht aus, um Geschichte zu begreifen. Die Menschen muss man kennen! Genau dazu trägt diese Schrift Beachtliches bei.

Möge sie Ermunterung zu weiteren historischen Studien sein.

Dr. Harald Ringstorff
Schwerin, im Juni 1995

2. Einleitung

In der Sozialgeschichte Mecklenburgs und Pommerns der vergangenen 120 Jahre nimmt die Sozialdemokratie einen festen Platz ein. Es waren vor allem Mitglieder und Funktionäre dieser Partei, die im Kampf um die Verbesserung der Lebensverhältnisse an vorderster Stelle standen und oftmals ohne Rücksicht auf Gesundheit und Leben in Auseinandersetzung mit einem hartnäckigen Gegner standen. In Pommern und Mecklenburg hatte es die Arbeiterschaft vor allem mit dem Landadel zu tun, der beharrlich um seine Privilegien rang und stets versuchte, die Forderungen der Sozialdemokratie abzuwehren. Erst als 1918 mit dem Ende der Monarchie die wichtigste Stütze des Großgrundbesitzes beseitigt wurde, änderten sich die politischen Bedingungen des Kampfes um mehr soziale Gerechtigkeit. Sozialdemokraten wurden in die Parlamente gewählt, nahmen Regierungsverantwortung wahr oder standen an der Spitze von Verbänden und Gewerkschaften. Viele von ihnen sind in Vergessenheit geraten. Selbst von ehemaligen Ministern und Spitzenfunktionären ist relativ wenig aus ihrem Leben bekannt.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern, regte die Erarbeitung der vorliegenden Schrift an, um die Erforschung der Geschichte der SPD in diesem Land zu unterstützen. Historiker Mecklenburgs und Vorpommerns trugen in mühseliger Kleinarbeit die Biographien ehemaliger Landtagsabgeordneter, Ministerpräsidenten, Minister und Parteifunktionäre zusammen, ermittelten die Daten von Parteitagungen sowie die Ergebnisse von Landtagswahlen. Dabei standen nicht immer Primärquellen zur Verfügung, was naturgemäß die Gefahr von Fehlern erhöht. Zwei Weltkriege, die NS-Zeit, die Zwangsvereinigung 1946 sowie die faktische Eliminierung sozialdemokratischen Gedankengutes in der DDR führten zu enormen Verlusten an schriftlicher sozialdemokratischer Überlieferung. Dennoch ist ein beachtliches Material gesammelt worden, das nun als Kompendium allen Interessierten in die Hand gegeben werden kann, vom Ortschronisten bis zum Parteihistoriker, vom Parteifunktionär bis zum Abgeordneten.

Der rege Zuspruch seit dem Erscheinen der ersten Auflage, verbunden mit zahlreichen Hinweisen und Ergänzungen machen es möglich, die Broschüre bereits in dritter Auflage erscheinen zu lassen. Die Erweiterungen sind vielfältig und betreffen sowohl den einführenden Text, Biografien, das Zeitfenster als auch Angaben zu Ministern und Parlamentariern. Allen Autoren und Lesern dieser Publikation wird herzlich für ihr Interesse und die Hinweise gedankt. Auch künftig rechnen wir mit weiteren Ergänzungen.

Mein Dank gilt allen Autoren, insbesondere aber Herrn Dr. Werner Lamprecht, der mit viel Energie am Teil Pommersche Sozialdemokratie gearbeitet hat. Gedankt sei ebenfalls den zahlreichen Archiven, vor allem dem Landeshauptarchiv Schwerin und dem Landesarchiv Greifswald, den Stadtarchiven Stralsund und Greifswald sowie dem Universitätsarchiv Greifswald für die Möglichkeit der Akteneinsicht.

Grambow, im November 2004

Klaus Schwabe

3. Kurzer Abriss der Geschichte des SPD-Landesverbandes in Mecklenburg und Mecklenburg-Vorpommern

I

Am 23. Mai 1863 schlug mit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins die Geburtsstunde der deutschen Sozialdemokratie. Delegierte aus 11 Orten wählten in Leipzig Ferdinand Lassalle zum Präsidenten des Vereins. „Nach fünfzehnjährigem Schlummer rief Lassalle – und dies bleibt sein unsterbliches Verdienst – die Arbeiterbewegung wieder wach in Deutschland.“ Mit diesen Worten würdigte Karl Marx die historische Leistung Lassalles.

In weitgehender Übereinstimmung befanden sich Marx und Lassalle in der Analyse des kapitalistischen Systems und der Aufgabe der Arbeiterschaft im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Darüber hinaus gab es in theoretischen Fragen zwischen Marx und Lassalle tiefe Widersprüche, etwa über für die politischen und sozialen Rechte der Arbeiter, die Einfluss haben sollten auf die weitere Entwicklung der Arbeiterbewegung auch nach dem frühen Tod Lassalles.

Die gescheiterte Revolution von 1848 hatte zu einer Verschärfung der sozialen Probleme geführt, was sich katastrophal auf die politische und wirtschaftliche Situation Deutschlands in der europäischen Konkurrenz auswirkte. Das Scheitern der bürgerlichen Fortschrittspartei im preußischen Verfassungskonflikt und die Erfolge der Bismarckschen Schwertstrategie bei der Lösung der nationalen Frage deckten gnadenlos die Schwächen des bürgerlichen Liberalismus gegenüber dem Obrigkeitsstaat auf. „Vernünftig“ wäre in dieser Lage eine Koalition zwischen bürgerlicher Radikaldemokratie und Arbeiterschaft im Kampf für Demokratie und soziale Gerechtigkeit gewesen. Es entstand jedoch ein Interessenbündnis zwischen der alten Agrararistokratie und der neuen industriellen Führungsschicht des Bürgertums. Damit blieb der Arbeiterschaft in Deutschland nur die Möglichkeit, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen, sich zu organisieren und zu kämpfen.

Eine Wurzel der Arbeiterbewegung liegt in der Demokratiebewegung des 19. Jahrhunderts. Mecklenburg verfügt in dieser Bewegung über eine Tradition, die mit Namen wie Karl Türk, Julius und Moritz Wiggers, Ludwig Reinhard und Georg Adolf Demmler verbunden ist. Aus ihr erwachsen die Werte sozialdemokratischer Ideen und Programmatik. Die 1. Internationale, die am 28. September 1864 von einer Gruppe englischer und französischer Arbeitervertreter gegründet wurde, orientierte ihr Programm an der Aussage des Kommunistischen Manifestes: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“. In

einer von Marx verfassten „Inauguraladresse“ rief die Internationale zum Kampf gegen die Klassenherrschaft und zur Gründung selbständiger politischer Arbeiterparteien auf.

Vom 7. bis zum 9. August 1869 wurde in Eisenach die Sozialdemokratische Arbeiterpartei durch Wilhelm Liebknecht und August Bebel gegründet. In ihrem Programm forderte diese neue Partei eine Abschaffung der Klassenherrschaft und die Errichtung eines freien Volksstaates. In der Sozialpolitik vertraten beide Arbeiterparteien sehr ähnliche Standpunkte. Dazu gehörten die Forderung nach der Verkürzung des Arbeitstages, das Verbot der Kinderarbeit, die vertragliche Sicherung eines Tarifsystems und die Einführung eines Versicherungssystems für Arbeitnehmer. Unterschiede gab es dagegen in der Bewertung des preußischen Staatssystems, über den Weg zur Reichseinigung sowie über die Rolle von Demokratie und Parlamentarismus.

Nachdem sich die preußische Variante der Reichseinigung 1871 von oben mit der Krönung des preußischen Königs zum deutschen Kaiser durchgesetzt hatte, verlor ein wesentlicher Dissens zwischen den Eisenachern und Lassalleanern seine Grundlage.

Die unmittelbaren Nöte der Arbeiterschaft vermehrten sich mit der 1873 beginnenden Wirtschaftskrise. Aufgrund dessen drängten gerade die einfachen Mitglieder auf einen Zusammenschluss. Dabei wurde der Verständigungs- und Aussöhnungsprozess durch die nach der Reichseinigung einsetzende staatliche Unterdrückungspolitik gefördert und beschleunigt. Mit dem Gothaer Einigungsparteitag vom 23. bis 27. Mai 1875 wurde dann ein wichtiger Schritt zur entschlossenen Solidarität im Kampf für die Rechte der Arbeitenden getan.

Das auf diesem Parteitag angenommene Programm offenbarte jedoch noch große Mängel. Karl Marx unterzog es in seinen „Randglossen zur Kritik des Gothaer Programms“ einer gründlichen Begutachtung. Vor allem kritisierte er den lassalleanischen „Unsinn“ des „ehernen Lohngesetzes“ sowie die Position, dass alle Klassen neben der Arbeiterklasse reaktionär seien, was eine Bündnispolitik geradezu unmöglich machen würde. Im Ganzen gesehen entsprach das Programm in wichtigen Teilen eher einem faulen Kompromiss, bei dem sich Bebel und Liebknecht offensichtlich auch nicht so recht wohl fühlten. Wie sollte man die jahrelange Verheimlichung der Marxschen „Randglossen“ durch Wilhelm Liebknecht anders werten? Das Bedürfnis nach einer fest gefügten Theorie für den Kampf der Arbeiterschaft war allerdings auch noch wenig drängend, da Tagesfragen die Auseinandersetzungen mit den Kapitalisten und dem Staat beherrschten.

Zwei Ereignisse prägten das Selbstverständnis sozialdemokratischer Politik: Der deutsch-französische Krieg von 1870/71 und das Sozialistengesetz, das von 1878 bis 1890 als „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen

der Sozialdemokratie“ zur Anwendung kam. Bei Erstem stand die Frage einer Zustimmung der Bewilligung von Kriegskrediten durch sozialdemokratische Abgeordnete des Deutschen Reichstages im Vordergrund, was die gegensätzlichen Meinungen vor dem 1. Weltkrieg und noch lange danach mit zum Teil fatalen Folgen hart aufeinander prallen ließ. Das Sozialistengesetz zum anderen bewirkte geradezu das Gegenteil dessen, was mit ihm beabsichtigt war, denn es endete mit einem Fiasko Bismarcks und einer politisch starken und in der Organisation gefestigten Sozialdemokratie.

II

Für das agrarisch geprägte Mecklenburg setzte der sozialdemokratisch bestimmte Befreiungskampf kraftvoll erst nach dem Fall des Sozialistengesetzes ein. Die Ursachen hierfür sind im wesentlichen in zwei Besonderheiten begründet: Erstens fehlte mit der industriellen Arbeiterschaft die Klasse als politischer und sozialer Träger des Klassenkampfes. Industrieproletariat entwickelte sich in Mecklenburg nur zögerlich mit der Entstehung kapitalistischer Betriebe um die Jahrhundertwende, beispielsweise in Rostock mit der Neptunwerft und der Brauerei „Mahn&Ohlerich“. Gleiches gilt für Pommern, wo Anfang des 20. Jahrhunderts nur etwa 17 Prozent der Erwerbstätigen in der Industrie oder vergleichbaren Gewerbebetrieben beschäftigt waren.¹ Die kapitalistische Entwicklung steckte in Mecklenburg noch in den Kinderschuhen. Somit war der klassische Widerspruch von Kapital und Arbeit als Fundament der Befreiungsideologie des Marxismus nur in Ansätzen vorhanden. Zweitens war Mecklenburg nach der gescheiterten Revolution von 1848/49 fast völlig in die feudale Reaktion zurückgefallen. Der Wiedereinsetzung des „Landesgrundgesetzlichen Erbvergleichs“ als Verfassung folgte eine drastische Verschärfung des Vereins- und Versammlungsrechtes 1851 durch die „Verordnung betreffs Versammlungen und Vereine zu politischen Zwecken“.

Die staatliche Struktur Mecklenburgs bestand aus den beiden nach dem Hamburger Vergleich von 1701 gebildeten Herzog- bzw. Großherzogtümern Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz. Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse bestimmten sich nach dem „Landesgrundgesetzlichen Erbvergleich“ aus dem Jahre 1755., der die staatsrechtliche Grundlage der Teilung der Macht zwischen den Ständen und dem Monarchen bildete. Für die Arbeiterschaft, die Bauern und andere abhängige Gruppen war dabei keine Machtbeteiligung vorgesehen. Die im Gefolge der bürgerlichen Revolution von 1848 kurzzeitig ins Leben gerufene parlamentarische Vertretung in Form einer Abgeordnetenversammlung, die neu geschaffene Verfassung als

¹ Vgl. Werner Müller/Fred Mrotzek/Johannes Köllner. Die Geschichte der SPD in Mecklenburg und Vorpommern. J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2002, S. 17 ff.

Staatsgrundgesetz und die Außerkraftsetzung des Landesgrundgesetzlichen Erbvergleichs wurden aber schon 1850 per gerichtlichem Schiedsspruch aufgehoben, wobei sich Mecklenburg-Strelitz erst gar nicht dem demokratischen Geist der 48er Revolution geöffnet hatte. Wenn sich also die politischen Möglichkeiten der Sozialdemokratie nach der Reichseinigung eher verschlechterten, dann galt dies um so mehr für Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz.

In Mecklenburg wurde das Sozialistengesetz noch durch ein Ausnahmegesetz verschärft, das die Versammlungs- und Pressefreiheit weiter einschränkte und der Polizei alle Vollmachten zur Beobachtung und Verhinderung aller demokratischen Regungen bot. Dennoch gab es in Mecklenburg einige Sozialdemokraten, wie z.B. den bekannten Hofarchitekten Georg Adolf Demmler, und auch sozialdemokratische Sympathisanten, wie das Ergebnis der Reichstagswahlen von 1878 mit 7.622 Stimmen für die SPD in Mecklenburg-Schwerin und 241 in Mecklenburg-Strelitz beweist. Ein Jahr später nach dem Erlass des Sozialistengesetzes waren es nur noch 1.985 in Mecklenburg Schwerin und ganze 85 Stimmen in Mecklenburg-Strelitz. Als das Sozialistengesetz fiel, galt dies auch für Mecklenburg, aber das mecklenburgische Ausnahmegesetz blieb noch fast zwei Jahrzehnte in Kraft. Dies hatte eine starke Behinderung der sich entwickelnden Sozialdemokratischen Partei zur Folge, die erst 1908 in Mecklenburg zugelassen wurde. So war es erstmals 1909 in Mecklenburg, und zwar in Schwerin, möglich, einen Landesparteitag stattfinden zu lassen, der seit 1892 in einem ein- bzw. zweijährigem Rhythmus in Lübeck durchgeführt worden war. Trotz Repression und Verfolgung bildeten sich in Städten und Dörfern Ortsgruppen der SPD. Da dies jedoch verboten war, musste stets mit Verhaftung gerechnet werden.

Die soziale Struktur der Bevölkerung stellte sich wie folgt dar: Es gab einen relativ geringen Anteil an Industrieproletariat, einen breiten Mittelstand von Handwerksmeistern mit 2 bis 5 Gesellen und eine starke Landarbeiterschaft, die vor allem in materieller Hinsicht von den Gutsbesitzern abhängig war. In den domanialen ländlichen Gebieten und teilweise auch in den Städten war der Anteil der Bürger, der mit der Sozialdemokratie sympathisierte, erheblich größer als im ritterschaftlichen Gebiet. Etwa zwei Drittel von Mecklenburg-Strelitz war ritterschaftlicher Besitz, im Gebiet des Amtes Schönberg hatte sich ein freies Bauerntum erhalten, das jedoch nicht unbedingt als sozialdemokratiefreundlich bezeichnet werden kann. Hinzu kam, dass die SPD den Schwerpunkt ihrer parteipolitischen Arbeit lange Zeit in den Industriebetrieben sah, da hier das Industrieproletariat konzentriert war, dem nach Marx die Führungsrolle im Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung zukam.

Auch die pommersche Bevölkerung war ebenso wie die mecklenburgische in ihren Rechten angesichts der feudalen Verhältnisse Preußens erheblich eingeschränkt, obwohl die Reformbewegung deutlicher als in Mecklenburg ihre Spuren hinterlassen hatte. Eindeutig privilegiert waren die Ritterschaft, städ-

tische Beamte und die nichtadligen Landbesitzer. Die Mehrheit der pommerischen Abgeordneten für das preußische Abgeordnetenhaus und den Reichstag stellten die Konservativen. Während das preußische Parlament nach dem Dreiklassenwahlrecht gewählt wurde und nur von dem männlichen Teil der Bevölkerung, ging der Reichstag aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen hervor.

Die wohl bedeutendste Vertretung für politische Aktivitäten der Sozialdemokraten war der Provinziallandtag, der in Stettin als dem wichtigsten Verwaltungszentrum Pommerns seinen Sitz hatte. Gebildet wurde der Provinziallandtag im Zuge der preußischen Verwaltungsreform in den 1870er Jahren. Wie in Mecklenburg so war auch der Provinziallandtag bis zur Novemberrevolution kein von der Bevölkerung frei gewähltes Parlament, sondern eine ständische Vertretung in der der Großgrundbesitz eindeutig dominierte. Der preußische König hatte jedoch die oberste Entscheidungsgewalt. Damit war Selbstverwaltung beträchtlich eingeschränkt. Die erste freie Wahl des Provinziallandtages erfolgte am 3. Dezember 1870. Die Sozialdemokraten errangen 21. Mandate und konnte somit erstmals in der Geschichte Pommerns mitregieren, wengleich auch nur im Rahmen der Provinz ohne die Befugnis, wie sie in Mecklenburg mit den Landtagen möglich war.

Die Orientierung auf die sozialen Nöte großer Teile der Bevölkerung und eine Mut machende Agitation stärkten die sozialdemokratische Basis. Nach der Zulassung der Partei wurde deutlich, dass bereits vorher systematisch gearbeitet worden war. Herausragende Impulse gingen insbesondere von großen Städten Rostock, Schwerin, Wismar und Güstrow aus. Die unermüdliche Arbeit des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten für Mecklenburg, des Rechtsanwaltes Joseph Herzfeld aus Berlin, war ein wirksame Unterstützung. 1908 wurden in 7 Kreisvereinen, die in einzelne Ortsvereine gegliedert waren, bereits 5.307 Mitglieder registriert. Bemerkenswert ist die Tatsache, dass sich selbst in solchen Hochburgen der Ritterschaft wie Strelitz (Alt), Neustrelitz, Friedland, Fürstenberg, Malchin, Waren, Teterow und Röbel SPD-Ortsvereine bilden konnten, mit immerhin 700 Mitgliedern.

Im Mittelpunkt der sozialen und politischen Auseinandersetzungen standen spezifisch mecklenburgische Themen. Dies waren, um nur einige zu nennen, die Verbesserung der Lage der Landarbeiter, insbesondere die Abschaffung der menschenverachtenden Gesindeordnung, die Durchsetzung eines allgemeinen Wahlrechts und die Aufhebung der Käuflichkeit dieses Bürgerrechts, die Forderung nach demokratischen Verhältnissen im Land, die besonders durch die Einführung einer verfassungsmäßigen Ordnung, die Beseitigung der Ständeherrschaft, ein Recht auf Bildung usw. bestimmt sein sollten. Bemerkenswert erscheint auch das Verlangen, die Stellung der Frauen in der Gesellschaft zu verbessern. Die Frauen gehörten zu den am schärfsten Ausgebeuteten, sie besaßen kaum Rechte, sogar das Wahlrecht wurde ihnen vorenthalten. In diesem Zusammenhang sei deshalb an die Forderungen von

August Bebel erinnert, die bis heute kaum etwas von ihrer Aktualität eingeübt haben. Die Landesorganisation der SPD konnte auf ihrem Parteitag am 23. und 24. Oktober 1910 mit Genugtuung feststellen, dass sich der Anteil der Frauen seit dem letzten Parteitag von 600 auf 1000 erhöht hat. Einige von ihnen gelangten sogar in leitende Funktionen der Partei.

Angesichts der insgesamt positiven Entwicklung der Sozialdemokratie, besonders auch ihres kontinuierlich wachsenden Einflusses in der Bevölkerung, wurde sie von den Herrschenden zunehmend als Bedrohung wahrgenommen. Vereine, die massiv gegen die SPD ausgerichtet waren, wie der „Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“ und der „Verein reichstreuer Arbeiter“ fanden nachweislich im Raum von Neustrelitz eine Wirkungsstätte. Die ungelösten Probleme in beiden Mecklenburg, besonders aber der rechtskräftige Bestand des Landesgrundgesetzlichen Erbvergleichs erleichterten die sozialdemokratische Oppositionsarbeit. Dennoch beeinflussten die Auseinandersetzungen und Flügelkämpfe der Zentrale auch die Partei in Mecklenburg. Der Richtungsstreit – Reform oder Revolution? – fand seinen Niederschlag in oft unklar definierten Strategiepunkten des Programms, im Opportunismus gegenüber den Herrschenden und nicht zuletzt auch in der Frage, ob die Sozialdemokratie fähig und bereit war, die Macht im Land zu übernehmen, einschließlich der Frage nach dem Weg zur Macht, eben durch Revolution oder durch Reformen. Die Erwartungshaltung der Bevölkerung gegenüber der SPD war am Vorabend des 1. Weltkrieges groß, in einer Zeit, wo auch die Sozialdemokratie sich zwischen Krieg und Frieden zu entscheiden hatte.

Zur Frage der Bewilligung von Kriegskrediten gab es auch in der mecklenburgischen Sozialdemokratie heftige Diskussionen. Die Lösung der Vaterlandsverteidigung wurde keineswegs mit großer Zustimmung aufgenommen. Einerseits wollte man beweisen, dass man sich als große Partei durchaus zur Verantwortung für das Vaterland bekennen wollte und es unter gar keinen Umständen zu einer Spaltung der Partei kommen durfte. Andererseits wurde darüber gestritten, ob es sich hier um einen Verteidigungskrieg oder in erster Linie um die Wahrung von Profitinteressen der Kapitalisten handelte, was von der Sozialdemokratie nicht noch unterstützt werden sollte. Der mecklenburgische Reichstagsabgeordnete Herzfeld, der eine starke Sympathie für die Linken um Karl Liebknecht besaß, stimmte zwar zunächst zu, enthielt sich aber bei der zweiten Abstimmung der Stimme.

Angesichts der Eroberungsfeldzüge der deutschen Armeen, der Niederlagen mit Tausenden von Toten und der vielen erbrachten Opfer in der Heimat kamen die mecklenburgischen Sozialdemokraten um Kröger, Botzenhardt, Moltmann, Bartosch zu der Auffassung, dass dieser Krieg so schnell wie möglich beendet werden musste. Entsprechende Antikriegsaktionen manifestierten sich 1917 in Streiks und offenem Protest. Genannt sei hier der Streik in der Munitionsfabrik in Holthusen bei Schwerin und die Solidarität mit den Kriegsgefangenen in Neubrandenburg-Fünfeichen und Parchim.

III

Anfang 1918 bildeten sich in Rostock, Wismar, Schwerin und anderen Städten Mecklenburgs wie im ganzen Reich Arbeiter- und Soldatenräte. Die Sozialdemokraten erkannten ihre Verantwortung und nahmen sie wahr. Die Forderung nach sofortiger Beendigung des Krieges war verbunden mit der Frage: Was kommt danach? Dabei wurde deutlich, dass man zunächst noch mit der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung, der raschen Überwindung der zerrütteten wirtschaftlichen Verhältnisse und der Herstellung des Friedens mit den Nachbarstaaten zufrieden war. In Mecklenburg war darüber hinaus die Forderung nach demokratischen Freiheiten, die in der Verfassungsfrage kulminieren, Bestandteil des politischen Forderungskatalogs, denn der Landesgrundgesetzliche Erbvergleich bildete immer noch die Verfassung des Landes.

Im Februar 1918 entstand für das Großherzogtum Mecklenburg-Strelitz eine komplizierte Situation. Herzog Adolf Friedrich VI. nahm sich unter mysteriösen Umständen das Leben. Unverheiratet und ohne Nachkommen blieb der Thron verwaist, weil der reguläre Nachfolger Herzog Karl Michael auf den Thron verzichtete, da er sich in russischem Militärdienst befand und unter diesen Umständen insbesondere von Teilen der Ritterschaft abgelehnt wurde. Nach dem Hausvertrag mit Mecklenburg Schwerin hätte Friedrich Franz die Regentschaft übernehmen müssen. Bis es jedoch zu einer Klärung der Verhältnisse kam, diktierten die Ereignisse den Geschichtsverlauf.

Die Novemberrevolution machte Schluss mit dem Taktieren in der Frage der Beendigung des Krieges, der Kaiser musste abdanken und mit ihm in Mecklenburg Friedrich Franz, der nach Dänemark zu seinen Verwandten floh.

Sowohl in Mecklenburg-Schwerin als auch in Mecklenburg-Strelitz wurden Wahlen zu verfassungsgebenden Landtagen ausgeschrieben. In Mecklenburg-Strelitz erreichten die Sozialdemokraten ein hervorragendes Ergebnis von 46 Prozent der abgegebenen Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 90 Prozent. In Mecklenburg-Schwerin erhielt die SPD gar 47,9 Prozent. Weil die SPD exakt die Hälfte aller Mandate errang, mussten jedoch Koalitionsregierungen gebildet werden. Während in Mecklenburg-Strelitz der Sozialdemokrat Hans Krüger der Regierung vorstand, wurde in Schwerin Hugo Wendorff von der DDP Ministerpräsident. Beide Mecklenburg wurden jeweils Freistaaten.

Die Sozialdemokraten in Mecklenburg-Strelitz setzten sich vehement für die Erhaltung der Selbständigkeit ihres kleinen Staatsgebildes ein. Sie waren der Auffassung, dass die künftige demokratische Entwicklung in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht eigenständiger und erfolgreicher bewältigt werden könnte als im Verbund mit Schwerin oder gar Preußen. Ein beträchtlicher „Hausschatz“ fiel dem Staat zu, der einen günstigen Start sichern sollte. Die Verfassung wurde in weniger als vier Wochen als Staatsgrundgesetz in drei

Lesungen durch das Parlament gebracht. Sie enthielt die lang ersehnten demokratischen Grundrechte und Freiheiten für das Volk und bestimmte Mecklenburg-Strelitz als republikanischen Staat mit parlamentarischer Demokratie in der Weimarer Republik. Schon am 30. März 1919 wurde der 1. Ordentliche Landtag gewählt. Die vereinigten bürgerlichen Parteien erhielten 45,4 Prozent der Stimmen und die SPD 42,8 Prozent. Hans Krüger blieb Vorsitzender des Staatsministeriums. Während in Schwerin eine gründliche Diskussion des Verfassungsentwurfs begann, stand in Neustrelitz die Einzelgesetzgebung zum Aufbau des Schulsystems sowie der Sozialordnung im Mittelpunkt der parlamentarischen Arbeit.

Während die bürgerlichen Parteien über fachlich versierte Politiker wie Rechtsanwälte, Mediziner und Agrarspezialisten verfügten, sah das bei den Sozialdemokraten wesentlich ungünstiger aus. Sie hatten ihr Wissen überwiegend autodidaktisch erworben, ihre „Universität“ war das Leben. Bestenfalls verfügte die SPD über ein paar engagierte Volksschullehrer oder Journalisten. Insofern war es für die Sozialdemokraten sehr schwer, sich in die Parlaments- und Regierungsarbeit hineinzufinden. Es war gewiss ein Glücksfall, dass die Sozialdemokratie in Mecklenburg-Strelitz im November 1918 einen Mann aufnehmen konnte, der zwar nicht aus der sozialdemokratischen Tradition kam, aber ein soziales Empfinden sein eigen nannte. Mit doppelter Promotion und adliger Herkunft passte Kurt von Reibnitz nicht so recht zur Sozialdemokratie. Er war Attaché an der Deutschen Botschaft in Washington und Landrat in Falkenberg in Schlesien gewesen. Er wurde natürlich von allen Seiten argwöhnisch beäugt, machte sich aber bald dank seiner Sachkunde und seines Einsatzes viele Freunde und, wie könnte es anders sein, auch eine Menge Feinde. Von 1919 bis 1923 und 1928 bis 1931 war er Staatsminister der Regierung von Mecklenburg-Strelitz.

Die schwierigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse machten das Regieren nicht leicht. Mehrere Misstrauensanträge mussten abgewehrt werden und zweimal wurde die Zustimmung zum Haushalt verweigert. Kurt von Reibnitz trat zurück und wurde erneut mit der Regierungsbildung beauftragt, und war bis zum 4. Dezember 1931 Staatsminister der Koalitionsregierung mit der konservativen Deutschnationalen Volkspartei und anderen bürgerlichen Parteien. Neben Kurt von Reibnitz haben andere Sozialdemokraten eine bedeutende Rolle in Parlament und in der Regierung gespielt. Zu nennen sind hier die Fraktionsvorsitzenden Wilhelm Leuß und Karl Bartosch sowie auch der Vorsitzende des Landarbeiterverbandes David Botzenhardt.

In Mecklenburg-Schwerin gingen die Sozialdemokraten bei den Landtagswahlen bis 1932, mit Ausnahme der Wahl zum 3. Ordentlichen Landtag 1924, stets als stärkste Kraft hervor. Sie stellte mit Johannes Stelling und Paul Schroeder Ministerpräsidenten, die mit ihren Regierungen Reformen auf den Weg brachten, wie sie in den Jahrzehnten vorher undenkbar gewesen waren. Bildung für alle, soziale Gerechtigkeit, Wahrung der Menschenrechte, Freiheit

und Demokratie standen im Zentrum ihrer Politik. Dennoch hätten die Sozialdemokraten sich gewünscht, konsequenter und umfangreicher bei der Durchsetzung ihrer Anliegen sein zu können. Chronischer Geldmangel, Widerstand konservativer Kräfte und auch eigene Fehler stellten Hemmnisse dar, die in der Konsequenz zu einer allgemeinen Unzufriedenheit führten.

Die Weimarer Zeit war für die SPD eine Zeit des Lernens und der gleichzeitigen Umsetzung ihrer politischen Ziele in praktische Politik. Wenn auch niemals allein, so hat sie in beiden mecklenburgischen Staaten verantwortlich die Regierungspolitik gestaltet. Auf diese Aufgabe waren die Sozialdemokraten 1918 im Grunde wenig vorbereitet. Der Richtungsstreit in der Partei hatte sich zugespitzt und sein Ende mit der Gründung der KPD ist bekannt. Die SPD wurde von den Kommunisten als Verräterin an der Revolution bezeichnet, weil sie es ablehnten, ein Sowjetsystem nach russischem Vorbild zu errichten. Die Sozialdemokraten waren der Auffassung, man dürfe einem Volk nicht ein System aufzwingen, das die Mehrheit nicht wollte. Natürlich wollte die SPD den Sozialismus, aber weder einen „Sozialismus“ russischer Prägung noch einen anderen auf revolutionärem Wege erzwungenen. Das Konzept der SPD sah vor, den Kapitalismus zu reformieren, um durch Transformation des Kapitalismus eines Tages zu einem demokratischen Sozialismus zu gelangen.

Was für Preußen und die Mehrheit der deutschen Staaten angestrebt wurde, war für Mecklenburg mit seiner spezifischen Geschichte um ein Mehrfaches komplizierter. Mit der politischen Entmachtung der Stände war nur der erste Schritt getan. Nun musste ein umfassendes Reformwerk auf den Weg gebracht werden. Hierzu zählte die Sozialreform, Schul- und Verwaltungsreform, Reform der Justiz, die Förderung des Genossenschaftssystems in der Landwirtschaft und nicht zuletzt auch die Einleitung von Sozialisierungen. Die Erwartungshaltung der Bevölkerung war von vornherein sehr weit gespannt. Man wollte die demokratische Veränderung und zugleich auch den wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung, und das noch möglichst schnell.

Mecklenburg wie auch die Preußische Provinz Pommern war wesentlich geprägt durch den vorherrschenden Großgrundbesitz. Dennoch gab es in Pommern eine von Preußen geprägte Hinwendung zur Demokratie beispielsweise im Verwaltungsaufbau und bei der Gewährung demokratischer Rechte und Freiheiten, wenngleich diese auch stark an den Interessen der Herrschenden ausgerichtet war. Dennoch litt die pommersche Bevölkerung unter der Vorherrschaft Preußens. Eindeutig privilegiert waren die Ritterschaft, städtische Beamte und die nichtadligen Landbesitzer. Die Mehrheit der pommerschen Abgeordneten für das preußische Abgeordnetenhaus und den Reichstag stellten die Konservativen. Während das preußische Parlament nach dem Dreiklassenwahlrecht gewählt wurde und nur von dem männlichen Teil der Bevölkerung ging der Reichstag aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen hervor.

Besondere Konzentrationen sozialdemokratischer Aktivitäten entwickelten sich in den Städten mit dem Schwerpunkt Stettin in der Vulkan- und der Oderwerft, dem Hafen, der Ölindustrie und dem Maschinenbau, in Stralsund, Greifswald und Köslin. Aber erst im November 1918 kam es zur Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten, die einen unmittelbaren Einfluss auf die beschleunigte Beendigung des Krieges nahmen und an der Ausarbeitung demokratischer Reformen in Preußen beteiligt waren.

Erstmals 1920 erfolgte die Wahl des Provinziallandtages, wobei die Sozialdemokraten 21 der 71 Mandate errangen. Im letzten Provinziallandtag, der letztmalig im April 1933 tagte, waren 24 sozialdemokratische Abgeordnete vertreten. Im Gegensatz zu Mecklenburg konnten die Sozialdemokraten in Pommern niemals die Mehrheit der Abgeordneten erringen, was sich wiederum auf die Besetzung der führenden Positionen auswirkte. Hier konnten die Großgrundbesitzer mit der Deutschnationalen Volkspartei an die Tradition des 19. Jahrhunderts anknüpfen. Über sechzig Sozialdemokraten waren an der Arbeit des Provinziallandtages beteiligt und haben bei der demokratischen Umgestaltung Pommerns in der Weimarer Zeit mitgewirkt.

Die SPD war die einzige Partei, die sich mit ganzem Herzen für die demokratische Republik einsetzte und bereit war, Verantwortung zu übernehmen und die Demokratie gegen ihre Feinde zu verteidigen. Und Feinde hatte die Weimarer Demokratie mehr als Freunde. So tendierten die bürgerlichen Parteien dahin, vor allem die Deutschnationalen als stärkste dieser Parteien, sich mit den monarchistischen Kräften zu verbünden. Das bedeutete für Mecklenburg, sich mit der wirtschaftlich starken und politisch nach wie vor einflussreichen Gruppe der Gutsbesitzer zu verbinden. Dabei haben sie von Anfang an ihren Einfluss in beiden Parlamenten genutzt, um demokratische Veränderungen möglichst zu verzögern. Vor allem taten sie alles, um ihre Besitzstände zu wahren. Die Sozialdemokraten lehnten eine entschädigungslose Enteignung etwa im Zuge einer Bodenreform nach russischem Muster ab. Vielmehr wollten sie durch eine vernünftige Siedlungspolitik eine Stärkung des bäuerlichen Standes erreichen. Dennoch wurde von der konservativen Seite in demagogischer Weise gerade auch den Bauern suggeriert, dass die Sozialdemokraten wenig für ihren Stand übrig hätten und früher oder später die Enteignung betreiben würden. Es mag wohl auch mit einer gewissen Vernachlässigung der Bauernfrage in der SPD zusammen hängen, dass das Misstrauen niemals ganz ausgeräumt werden konnte, was den Gegnern der Sozialdemokratie die Agitation erleichterte.

Der Kapp-Putsch bildete den offenen Angriff auf die Weimarer Republik. In beiden Mecklenburg wurden nach der Ausrufung des Generalstreiks z.B. in Fürstenberg, Mirow, Neustrelitz, Schwerin, Parchim und Wismar zahlreiche Aktionen durchgeführt und damit geholfen, den Putsch niederzuschlagen.

Ein zweite Gruppe von Gegnern der Sozialdemokratie und der Weimarer Demokratie waren die Kommunisten, die z.B. in den Strelitzer Landtag bei den Wahlen vom 8. Juli 1923 mit 20,3 Prozent der Stimmen als drittstärkste Partei nach der DVP und der SPD einzogen. Ein so gutes Ergebnis wurde bei den späteren Landtagswahlen zwar niemals wieder erreicht, aber mit drei Abgeordneten war die KPD in der Regel immer im Landtag vertreten. Im Schweriner Landtag gab es ein ähnliches Ergebnis. Wesentlich jedoch war, dass die Kommunisten, von der Moskauer Internationale „ferngesteuert“, die Sozialdemokratie als ihren Hauptgegner ausmachte und diese bekämpfte. Zugleich brachte sie ihre Unfähigkeit zur Demokratie dadurch zum Ausdruck, dass alle Bemühungen um einen demokratischen Fortschritt parlamentarisch und außerparlamentarisch vehement bekämpft wurden. Kommunisten nannten die Verfassung des Landes „einen Fetzen Papier“, der nichts an der Rechtlosigkeit der Besitzlosen änderte. Wiederholt versuchten sie, sozialdemokratisch geführte Regierungen in Schwierigkeiten zu bringen, indem sie Misstrauensanträge stellten oder dem Etat ihre Zustimmung verweigerten.

Angebote der Sozialdemokraten an die Kommunisten, mit ihnen gemeinsam eine Regierung in Schwerin zu bilden, wurden abgelehnt, weil die DDP als bürgerliche Partei aufgrund der Mehrheitsverhältnisse ebenfalls Regierungspartei sein musste. Es gab aber auch einige Beispiele der Zusammenarbeit, vor allem wenn es um soziale Fragen ging, die einer gesetzlichen Grundlage bedurften. Der ideologische Kampf jedoch gipfelte etwa in der Bezeichnung der Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“, mit denen es keine Gemeinsamkeit geben könne, ganz im Sinne der Polemik Lenins und Stalins. Diese Haltung saß so tief, dass selbst in der Stunde größter Gefahr für das demokratische System jedes gemeinsame Handeln auf rationaler Basis abgelehnt wurde.

Der politische Konservatismus hatte seine Basis in Mecklenburg und Pommern in überlieferten Strukturen halbfeudaler Prägung, in den sozialen Verhältnissen wie auch in einer gewissen traditionsgebundenen Befangenheit von Teilen der Bevölkerung. Hinzu kommt, dass der Ständestaat und der Freistaat ein nachhaltiges Festhalten an der mecklenburgischen Eigenstaatlichkeit verband, was nicht nur die Identifikation der Menschen mit ihrem Land beförderte, sondern auch ein Nährboden für den Nationalsozialismus war. Die NSDAP, in Mecklenburg 1925 durch Friedrich Hildebrandt gegründet, hatte ihre Anhänger in allen Schichten der Bevölkerung. Sozialer Nährboden dabei war die allgemeine Unzufriedenheit mit dem wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt, den instabilen politischen Verhältnissen und den Inkonsequenzen, die sich z. T. aus der sozialdemokratischen Politik ergaben. Die Nationalsozialisten präsentierten sich als Alternative zur Weimarer Demokratie, die für Ordnung und Sicherheit im Staat sorgen würde. Dabei sorgten die Schlagerkolonnen der Nazis selbst in höchstem Maße für Unsicherheit, ohne dass die Polizei wirksam dagegen eingeschritten wäre. Politischer Terror, bis hin zum Mord, Einschüchterung, Drohung und Erpressung verfehlten ihre Wirkung

nicht. Stets wurden die Sozialdemokraten für Versäumnisse, Fehler und Misswirtschaft verantwortlich gemacht. Unverhüllt forderte Hildebrandt eine Abrechnung mit den Sozialdemokraten: „Dereinst wird der legale Staatsgerichtshof im Dritten Reich die Köpfe derjenigen fordern, die an diesem Betrug am deutschen Volke schuldig sind. Diese Auseinandersetzungen wünschen wir so schnell als möglich herbei ... Dann werden wir vor das Volk hinstreten und die Rechnung präsentieren für das, was Sie in den letzten elf Jahren gemacht haben. Dann werden Sie erfahren, was wir tun werden, um das deutsche Volk aus dieser Not zu retten.“²

Die große Wirtschaftskrise 1929 bis 1932 hatte eine Verelendung der Arbeitnehmerschaft zur Folge, viele Unternehmen wurden in die Pleite getrieben. Die Wirtschaftskrise zog einen Rechtsruck in der Bevölkerung nach sich. Besonders betroffen waren die in Mecklenburg und auch Vorpommern dominierende mittelständische Wirtschaft und die Landwirtschaft. Gegen eine solche Entwicklung waren die Sozialdemokraten weitgehend machtlos. Teilweise wurden die politischen Konsequenzen und Gefahren aber auch nicht erkannt oder verharmlost. Auf dem Höhepunkt dieser Entwicklung im Jahre 1932 sah man den faschistischen Einfluss schwinden. Insofern schlugen die Ergebnisse der Landtagswahlen in Mecklenburg wie eine Bombe ein. Die Nationalsozialisten erreichten in Mecklenburg-Schwerin mit 49,5 Prozent die absolute Mehrheit. In Mecklenburg-Strelitz wurden sie drittstärkste Kraft und tolerierten das Minderheitskabinett der bürgerlichen Parteien. Das war das Ende der Demokratie in Mecklenburg.

Die politische und wirtschaftliche Entwicklung Pommerns wurde in den zwanziger Jahren dadurch maßgeblich beeinflusst, dass nach wie vor der Einfluss der konservativen Kräfte, maßgeblich durch die adligen Großgrundbesitzer repräsentiert, sehr groß war. Sie wehrten sich vehement gegen äußere Einflüsse, besonders wenn ihre Interessen beeinträchtigt waren. Auch in der Bevölkerung spiegelte sich dieser Konservatismus wider. So konnte beispielsweise die SPD ihr bei Wahlen erzielttes Ergebnis, trotz des fördernden Einflusses durch die sozialdemokratische Regierung Braun, nicht entscheidend ausdehnen, die Deutschnationale Volkspartei und die NSDAP erreichten dagegen Wahlergebnisse, die z. T. beträchtlich über denen des Reichsdurchschnitts lagen. Bereits 1930 stimmte fast jeder vierte pommersche Wähler für die NSDAP. Bei den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 errang die NSDAP 56,3 Prozent der Stimmen, über 13 Prozent mehr als auf Reichsebene.³

² Vgl. Friedrich Hildebrand, Verhandlungen des Sechsten Ordentlichen Landtages. 30. Sitzung, 19. Febr. 1931, Sp. 2448.

³ Vgl. Dietmar Lucht, Pommern, Historische Landeskunde Deutsche Geschichte im Osten, Bd. 3, S. 124.

IV

Als die SPD 1933 verboten wurde, Sozialdemokraten nicht mehr ihre parlamentarischen Ämter ausüben durften und aus den Landratsämtern und Ministerien entlassen wurden, begann die Zeit des illegalen Widerstands gegen das NS-Regime. Sozialdemokraten wurden von den Nazis ermordet, Hunderte mussten lange Haftstrafen in Gefängnissen und KZ verbüßen, ohne dass sie Schuld auf sich geladen hätten. Sozialdemokraten wie Julius Leber aus Lübeck, Willi Jesse und Albert Schulz aus Rostock hatten Anteil am Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944. Andere Sozialdemokraten arbeiteten in Widerstandsgruppen oft gemeinsam mit Kommunisten, Christen und Liberalen. Sie tarnen sich mit Tätigkeiten, wie z.B. Zigarrenhändler oder Kaufmann.

Mecklenburg zählte gewiss nicht zu den Zentren des Widerstandes gegen die nationalsozialistische Diktatur, dennoch gab es zahlreiche Sozialdemokraten und Kommunisten, Liberale und Christen, Gutsbesitzer und Bürgerliche, die den Mut aufbrachten, sich dem Regime entgegenzustellen. Namentlich bekannt sind 30 Sozialdemokraten aus Mecklenburg und Vorpommern, die von den Nazis teilweise zu langen Haftstrafen verurteilt, misshandelt und ermordet wurden. Sie leisteten individuellen Widerstand oder hatten sich mit Gleichgesinnten in Gruppen zusammengeschlossen. Es gab jedoch auch viele, die nach dem faktischen Berufsverbot ihre Anstellung verloren und am Rande des Elends sich und ihre Familie mühsam am Leben erhalten mussten. Oftmals gelang das nur durch Solidarität und nachbarschaftliche Hilfen. Betroffen hiervon war beispielsweise Carl Schneeberg. Ihm verziehen es die Nationalsozialisten nicht, dass er als Landtagsabgeordneter und Sozialdemokrat ein glühender Verfechter der Demokratie war und die Nazis wie ihre Diktatur hasste.

Das Ermächtigungsgesetz vom 23.3.1933 versetzte der Weimarer Demokratie den endgültigen Todesstoß und ebnete Hitler den Weg zur totalen Macht. Verbot der demokratischen Parteien, eine Welle von Terror gegen Juden, Christen, Kommunisten und Sozialdemokraten setzte ein und endete im Weltkrieg mit der Vernichtung von 50 Millionen Menschen. Nach anfänglichen Erfolgen in der Wirtschaft, vor allem durch die enormen Aufwendungen in der Kriegsvorbereitung, wendete sich schon bald das Geschehen mit Kriegsbeginn. Euphorie wandelte sich schon bald durch den offensichtlichen Mangel in allen Lebensbereichen und durch Niederlagen und Verluste an der Front in Enttäuschung. Protest und Widerstand gegen Hitler und das NS-System regte sich schon Mitte der 30er Jahre bei Mitgliedern der verbotenen Parteien, insbesondere der KPD und SPD. Die Freiheit der Kirche verteidigte vor allem die Bekennende Kirche. Ungefähr ein Drittel der Pastoren in Pommern gehörten ihr an. Im März 1934 wurden 55 Pastoren verhaftet. Der bekannteste von ihnen war der aus Breslau gebürtige Dietrich Bonhoeffer, 1943 verhaftet und im April 1945 hingerichtet. Zu den hervorragendsten Vertretern des Widerstandes gegen die NS-Herrschaft in Pommern zählte der im Zu-

sammenhang mit dem Attentat vom 20. Juli 1944 hingerichtete Ewald von Kleist-Schmenzin.

Die Pommern hatten im Ergebnis der Niederlage des Zweiten Weltkrieges einen hohen Preis zu bezahlen. Neben dem Verlust Tausender Soldaten, der Zerstörung von Städten und Dörfern wog der Verlust der Heimat und die Vertreibung von Millionen Pommern besonders schwer.

V

Am 8. Mai 1945 schlug die Stunde der Befreiung. In Mecklenburg und Vorpommern stellten sich zahlreiche Sozialdemokraten an die Spitze des Wiederaufbaus. Manche kamen aus jahrelanger Haft mit dem Schwur: „Niemand wieder Diktatur, niemals wieder Faschismus!“

Die Nazis hatten beide Mecklenburg per Gesetz vom 1. Januar 1934 vereinigt und es stellte sich die Frage ob man diese Vereinigung wieder rückgängig machen sollte. Nach dem Wegfall der Ostgebiete entstand für Vorpommern eine völlig neue Situation. Die Freiheit einer eigenen Entscheidung hatten aber weder die Vorpommern noch die Mecklenburger. Die Sowjetische Militäradministration verfügte in Übereinstimmung mit den übrigen Siegermächten den Anschluss an Mecklenburg.

Das Wirkungsfeld für die SPD nach ihrer Wiederzulassung durch den Befehl der SMAD Nr. 2 vom 10. Juni 1945 erweiterte sich damit. Es kam aber ein Gebiet hinzu, das parteilich, wirtschaftlich und politisch eine andere Geschichte hatte. Allerdings war jetzt nicht die Zeit, darauf besondere Rücksicht zu nehmen.

Der Aufbau neuer Strukturen und Leitungen nahm die Genossen voll in Anspruch. Daneben musste man sich über die künftige Strategie und Taktik der Partei einig werden und darüber, welche Politik die Sozialdemokraten künftig gegenüber den Kommunisten vertreten sollten.

Die Auffassungen über das Verhältnis zu den Kommunisten war in der SPD keineswegs einheitlich, abgesehen von der grundsätzlich divergierenden Haltung zwischen den Sozialdemokraten in der SBZ und den Westzonen um Kurt Schumacher. Ein Teil der Sozialdemokraten hätte es am liebsten gesehen, wenn beide Seiten, Kommunisten und Sozialdemokraten, auf die Gründung eigenständiger Parteien verzichtet hätten, um sofort eine Einheitspartei zu bilden. Das entsprach den Erfahrungen vieler Sozialdemokraten im Widerstandskampf gegen das Naziregime und ergab sich aber auch aus der verhängnisvollen Politik von Kommunisten und Sozialdemokraten in der Weimarer Zeit. Es wurde die Meinung vertreten, dass der Faschismus hätte verhindert werden können, wenn beide Arbeiterparteien gemeinsam han-

delnd den Widerstand organisiert hätten. Der von Moskau gesteuerten Führung der KPD muß die Hauptschuld dafür angelastet werden, dass es nicht zu einem einheitlichen Handeln gegen die Nazis kam. Zu einer gründlichen Analyse der Fehler der Vergangenheit kam es indes nicht und damit wurden die tiefen ideologischen Gegensätze von Kommunisten und Sozialdemokraten auch nicht offengelegt. Ein Fehler, der in der weiteren Entwicklung verhängnisvolle Auswirkungen haben sollte.

Die Strategie der Kommunisten ignorierte bewusst solche Erfahrungen aus der Vergangenheit. Der Entscheidung der Machtfrage wurde alles andere untergeordnet. Sie wussten um ihre Unterlegenheit gegenüber den Sozialdemokraten in Organisation, Mitgliederstand und Einfluss in der Bevölkerung. Walter Ulbricht lieferte die Begründung für eine Ablehnung der sofortigen Vereinigung: „Die Voraussetzungen für eine einheitliche Partei neuen Typus ist jedoch nicht nur die Herbeiführung einer engen Aktionsgemeinschaft, sondern auch die wissenschaftliche Erkenntnis der fortgeschrittensten Kräfte der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes über den Sozialismus in der Sowjetunion und über die Weltanschauung des Marxismus-Leninismus. Wir dürfen nicht übersehen, dass in den zwölfjährig Jahren faschistischer Herrschaft das Klassenbewusstsein der Arbeiterklasse weitgehend verschüttet wurde, dass die Arbeiter keine Möglichkeit hatten, sich theoretisch weiterzuschulen und dass ihnen die Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Theorie des Marxismus-Leninismus größtenteils unbekannt ist.“⁴ Die KPD-Führung verbarg ihre wahre Position zur Herstellung der Einheit der Arbeiterparteien hinter derartigen allgemeinen und nichtssagenden Formulierungen, weil sie zu einem solchen frühen Zeitpunkt die Einheit nicht wollte. Die Kommunisten beanspruchten in jedem Fall die politische Führung in einer vereinigten Arbeiterpartei.

Bodenreform, Entnazifizierung, Aufbau neuer Feindbilder und ähnliches mehr wurden zu Schwerpunkten kommunistischer Politik. Blockpolitik war das Zauberwort, um die Sozialdemokraten gefügig zu machen. Erfahrene Sozialdemokraten wie Wilhelm Höcker und Carl Moltmann ließen sich einspannen. Dennoch sind die Motive für ihr Verhalten gegenüber den Kommunisten kritisch zu bewerten. Was bewog sie in der damaligen Situation dazu, alte sozialdemokratische Positionen aufzugeben? Waren es der Druck durch Besatzungsmacht und Kommunisten oder die Hoffnung, doch das Richtige für den Frieden und die Menschen zu tun? Carl Moltmann wurde Landesvorsitzender der SPD, nachdem es mit großer Wahrscheinlichkeit eine Intervention der SMA gegen Albert Schulz als Vorsitzenden des Landesvorstandes gegeben hatte. Tatsache ist, dass sich die Besatzungsmacht ein Vetorecht auch in parteipolitischen Fragen vorbehielt und es nachweislich auch wahrnahm. Wilhelm Höcker, ein in Verwaltungsfragen erfahrener Sozialdemokrat, wurde als

⁴ Walter Ulbricht, Zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, Reden und Aufsätze Bd. II, Berlin 1953, S. 439.

Präsident der Landesverwaltung berufen und nach den Wahlen zum Landtag im Herbst 1946 wurde er Ministerpräsident während Carl Moltmann Landtagspräsident bis zur Auflösung des Landes Mecklenburg 1952 war.

Im Herbst 1945 begann die KPD überraschend eine Kampagne für eine rasche Vereinigung von KPD und SPD. Ihre Mitgliederzahl war in kurzer Zeit schnell gewachsen. Durch die Besatzungsmacht bevorzugt konnten entscheidende Positionen in der Verwaltung auf Landes- und kommunaler Ebene eingenommen werden und die Blockpolitik gestaltete sich im wesentlichen nach den Vorstellungen der KPD. Sie präsentierte sich der Bevölkerung als Partei, die einen Führungsanspruch durchsetzt und über entsprechende Macht und Einfluss verfügt. Diese Situation wurde genutzt, um die Sozialdemokraten zu vereinnahmen.

Aber die Stimmung hatte sich in der SPD dahingehend verändert, dass die Gegner der Vereinigung erheblich zugenommen hatten. Selbst durch den Landesvorstand ging in dieser Frage ein Riss. Ausschlaggebend für diese Veränderung war wohl das Verhalten der Kommunisten, die ihren Führungsanspruch nur schlecht verhüllten und die anderen Parteien benachteiligten, insbesondere die Sozialdemokraten. Auch die SMA zeigte offen ihre Sympathien für die KPD. Für viele Sozialdemokraten war das eine ernste Warnung. Was würde erst geschehen, wenn die Vereinigung vollzogen war?

Willi Jesse, Albert Schulz, Karl Moritz, Max Fank und viele andere sozialdemokratische Funktionäre in den Kreisvorständen und Ortsvereinen versuchten, den Widerstand zu organisieren, was jedoch keineswegs ungefährlich war. Immerhin stellten sie sich damit gegen die Interessen der Besatzungsmacht. Ihre Taktik bestand deshalb vor allem darin, die Vereinigung verbal zu billigen und gleichzeitig Forderungen zu stellen von den sie wussten, dass sie auf eine Verhinderung der Einheit hinausliefen. Beispielsweise sollten alle Sozialdemokraten in der SBZ und in den Westzonen in einer Urabstimmung ein Votum für oder gegen eine Vereinigung abgeben, gleichzeitig wurde hervorgehoben, dass eine separate Vereinigung in der SBZ dem Demokratieverständnis der Sozialdemokraten widersprechen würde. Anfang Januar 1946 kleideten die Rostocker Sozialdemokraten diese Forderungen in eine Resolution, was den Zorn der SMA und der KPD-Führung hervorrief und sie zu Gegenmaßnahmen veranlasste.

Besatzungsmacht und Kommunisten übten Druck und Erpressung aus, und ein Klima der Angst wurde verbreitet, um den Widerstand gegen die Vereinigung möglichst gering zu halten. Zahlreich Verhaftungen, oftmals unter dem Vorwand kriminellen Vergehens, Zugehörigkeit zum „Wehrwolf“ usw. machten Schwankende und politisch Labile gefügig. Viele Sozialdemokraten bis hin zu denen, die gegen Hitler gekämpft hatten, anerkannte Verfolgte des NS-Regimes waren, wurden erneut verhaftet, interniert oder zu langen Haftstrafen verurteilt.

Unter diesen Umständen konnte keine Rede von einer freiwilligen Vereinigung beider Arbeiterparteien sein. Daran ändert auch nichts, dass ein Teil der Sozialdemokraten die Vereinigung begrüßte und sich keineswegs gezwungen fühlte. Hinzu kam, dass Sozialdemokraten mit ihren Fragen oft allein gelassen wurden. Von einer regelmäßigen und fundierten Parteiarbeit an der Basis konnte oftmals keine Rede sein. Die komplizierten Nachkriegsbedingungen und die Sorge um die eigene Existenz und vermissten Verwandten kamen erschwerend hinzu.

Am 7. April 1946 kam die SPD in Mecklenburg (Vorpommern) zu ihrem einzigen und zugleich letzten Parteitag nach dem Ende des Krieges in Schwerin zusammen. Über 800 Delegierte aus allen Kreisen stimmten für eine Vereinigung. Wer hätte es auch wagen können, angesichts einer organisierten Euphorie, seine Stimme dagegen zu erheben. Sofort hätte man ihn als Agent des „Ostbüros“ oder „Schumacherling“ ausgemacht, was öffentliche Ächtung, in der Regel Verhaftung und eine gerichtliche Verfolgung mit drastischem Urteil bedeutete.

Der Zentralkomitee der SPD hatte sich in seiner Haltung zur Vereinigung lange vor dem April 1946 festgelegt und allen, die sich gegen eine Vereinigung bekannten, mit Sanktionen gedroht. „Wo Funktionäre nicht eindeutig für die Einheit der Arbeiterschaft eintreten, können sie ein Amt in der Sozialdemokratischen Partei nicht länger bekleiden ... Wir fordern unsere Genossinnen und Genossen auf, an die zweifelhaften Funktionäre die Frage zu richten, ob sie für die sofortige Vereinigung sind. Wird diese Frage nicht mit einem klaren Ja beantwortet oder liegen bereits eindeutige Handlungen vor, so bitten wir unsere Mitglieder um sofortige Nachricht an den Bezirksvorstand, wer an die Stelle eines Spalters als Funktionär eingesetzt werden kann.“⁵

Wer von den Sozialdemokraten gehofft hatte, in der SED eine geachtete und gleichberechtigte Position neben den Kommunisten einnehmen zu können, wurde in den meisten Fällen bald enttäuscht. In der SED gelang es nur wenigen ehemaligen Sozialdemokraten, wenigstens in zweitrangige Positionen zu gelangen. Nur bei völliger Unterordnung und Anpassung war das im Prinzip möglich, wobei ein gewisses Misstrauen immer gegenwärtig blieb.

In der Phase der Stalinisierung der SED ab 1948 begann eine regelrechte Hexenjagd gegen ehemalige Sozialdemokraten, aber auch gegen Kommunisten mit dem Ziel, die Einheit und Reinheit der Partei kompromisslos herzustellen. Allein in Mecklenburg (Vorpommern) wurden bis 1953 ca. 5.000 ehemalige Sozialdemokraten politisch verfolgt, eingesperrt und aus der SED ausgeschlossen. Die SED-Führung beauftragte die Staatssicherheit, ehemalige Sozialdemokraten zu überwachen, gleichgültig ob sie der SED beigetreten waren oder nicht. Ob beim Aufstand am 17. Juni 1953, beim Einmarsch der

⁵ Albrecht Kaden. Einheit oder Freiheit. Bonn 1990, S. 257/258.

Warschauer Paktstaaten 1968 in die CSSR oder bei der allmählichen Aufweichung der SED-Diktatur in den 80er Jahren, immer wurde die Sozialdemokratie als Feind des Marxismus-Leninismus und der SED-Politik ausgemacht und verfolgt.

VI

Bereits in der Endphase der Existenz der DDR ging die Sozialdemokratie aus dem Kreis der oppositionellen Bewegung als eigenständige Partei hervor. Dabei waren die Vorstellungen sowohl über die gesellschaftspolitische Entwicklung der DDR und ihrem Verhältnis zur Bundesrepublik als auch über Struktur, Inhalt und Organisation der Partei keineswegs einheitlich. Die stürmische Entwicklung, die mit dem Zusammenbruch des bisherigen politischen Systems in der DDR, vorübergehende Eigenständigkeit nach den freien Wahlen zur Volkskammer und schließlich zur Vereinigung über den Anschluss an die Bundesrepublik, ließ wenig Zeit und Raum für eine gründliche innerparteiliche Diskussion und damit über die Klärung der anstehenden inhaltlichen Fragen.

Die Bildung der Partei in den Nordbezirken der DDR orientierte sich inhaltlich am Gründungsaufruf vom 7. Oktober 1989 in Schwante. Darin heißt es: „Unser Ziel ist die Errichtung einer ökologisch orientierten sozialen Demokratie: ökologisch, weil die Bewahrung der natürlichen Umwelt Voraussetzung für jede zukünftige Entwicklung ist; sozial, weil wirkliche Freiheit nur unter Gleichen möglich ist und deshalb der gesellschaftliche Reichtum gerecht verteilt werden muss; demokratisch, weil wir überzeugt sind, dass ein Gemeinwesen nur dann gelingt, wenn alle Bürgerinnen und Bürger gleichberechtigt an einem gewaltfreien politischen Leben mitwirken können.“⁶

Bis zur Vereinigung der Ost- und West-Sozialdemokratie auf dem Leipziger Parteitag im Februar 1990 führten die Sozialdemokraten den Namen „Sozialdemokratische Partei in der DDR“ – SDP.

Sehr bald wurde der Widerspruch deutlich zwischen der Bereitschaft, Mitglied der SPD zu werden und diese Partei zu wählen. Verfügt sie Ende 1992 in Mecklenburg-Vorpommern nur knapp über 3 000 Mitglieder, stimmen bei den Landtagswahlen 1990 27 % der Wähler für die SPD. In ihrer sozialen Zusammensetzung war sie weit entfernt von einer Arbeiterpartei. Der Arbeiteranteil lag bei 11 %. Intelligenz und Angestellte stellten Mitte der 90er Jahre mit fast 50 % die Mehrheit in dieser Partei.⁷ Aus der SED wurden in Einzelfällen nur Mitglieder aufgenommen werden, die entweder ausgeschlossen worden waren oder sofern sie unbelastet waren. Selbst frühere Sozialdemo-

⁶ Aus dem Besitz des Autors.

⁷ Geschichte der SPD..., 247.

kraten oder deren Kinder wurden nicht ohne weiteres in die Partei aufgenommen. Das behindert nicht nur ein rasches Anwachsen der Mitgliederzahl, sondern beförderte auch die „Geschichtslosigkeit“ in der Partei. Dort wo die historischen Traditionen der Sozialdemokratie stärker in das Blickfeld der Parteiarbeit gerückt wurde, entwickelte sich historisches Bewusstsein. Ehemalige Sozialdemokraten, wie beispielsweise Karl-Heinz Dressel, der mit 17 Jahren von den Russen verhaftet und mehrere Jahre im Internierungslager Fünfeichen eingesperrt war, Günter Krüger und viele andere, Kinder sozialdemokratischer Eltern, die längst verstorben waren, bekannten sich zur Sozialdemokratie in der DDR. Willy Brandt, Egon Bahr, Helmut Schmidt waren für zahlreiche junge Menschen Vorbilder sozialdemokratischen Wirkens und ihr Tun wurde Leitbild ihres Entschlusses, selbst der Sozialdemokratie angehören zu wollen.

Unabhängig von der SPD der Bundesrepublik trat die SDP für eine Erneuerung des Sozialismus ein. Die Herstellung der Einheit Deutschlands war zunächst kein Programmpunkt der Sozialdemokraten der DDR. „Wir anerkennen die Zweistaatlichkeit Deutschlands als Folge der schuldhaften Vergangenheit unseres Volkes. Damit sind künftige Optionen im Rahmen einer europäischen Friedensordnung nicht ausgeschlossen, doch können sie jetzt nicht handlungsorientierte politische Ziele sein.“⁸ Diese Orientierung der Sozialdemokraten der DDR sollte einige Monate später bei den ersten freien Wahlen zur Volkskammer jedoch negativ zu Buche schlagen. Im Herbst 1989 entsprach sie aber nicht nur dem Selbstverständnis der Sozialdemokraten, sondern auch den Vorstellungen eines großen Teils der Bevölkerung. Wie bei anderen oppositionellen Gruppen auch, erwies sich die rasante Entwicklung im Herbst 1989 keineswegs als Vorteil für die Selbstfindung der SDP. Die eigenen Vorstellungen, geprägt von sehr unterschiedlichen sozialen Gruppen, wobei hier Vertreter der Kirche einen maßgeblichen Einfluss hatten, zeigten sich als politisch unausgereift. Strategische Ziele und taktische Handlungsorientierungen vermischten sich teilweise, was eine gewisse Konfusion bewirkte. Eine Leitfigur der Sozialdemokraten in der DDR selbst fehlte. Diese holte man sich mit Willy Brandt und Helmut Schmidt aus dem Westen. „Nun wächst zusammen, was zusammen gehört“ wurde das Motiv für den schrittweisen Zusammenschluss der SPD mit der SDP.

Das Zentrum der Sozialdemokratie nach der Wende entstand in Rostock. Harald Ringstorff, wurde im März 1990 auf dem Gründungsparteitag zum Landesvorsitzenden der Partei gewählt. Ihm und anderen gelang es, innerhalb kurzer Zeit neue Mitglieder und Sympathisanten zu gewinnen. Dennoch erreichte die SPD in Mecklenburg-Vorpommern weder die Mitgliederstärke der Weimarer Zeit noch der Jahre 1945/46. Die Verbindung zu Sozialdemokraten in Schwerin, Wismar, Stralsund, Greifswald, Teterow und Neubran-

⁸ Markus Meckel/Martin Gutzeit, Opposition in der DDR. Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit – kommentierte Quellentexte. Köln 1994, S. 394.

denburg wurde hergestellt. Aus den Landtagswahlen im Juni 1990 ging die SPD hinter der CDU als zweitstärkste politische Kraft hervor.

Der Landesparteitag vom 20. und 21. Oktober 1990 beschloss den Eintritt in die Opposition. Eine gewaltige Arbeit war von den sozialdemokratischen Abgeordneten zu leisten. Die Verfassung für Mecklenburg-Vorpommern musste erarbeitet werden und eine Vielzahl von Gesetzen waren in den Ausschüssen zu beraten. Hinzu kam die Parteiarbeit in den Wahlkreisen, die mit erheblichem Zeitaufwand zu leisten war, um die Parteiorganisation zu stärken. Viel Kraft kosteten die politischen Auseinandersetzungen mit der Regierungspolitik von CDU und FDP und mit der PDS in grundsätzlichen ideologischen Fragen. In der Parteiorganisation war es nicht immer einfach, die Standpunkte der Parteiführung zu vermitteln, vor allem die veränderten Positionen gegenüber der PDS.

Parallel gründete sich die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) im Oktober 1990 unter dem Vorsitz des damaligen Oberbürgermeisters der Hansestadt Rostock, Dr. Klaus Kilimann, im Ständehaus in Rostock. Ehrenamtlicher Landesgeschäftsführer wurde Dr. Peter Magdanz, der 1992 vom zwischenzeitlich verstorbenen Wolfgang Herrmann abgelöst wurde. Er nahm diese Funktion bis zum Eintritt eines hauptamtlichen Geschäftsführers im März 1993 wahr. Zum hauptamtlichen Geschäftsführer gewählt wurde Heinz Müller, der diese Position bis heute bekleidet. Räumlich richtete sich die Geschäftsstelle in der Landeshauptstadt Schwerin ein. Von bei der Gründungsveranstaltung anwesenden 72 potentiellen Mitglieder hat sich ihre Zahl bis heute auf über 500 weiter entwickelt. Nachdem Dr. Klaus Kilimann im Dezember 1993 als Vorsitzender der SGK ausschied, nahm Landrat Dr. Udo Drefahl diese Position bis zur Vorstandswahl im Oktober 1998 wahr. Seit Oktober 1998 steht der Wolgaster Bürgermeister Jürgen Kanehl der SGK vor.

Bei den Landtagswahlen am 27. September 1998 wurde die SPD stärkste Partei und es ergab sich die Möglichkeit der Fortsetzung der großen Koalition oder einer Koalitionsregierung mit der PDS. Die Verhandlungen führten zur ersten rot-roten Koalition in einem neuen Bundesland, wenngleich es von Teilen der SPD ein erhebliches Murren und Parteiaustritte gab. Dennoch blieb eine Zerreißprobe in der Partei aus. Was zunächst als Experiment bezeichnet wurde und von der Parteizentrale gebilligt wurde, erwies sich als relativ stabil. Wichtiger waren letztendlich die Lösung der drängenden Probleme wie die hohe Arbeitslosigkeit, Abwanderung der Menschen von Ost nach West, den jungen Menschen eine Perspektive zu geben, eine effektive Bildungspolitik und die elementaren Finanzprobleme des Landes. In erster Linie wird die SPD an der Lösung dieser Aufgaben gemessen werden.

4. Biographien führender sozialdemokratischer Persönlichkeiten in Mecklenburg und Pommern

Dr. Joseph Herzfeld

Herzfeld war kein Mecklenburger und hat sich auch nie in Mecklenburg ansässig gemacht. Er hat dennoch über Jahrzehnte von Berlin aus und durch viele Aufenthalte im Lande unendlich viel für den Aufschwung der sozialdemokratischen Bewegung in dieser Region getan, dass ihm ein bleibendes Andenken gesichert bleiben muss.⁹

Er wurde am 18. Dezember 1853 in Neuss a. d. Erft (bei Düsseldorf) als Sohn eines Fabrikanten geboren.

Als junger Mann ging er mit seinen Brüdern in die USA, wo ein naher Verwandter eine Versicherungsbank besaß. Er näherte sich sozialistischen Positionen mehr und mehr an und studierte, weitgehend abends, Rechtswissenschaften an der Columbia Law School. 1887, nach seiner Rückkehr aus den USA 1885, legte er in Berlin nach Fortsetzung des Studiums an der Universität das juristische Examen ab und promovierte. Er wirkte ab 1892 in Berlin als Rechtsanwalt und wollte vor allem den Ausgebeuteten und Armen als Anwalt ihrer Interessen dienen.

In Deutschland herrschte noch das Sozialistengesetz, als sich H. der verfolgten und verfeimten Sozialdemokratie anschloss. Nachdem es nach dem Fall des Sozialistengesetzes auch in Mecklenburg bei den Wahlen zum Reichstag zu einem sprunghaften Ansteigen der Stimmen für die sozialdemokratischen Kandidaten gekommen war, konnte 1898 mit der Nominierung von H. im Wahlkreis Rostock-Doberan den vereinten konservativen und liberalen Kräften erstmals in Mecklenburg eine Niederlage bereitet werden. H. wurde nicht nur der erste sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete aus Mecklenburg, sondern stellte sich in den nachfolgenden Jahren in höchst uneigennütziger Weise der Sozialdemokratie in diesem Land mit dem Einsatz seiner ganzen Persönlichkeit zur Verfügung. Er war kein Blender, sondern ein harter, sachlicher Arbeiter, dem es mehr um die Sache als um seine Person zu tun war.

Bis zum Ende des Ersten Weltkriegs blieb H. der einzige Sozialdemokrat im Reichstag, der sein Mandat durch die Wähler eines mecklenburgischen Wahl-

⁹ Das nachfolgende Lebensbild beruht v. a. auf den biographischen Forschungen von Heinz Meiritz, insbes. auf dessen ausführlicher Studie in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock*. - 13. Jg. (1964). - *Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe*, Heft 4, S. 361–377.

kreises erlangt hatte. Allerdings war der Sozialdemokratie bei den sog. „Hottentottenwahlen“ von 1907 infolge einer unsäglichen chauvinistischen Stimmungsmache dieses Mandat im 5. Mecklenburg-Schwerinschen Reichstagswahlkreis für einige Jahre wieder entrissen worden.

Ogleich H. in Berlin ansässig blieb, nahm er aktiv am Parteileben in Mecklenburg teil.

Das Wachstum der Sozialdemokratie in Mecklenburg, ihr Einfluss auf bedeutende Schichten der mecklenburgischen Bevölkerung nahmen bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs ständig zu. Bei der letzten Reichstagswahl vor Ausbruch des Weltkriegs, 1912, überflügelte die Sozialdemokratie in Mecklenburg-Schwerin mit 50 202 Stimmen die Nationalliberalen (43 699) und die Konservativen (40 413). Im Wahlkreis Rostock-Doberan konnten die Sozialdemokraten mit ihrem Kandidaten Dr. H. 48,1 Prozent aller abgegebenen Wählerstimmen und dadurch die Wahl eindeutig gewinnen.¹⁰ H. zog nach einer überlegen gewonnenen Stichwahl wieder in den Reichstag ein.

Sein besonderes Engagement für die sozialdemokratische Sache in Mecklenburg drückte sich nicht zuletzt darin aus, dass er durch finanzielle Zuwendungen aus seinem Privatvermögen ein tägliches Erscheinen der „Mecklenburgischen Volkszeitung“ ab 1. Oktober 1900 ermöglichte. Er führte kostenlos, auch in kleinen Dörfern, Rechtsberatung für Landarbeiter durch und richtete in Rostock 1905 ein „Arbeitersekretariat für Rechtsfragen der Stadt- und Landbewohner“ ein, das vom Redakteur der „MVZ“ Henck geleitet wurde. H. setzte sich auch im Reichstag für die Belange der Landarbeiter und anderer Schichten der Landbevölkerung ein. Ziemlich regelmäßig war er Teilnehmer der Landesparteitage der mecklenburgischen Sozialdemokratie, die wegen der Bestimmungen des Vereinsgesetzes von 1851 bis zum Erlas des Reichsvereinsgesetzes vom 18. Mai 1908 nur außerhalb Mecklenburgs durchgeführt werden konnten und alljährlich in Lübeck stattfanden. Darüber hinaus war er auch Teilnehmer an vielen Reichsparteitagen.

Auf den Landesparteitagen war H. häufig Referent zu wichtigen Zeitfragen und spezifisch mecklenburgischen Problemen. Sein Auftreten bildete oft den Höhepunkt dieser Konferenzen. Anfang September 1900 hielt er auf dem Parteitag der SPD für beide Mecklenburg einen zweistündigen Vortrag über „Mecklenburgische Verfassungszustände“. Sein Referat fand so breiten Widerhall bei den Parteitagsdelegierten, dass beschlossen wurde, es zu drucken und kostenlos im Lande zu verbreiten. Der erste Teil des Vortrags erschien ab 1901 in mehreren Auflagen unter dem Titel „Die Mecklenburgische Verfassung. Ein Beitrag zur Geschichte des Junkerthums“ von Joseph Herzfeld

¹⁰ Ergebnisse dieser Reichstagswahlen in: Mecklenburgische Volkszeitung, Nr. 238 vom 12.10.1912.

(Mitglied des Reichstags), Erster Theil: Bis zum Landesgrundgesetzlichen Erbvergleich.

Als Ende Januar 1905 auf Grund einer Interpellation des Schweriner liberalen Abgeordneten Büsing der Reichstag über die mecklenburgische Verfassungsfrage debattierte – die Liberalen setzten ihre ganze Hoffnung auf eine Verfassungsreform in Mecklenburg durch Intervention der Reichsregierung und des Bundesrates – setzte sich H. in einer Rede vor allem mit den Liberalen auseinander.

Verfassungs- und Wahlrechtsfragen waren auch auf späteren Landesparteitage Hauptgegenstand der Diskussion. H. und die Redakteure der „Mecklenburgischen Volkszeitung“, Starosson und Groth, vertraten dabei immer wieder den Standpunkt, dass Petitionen und Bittschriften keinerlei Erfolg brächten. „Die herrschenden Gewalten in Mecklenburg würden über die Petitionsbewegung gründlich lachen. Wir müssen die allgemeine Macht der Sozialdemokratie im Reiche stärken, und nur durch das Eingreifen der letzteren würde Mecklenburg eine moderne Verfassung bekommen“, war der Tenor der Ausführungen H.s auf dem SPD-Landesparteitag im September 1905 zu diesem Punkt.

Auf dem Landesparteitag 1902 in Lübeck konnte der Landesvertrauensmann, Martin Erdbeer, davon berichten, dass auf Empfehlung Hs. „Rechtsschutzvereine für die Landarbeiter“ gebildet worden waren, in denen die Landarbeiter darüber aufgeklärt wurden, wie sie den Kampf um ihre elementarsten Menschenrechte führen konnten. 1904 referierte H. auf dem Landesparteitag Anfang September im Lübecker Vereinshaus über „Die Landarbeiter in Mecklenburg“. Der Parteitag beschloss, dieses Referat als selbständige Schrift drucken zu lassen. Sie erschien 1905 in Berlin und Rostock („Landarbeiter in Mecklenburg“). H.s Hauptanliegen war es, die sozialistischen Ideen an die Landarbeiter heranzutragen und sie zu selbständigem Kampf um ihre sozialen Rechte zu befähigen. Neben der „Mecklenburgischen Volkszeitung“ und dem „Mecklenburgischen Volkskalender“ wurden die beiden Schriften Hs. zum wichtigsten Propagandamittel der Sozialdemokratie in Mecklenburg vor dem Ersten Weltkrieg.

Während des Ersten Weltkriegs bekämpfte er leidenschaftlich die Burgfriedenspolitik des Parteivorstands und der Mehrheit der Reichstagsfraktion der SPD. In der Fraktionssitzung vom 3. August 1914 gehörte er zu den 14 Abgeordneten der SPD, die sich gemeinsam mit Karl Liebknecht gegen die Bewilligung der Kriegskredite aussprachen. Er brachte zwar nicht Liebknechts Konsequenz auf, als dieser im Reichstag am 2. Dezember 1914 als einziger offen gegen die Kriegskredite stimmte, doch war er am 20. März 1915 unter den 30 Abgeordneten der SPD, die vor der Abstimmung demonstrativ den Saal verließen, als es erneut um die Bewilligung von Kriegskrediten ging.

Immer aktiver und offener trat H. ab Anfang Juni 1915 gegen die Fortsetzung des verheerenden Krieges auf. Er war Teilnehmer der größeren Gruppe deutscher Sozialdemokraten, die im September 1915 zur Internationalen Sozialistischen Konferenz nach Zimmerwald in der Schweiz reisten. Hauptrepräsentanten dieser Gruppe waren Ledebour, Haase und Kautsky; H. gehörte also nicht zur Gruppe Internationale bzw. Spartakusgruppe. Am 21. Dezember 1915 stimmte er zusammen mit 19 weiteren sozialdemokratischen Abgeordneten erstmals offen gegen die Kriegskredite.

Im März 1916 schloss sich H. der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft an, aus der 1917 die USPD hervorging. Auf deren Gründungsparteitag in Gotha sprach er sich für eine Zusammenarbeit mit der Spartakusgruppe aus.

H. organisierte in Mecklenburg, speziell in Rostock, also in seinem Wahlkreis, wo er die Verhältnisse am besten kannte, den Aufbau der USPD, konnte aber kaum noch öffentlich auftreten. Immer stärker wurde nun seine Haltung vom Willen zur revolutionären Beendigung des Weltkriegs geprägt. Im Januar 1918 war er als Mitglied der Streikleitung führend am Januarstreik in Berlin beteiligt. In der Novemberrevolution, die er herbeigesehnt und von Berlin aus mit vorbereitet hatte, trat H. für die Vertiefung des revolutionären Prozesses ein. Er lehnte es ab, einen Platz in der neuen Mecklenburg-Schwerinschen Landesregierung einzunehmen, den man ihm angeboten hatte.¹¹ Er war vielmehr darauf bedacht, die Organisation seiner Partei, der USPD, im Lande zu festigen, die zunächst noch schwach im Vergleich zu der Mehrheitssozialdemokraten war. Vom 28. November bis 29. Dezember 1918 war H. Beigeordneter des Reichsinnenministeriums. Durch den außerordentlichen Parteitag der USPD in Berlin 1919 wurde er in den Parteibeirat gewählt. Auf dem Leipziger Parteitag 1919 stimmte er noch gegen den sofortigen Anschluss seiner Partei an die Kommunistische Internationale, aber seinem Einfluss war es dann in starkem Maße zuzuschreiben, dass sich der Landesparteitag der USPD Mecklenburg vom 29. Februar/1. März 1920 für den Anschluss an die III. Internationale (KI) aussprach. Er nahm dann auch am Vereinigungsparteitag der linken Mehrheit in der USPD Mecklenburgs mit der KPD am 12./13. November 1920 in Wismar teil.

Zweimal noch wurde H. nach 1918 in den Reichstag gewählt.¹² Er gehörte ihm von Juni 1920 bis Mai 1924 als Mitglied der USPD-, dann KPD-Fraktion an. Nach mehr als zwanzigjähriger Abgeordnetentätigkeit schied der ver-

¹¹ G. Bandur, in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon. Berlin 1970, S. 204.

¹² M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. 3. Aufl., Düsseldorf 1994, S. 194.- Die Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 für Mecklenburg-Schwerin, in: Statistisches Handbuch für das Land Mecklenburg-Schwerin. Schwerin 1931, S. 133.

diente Vorkämpfer für Demokratie und Sozialismus aus dem Reichstag aus. Seine Autorität und sein Ansehen als Rechtsanwalt waren aber so groß, dass er am 12. Juli 1928 vom Reichstag auf Vorschlag der kommunistischen Fraktion als Beisitzer des Staatsgerichtshofs gewählt wurde. Als Anwalt hat er auch in der Weimarer Republik vielen Arbeitern Rechtsbeistand gewährt.

Als sich die NS-Diktatur in Deutschland etablierte, musste der fast achtzigjährige H. emigrieren. Er ging im September 1933 in die Schweiz, wo er noch als Rechtsanwalt tätig gewesen sein soll. 1934 übersiedelte er nach Südtirol, wie es heißt aus familiären Gründen. Er lebte hier in der Gemeinde Renon (Ritten), Provinz Bolzano (Bozen), wo er in Collalbo (Klobenstein), Nr. 107 am 27. Juli 1939 verstarb.

Klaus Baudis.

Georg Adolph Demmler

Demmler wurde am 22. Dezember 1804 als uneheliches Kind in Berlin geboren. Sein Vater war ein recht vermöglicher Schornsteinfegermeister aus Güstrow, der ihm nach dem Besuch des Güstrower Gymnasiums 1813 bis 1820 das Studium an der Berliner Bauakademie bei Schinkel ermöglichte. In den Jahren des Berliner Studiums von 1820 bis 1823 ließ er sich gleichzeitig an der Philosophischen Fakultät der Linden-Universität immatrikulieren, hauptsächlich, um sich der Burschenschaftsbewegung anschließen zu können. Dekan war zu dieser Zeit der berühmte Hegel. D. wurde im Alter von 16 Jahren Mitglied der geheimen Burschenschaft „Arminia“. Im März 1823 bewarb er sich bei Friedrich Franz I. um eine Anstellung im Mecklenburg-Schwerinschen Staatsdienst. Im Juli 1823 erhielt er das Patent als Landbaukondukteur und wurde Gehilfe des Landbaumeisters Wünsch. Von da an vollzog sich innerhalb von 14 Jahren der Aufstieg D.s vom Gehilfen des Oberlandbaumeisters zum Hofbaurat 1841. Hofbeamter wurde er unter Großherzog Paul Friedrich (1837–1842), der ihm besonders gewogen war und ihn an die Spitze der Hofbauadministration stellte. Hinter diesem Aufstieg standen jedoch beispiellose Leistungen Ds. als Baumeister und -organisator unter drei Schweriner Großherzögen. Sein letzter Dienstherr, Friedrich Franz II., beauftragte ihn 1845 mit der Leitung des Schloßum- und neubaus.

Schon frühzeitig führte ihn seine humanistisch-philantropische Gesinnung zum Anschluss an die Bewegung der Freimaurer. 1826 wurde D. in die Schweriner St. Johannis Freimaurerloge „Harpocrates zur Morgenröthe“ aufgenommen. Seinem Ansehen und seiner Bereitschaft, sich für das Gemeinwohl einzusetzen, verdankte es D., dass er Ende 1845 in den Bürgerausschuss Schwerins gewählt wurde. Dem Bürgerausschuss, in dem er äußerst aktiv mitarbeitete, gehörte der Hofbaurat bis zum Ausscheiden aus den Diensten des Großherzogs 1851 an.

Im Abrechnungssystem der von ihm geleiteten Bauvorhaben führte D. solche Entlohnungsverfahren ein, dass dabei die Zunftschränken überwunden wurden und die Gesellen und Arbeiter unter Ausschaltung der Handwerksmeister für höhere Leistungen einen Mehrverdienst erlangten, insbesondere bei Akkordarbeiten, die als Gruppenaufträge für Teilobjekte vergeben wurden. Nach Franz Mehring waren diese den Widerstand der Handwerksmeister herausfordernden Bemühungen Ds. „einer der allerersten Versuche auf deutschem Boden, die Arbeiter direkt am Ertrag der Produktion zu beteiligen ...“.¹³

Als die Revolution von 1848/49 Mecklenburg erfasste, befand sich D. mit seinen politischen Anschauungen noch ganz im Banne liberaler Denkmodelle. Im Verlaufe der Auseinandersetzungen um die Ausarbeitung und Vereinbarung einer Repräsentativverfassung für Mecklenburg im Kräftespiel zwischen Abgeordnetenversammlung, den Regierungskommissaren und beiden Großherzögen näherte sich D. immer mehr den Positionen der Linken in der Abgeordnetenversammlung an, deren Basis die demokratisch ausgerichteten Reformvereine waren.

Seine soziale Haltung als Verantwortlicher für den Schlossumbau hatte er schon am Vorabend der Revolution dadurch zum Ausdruck gebracht, dass er einen „Unterstützungsfonds für die beim Schlossbau zu Schaden kommenden Arbeiter“ initiierte. Das Regulativ dafür war von D. selbst entworfen worden. An der Verwaltung des Fonds waren gewählte Vertreter der Gesellen und Arbeitsleute beteiligt. „Diese von Demmler ins Leben gerufene – und zu diesem Zeitpunkt im mecklenburgischen Baugewerbe einmalige – Arbeiterunterstützungskasse bzw. Kranken- und Unfallkasse trug zur Linderung der sozialen Not der Bauarbeiter bei, die bei Arbeitsausfall einen entsprechenden Lohnausgleich – also eine Art Krankenunterstützungsgeld – erhielten.“¹⁴

Auf die Forderungen der bei den fürstlichen Bauten beschäftigten Arbeiter von April 1848 nach Lohnerhöhung hin, wurde entsprechend Vorschlägen Ds. ein Sparfonds eingerichtet. D. hatte vorgeschlagen, der Lohnaufbesserung im Prinzip zuzustimmen, die Arbeiter jedoch zu verpflichten, diesen zusätzlichen Verdienst für Zeiten zu sparen, wo die Arbeitsmarktlage ungünstig und der Verdienst schwach wäre oder in denen sie von Unglücksfällen heimgesucht würden. Sein Statutenentwurf für den Sparfonds wurde vom Großherzog im Oktober 1848 gebilligt. Der Sparfonds bestand bis 1850. Dann wurden keine Lohnzulagen mehr bewilligt.

Als nach langen Verhandlungen zwischen der Abgeordnetenversammlung (für deren Wahl D. im Herbst 1848 im 19. Wahlbezirk in Schwerin als Wahlmann gewählt worden war) und den Regierungskommissaren im August 1849 end-

¹³ Franz Mehring: Das sozialdemokratische Fähnlein im Reichstag, in: Daheim, Nr. 40 vom 06.06.1878.

¹⁴ M. Krempien: Schweriner Schloßbaumeister (wie Anm. 1), S. 53.

lich eine moderne Repräsentativverfassung in Gestalt des sogenannten Staatsgrundgesetzes mit dem Großherzog Friedrich Franz II. wenigstens für den Schweriner Landesteil vereinbart werden konnte, wurde das Ergebnis von D. freudig begrüßt. Er war ein leidenschaftlicher Verteidiger dieser Verfassung, als sich das Bündnis von Ritterschaft, Strelitzer Großherzog und preußischem König anschickte, diese wichtigste Errungenschaft der Revolution zu beseitigen. Er unterstützte den Aufruf Rostocker Initiatoren zu einer breiten Unterschriftenkampagne, um Rechtsverwahrung gegen den befürchteten Verfassungsbruch einzulegen. Nach dem Außerkraftsetzen der Verfassung durch den Schiedsspruch von Freienwalde am 12. September 1850 und der Wiedereinführung des Landesgrundgesetzlichen Erbvergleichs von 1755 mit seiner altständischen Verfassung verstärkte D. seine Aktivitäten im Schweriner Bürgerausschuss, um gegen die Aufhebung des Staatsgrundgesetzes zu protestieren. Dadurch kam es zu scharfen Konflikten des Hofbaurats mit seinen Dienstvorgesetzten und der Hofkamarilla, die zur Folge hatten, dass D. zur Jahresmitte 1851 seinen Dienst quittieren musste.

Nach seiner Dienstentlassung und seinem Ausscheiden aus dem Schweriner Bürgerausschuss im Juli 1851 bereiste D. mit seiner Frau viele Länder Europas. Erst 1857 kehrte er wieder nach Schwerin zurück und wurde hier erneut Mitglied des Bürgerausschusses. In dieser Eigenschaft erarbeitete er nicht nur Erweiterungspläne für die Stadt Schwerin, sondern setzte sich auch für Verfassungsreformen ein. D. reiste weiterhin viel. Er war bei vielen bedeutenden Ereignissen zugegen, die seinen politischen Intentionen entsprachen. So beteiligte er sich 1859 an der Gründung des Deutschen Nationalvereins in Frankfurt am Main. Obwohl dem Verein in Mecklenburg jede Betätigung untersagt wurde, übernahm D. die Agentur für Mecklenburg. Im Nationalverein stand er auf dem linken Flügel.

In den Folgejahren näherte er sich der Arbeiterbewegung weiter an. Seit 1859 nahm er regelmäßig an den Stiftungsfesten des Hamburger Arbeiterbildungsvereins teil. Nachdem D. Anfang September 1867 in Lausanne den Kongress der 1864 gegründeten Internationalen Arbeiterassoziation besucht hatte, nahm er in Genf an der Gründung der Internationalen Friedens- und Freiheitsliga teil, die sich die Schaffung der Vereinigten Staaten Europas zum Ziel setzte, um für die Zukunft Kriege auf diesem Kontinent auszuschließen. Die Bestrebungen der I. Internationale unterstützte er fortan auch finanziell.

Als echter Demokrat war D. kein Freund der Einigung Deutschlands auf dem Wege von oben durch „Blut und Eisen“ unter der Führung Preußens. Er lehnte deshalb auch die Verfassung des Norddeutschen Bundes ab. Diese Haltung bewog ihn zunächst, sich an der Gründung der Süddeutschen Volkspartei in Stuttgart 1868 zu beteiligen. Hieraus ergaben sich Kontakte zur Sächsischen Volkspartei, in der August Bebel und Wilhelm Liebknecht eine führende Rolle spielten. Beide standen zugleich an der Spitze des Verbands deutscher Arbeitervereine. D. schätzte das Potential der Arbeiterbewegung im

Kampf für Demokratie sowie gegen den preußischen Militarismus hoch ein. Er nahm in alter Verbundenheit mit den Bauarbeitern 1868 als Delegierter der Schweriner Maurergewerkschaft an der Generalversammlung der deutschen Maurer und Steinhauer in Leipzig teil, besuchte den I. Kongress der Zimmerer Deutschlands in Braunschweig und beteiligte sich schließlich am Vereinstag des Verbandes deutscher Arbeitervereine in Nürnberg, der die Weichen zur Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) ein Jahr später in Eisenach stellte.

Die im Gefolge des Siegs über Frankreich im Krieg von 1870/71 vollzogene Annexion Elsaß-Lothringens durch das neugegründete Deutsche Reich lehnte D. konsequent ab, wie er auch zum Charakter dieses Reiches äußerst kritisch Stellung bezog und in mutiger Aufrichtigkeit seine Sympathien für die Pariser Kommunarden bekundete.

Bei der Reichstagswahlkampagne Ende 1873/Anfang 1874 setzte sich D. in Versammlungen und der Presse Schwerins für die Kandidatur des Sozialdemokraten Carl Finn aus Berlin ein, während er selbst sich durch die Deutsche Volkspartei, die ein Wahlbündnis mit den Sozialdemokraten eingegangen war, in den Wahlkreisen Sachsen-Altenburg und Eßlingen (Württemberg 5) als Kandidat aufstellen ließ. Bei dieser Wahl unterlag er. Da davon auszugehen ist, dass D. sich nach dem Hochverratsprozess gegen August Bebel und Wilhelm Liebknecht (11.–26. März 1872) der SDAP angeschlossen hatte, wirft dies die Frage auf, ob er nicht zugleich auch Mitglied der Volkspartei gewesen ist. Das kann zur Zeit der Aufstellung der Kandidaten für die Reichstagswahl am 10. Januar 1874 durchaus der Fall gewesen sein, denn erst der Eisenacher Kongress der SDAP Ende August 1873 erhob den Grundsatz zum Beschluss, „allen Parteimitgliedern, die noch einer anderen Partei angehören oder mit einer solchen in Verbindung stehen, die Alternative zu stellen, entweder aus unserer Partei zu scheiden oder der anderen zu entsagen“.¹⁵

Gegen D. wurden 1873/74 in Schwerin scharfe Angriffe in der Presse geführt, hauptsächlich wegen seines Eintretens für die Sozialdemokratie; es wurde versucht, ihn aus seinen verschiedenen ehrenamtlich wahrgenommenen kommunalen Positionen zu verdrängen. Dagegen setzte er sich mit der Streitschrift „Neues und Altes. Eine Verteidigungsschrift“ zur Wehr, die 1874 in Schwerin erschien. In ihr bekannte er eindeutig seine Übereinstimmung mit den Zielen der SDAP. Die Führung der Partei hätte ihn wohl kaum als Kandidaten für die Reichstagswahl am 10. Januar 1877 im 13. sächsischen Wahlkreis (Leipzig I und II oder auch Leipzig-Land) aufgestellt, wenn sie nicht von einer inzwischen bewährten Mitgliedschaft Ds. in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), wie die Partei seit dem Gothaer Vereinigungskongress von 1875 hieß, überzeugt gewesen wäre.

¹⁵ Zitiert nach Dieter Fricke: Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1869 bis 1917 in zwei Bänden. Bd. 1. Berlin 1987, S. 48.

Das war ein für die Sozialdemokratie aussichtsreicher Wahlkreis, und D. gelang es tatsächlich, hier das Mandat zu erobern, nicht dagegen im 6. Mecklenburg-Schwerinschen Wahlkreis (Güstrow), wo er gleichfalls kandidiert hatte, aber der Stimmenanteil der Sozialdemokratie noch viel zu gering ausfiel. Er war einer von 12 in den Reichstag gewählten Sozialdemokraten und zog neben so gestandenen Parteiführern wie August Bebel und Wilhelm Liebknecht, Ignaz Auer und Wilhelm Bracke u. a. in das Parlament des Deutschen Reiches ein, das am 22. Februar 1877 seine 3. Legislaturperiode begann. Er war damals 72 Jahre alt.

Die Entwicklung der politischen Ansichten Ds. in den 70er Jahren hat der mit ihm vertrauten Umgang pflegende Bruno Mertelmeyer treffend skizziert, indem er feststellte: „Sozialistische Allüren hat während der vergangenen Jahre mancher Gebildete periodisch angenommen; aber wenige nur sind konsequent und freimütig genug gewesen, um sich offen zur sozialdemokratischen Partei zu bekennen. Demmler tat's und tat es in der Überzeugung, wirklich auf dem Boden von Karl Marx zu stehen... Demmler genügte durch die öffentliche Ablegung seines sozialistischen Glaubensbekenntnisses einem inneren Drang und wahrte sich so nur die Harmonie seines Wesens.“¹⁶

1876 ermöglichte D. durch finanzielle Zuwendungen das Erscheinen der ersten sozialdemokratischen Zeitung in Mecklenburg, des „Mecklenburgischen Arbeiter-Freunds. Organ für das Mecklenburgische Volk“, die ab 2. Dezember 1876 in Rostock herausgegeben wurde.¹⁷ Ab 1. Juli 1878 erschien die weiterhin in Rostock herausgegebene Zeitung dann unter dem Namen „Mecklenburg-Pommerischer Arbeiter-Freund. Organ für das werktätige Volk“. Mit der Nummer 83 vom 21. Oktober 1878 musste sie ihr Erscheinen einstellen, weil sie unter die Verbotsmaßnahmen des Sozialistengesetzes fiel.

Im Reichstag trat D. nur wenig als Redner hervor. Seine Wortmeldungen beschränkten sich auf Stellungnahmen zu bautechnischen Fragen, zu hygienischen Verhältnissen in Kasernen und zur Bedeutung der Binnenfischerei für die Versorgung der ärmeren Bevölkerungsschichten.

¹⁶ Bruno Mertelmeyer: *Wie der Epikuräer zum Sozialisten war*. G. A. Demmler, in: *Altmecklenburg. Plaudereien*. Berlin 1881, S. 57.

¹⁷ Nr. 1 der Zeitung, deren Verantwortlicher Redakteur Buchhage, Rostock, Baustraße 9 war, sowie Exemplare einiger weiterer Nummern, in: MLHS, MdI Schwerin, Nr. 21132. - Die Zeitung ist offensichtlich in keiner öffentlichen Bibliothek überliefert. Verleger war M. Mägde in Rostock. Redakteur wurde spätestens Ende Oktober 1877 dann Eduard Wettengel. - Viele Jahre davor hatte Demmler bereits seinen Freund Ludwig Reinhard bei der Herausgabe und Verbreitung der in Coburg erscheinenden „Arbeiter-Zeitung“ unterstützt.

Als nach dem Nobilingschen Attentat gegen Kaiser Wilhelm I. Anfang Juni 1878 eine wüste Hetze gegen die Sozialdemokratie inszeniert wurde, warfen Provokateure dem Reichstagsabgeordneten die Fensterscheiben seines Wohnhauses am Pfaffenteich entzwei. Der damals fast 74 Jahre alte D. war nicht nur entrüstet, sondern schwer schockiert. Der Reichstag wurde schon am 11. Juni 1878 aufgelöst und ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie vorbereitet, das Reichskanzler Bismarck mit einem neuen Reichstag durchzusetzen hoffte. D. verzichtete auf eine erneute Kandidatur und verließ auf Grund der Vorfälle für einige Zeit sogar wieder Schwerin. Er hatte in seinem Alter einfach nicht mehr die Nervenstärke, um den Beanspruchungen und Aufregungen des Politikerlebens gewachsen zu sein. Auch wenn er sich nach dem Erlass des Sozialistengesetzes aus der Politik zurückzog, blieb er seinen Idealen und Überzeugungen bis an sein Lebensende treu. Die beiden Hauptleitlinien seines politischen Kampfes waren, sich stets einzusetzen für das Wohl der arbeitenden Klassen und Schichten und für Mecklenburg eine moderne Verfassung mit allen Rechten für das Volk zu erringen. Trauerfeier und vorangehender Trauerzug in Schwerin nach dem Ableben Ds. am 2. Januar 1886 wurden zu einer politischen Großkundgebung der Arbeiterschaft für die Aufhebung des Ausnahmegesetzes gegen die Sozialdemokratie.

Klaus Baudis

Ludwig Reinhard

Ludwig Reinhard wurde am 9. April 1805 im Lauenburgischen Mustin geboren. Der Pastorensohn Ludwig Reinhard hat seine Schulzeit in der Domschule der damals mecklenburgischen Ratzeburger Domhalbinsel verbracht. Nach dem Besuch der Schule studierte er Theologie an den Universitäten Rostock und Göttingen. Ein nachhaltiger geistig-politischer Impuls stammt aber aus einer Begegnung während seiner Göttinger Studentenzeit:

„Ich aber stamme von Heine ab;-
der liberale Sünder
Hat außer mir in die Welt gesetzt
Viel illegitime Kinder“¹⁸

Er wurde jedoch nicht Pastor, sondern zunächst 1828 Hauslehrer und dann Subrektor der Lateinschule in Ludwigslust. 1843 wurde er zum Rektor des Gymnasiums in Boizenburg berufen. Zu der Zeit war er in Mecklenburg bereits als politischer Schriftsteller hervorgetreten. Aber als Parlamentsmitglied in der Frankfurter Paulskirche von 1848/49 einschließlich des Stuttgarter Rumpfparlaments war er als „Reinhard-Boizenburg“ und Mitglied der „Frak-

¹⁸ Schwerin, Ein Sommermärchen, in: Mecklenburgisches Volksbuch für das Jahr 1846. Hamburg 1846, S. 55.

tion Donnersberg“ bekannt. Als Abgeordneter und Demokrat stimmte er gegen den Erzherzog Johann, „weil ich mir nicht denken kann, wie ein unter den verderblichen Einflüssen des Hoflebens aufgewachsener Mensch zu den großen Ideen von der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit aller Menschen gelangen sollte.“¹⁹ Von manchen verschreckten Mecklenburgern sah er sich bei dieser Haltung als „Wühler“ bezeichnet, „denn ich habe die Ehre, zur Linken zu gehören“, zu jenen Männern also, welche „die durch unsere große Revolution errungenen Kleinodien behaupten und festhalten um jeden Preis, und wär’s auch auf Kosten ihrer Zukunft.“²⁰ Diesen Preis hat er bezahlt. Wegen seiner Haltung als Abgeordneter verlor er in Boizenburg sein Lehreramtsamt einschließlich Pension. Als Redakteur des Rostocker „Reformblatts für beide Mecklenburg“ (1850/51) handelte er sich drei Monate Gefängnis mit anschließender Ausweisung ein.

Die starke Zunahme der Arbeitervereine in Deutschland Anfang der 1860er Jahre führte zur Einberufung eines ersten Vereinstages der deutschen Arbeitervereine in Frankfurt/Main am 7./8. Juni 1863. Ein dort gefasster Beschluss besagte, dass jeder Vereinstag einen ständigen Ausschuss von zwölf Mitgliedern zur Wahrnehmung der organisatorischen Aufgaben zu wählen hatte. Vom nächsten gesamtdeutschen Vereinstag in Leipzig am 23./24. Oktober 1864 erinnerte sich August Bebel, dass auch „Reinhard-Koburg, ehemaliges Parlamentsmitglied für Mecklenburg“,²¹ in den ständigen Ausschuss gewählt wurde. Ludwig Reinhard, in Coburg damals Redakteur bei der „Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung“, hatte auch schon an dem ersten Frankfurter Vereinstag von 1863 teilgenommen.²²

Am 10. August 1850, vier Wochen vor der Abschaffung des mecklenburgischen Staatsgrundgesetzes von 1849 durch den wieder eingesetzten Landesgrundgesetzlichen Erbvergleich von 1755, druckte Reinhard auf der Titelseite seines „Reformblatts“ ein vernichtendes Urteil über die aristokratische Monarchie und eine glühendes Bekenntnis zu den Revolutionen in Amerika und Frankreich ab.²³ Es waren Zitate aus dem berühmten Buch „Die Rechte des Menschen“ von Thomas Paine, der in einer neueren Übersetzung seines Werkes einleitend als „erster Sozialdemokrat“ mit dem Hinweis eingeordnet wird: „Die heutige Sozialdemokratie sollte sich einen solchen Urahn nicht –

¹⁹ Ludwig Reinhard. An meine Wähler, in: Boizenburg-Hagenower Wochenblatt, Nr. 32 v. 9. Juli 1848, S. 1.

²⁰ Ludwig Reinhard. Zweierlei Nachrichten für Diese und Jene, in: Boizenburg-Hagenower Wochenblatt, Nr. 36 v. 23. Juli 1848, S. 1.

²¹ August Bebel. Aus meinem Leben. Berlin 1964, S. 103; vgl. Berichte über die Verhandlungen der Vereinstage deutscher Arbeitervereine 1863–1869, Nachdrucke herausgegeben von Dieter Dowe. Berlin/Bonn 1980, S. 18 und 22.

²² Vgl. Berichte Dowe, a.a.O., S. 7 f.

²³ Vgl. Reformblatt für beide Mecklenburg, Nr. 15 v. 10. August 1850, S. 1.

wie bisher – entgehen lassen.“²⁴ Was für Thomas Paine gilt, sollte auch für Ludwig Reinhard gelten.

1869 kehrte Reinhard nach Mecklenburg zurück und lebte auf dem Gut von Carl Müller in Bolz bei Sternberg, wo er am 19. Juli 1877 auch gestorben ist.

Klaus Lüders.

Johannes Stelling

Johannes Stelling wurde am 12. Mai 1877 in Hamburg geboren und am 22.6.1933 in Berlin-Köpenick von den Nazis ermordet.

Stelling besuchte von 1884 bis 1892 die Volksschule in Hamburg und trat danach in eine dreijährige Lehre als Handlungsgehilfe ein. In Hamburg kam der aufgeweckte und politisch interessierte junge Mann mit den sozialen Gegensätzen und Widersprüchen in Verbindung. Seine Jugendfreunde und -freundinnen stammten aus unterschiedlichem sozialen Milieu.

Nur wenige Jahre war S. in Hamburg in seinem Beruf tätig. Mit knapp 24 Jahren bewarb er sich für die Stelle als Redakteur beim „Lübecker Volksboten“, einer Tageszeitung mit sozialdemokratisch-gewerkschaftlich orientierter Ausrichtung. Er erhielt die Stelle und war von 1901 bis 1919 für dieses Blatt tätig. 1901 begann zugleich sein Wirken als Gewerkschaftsfunktionär. Von 1905 bis 1912 war er Vorsitzender des Deutschen Transport-Arbeiter-Verbandes Lübeck. In Lübeck wurde er auch um 1901 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Seine politischen Interessen und Begabungen bestätigten sich mit seiner Wahl zum Mitglied der Lübecker Bürgerschaft, der er von 1905 bis 1919 angehörte. Als Sozialdemokrat trat der rhetorisch begabte Politiker besonders für die sozialen Belange der ärmeren Schichten der Bevölkerung ein und war somit bei großen Teilen der Bevölkerung anerkannt. In Lübeck beteiligte er sich an den revolutionären Ereignissen des Jahres 1918. Er erkannte die Chance für einen demokratischen Neuanfang und sah die Verantwortung, die sich für die Mehrheitssozialdemokratie ergab. Für die „linken Spielereien“ der Spartakisten konnte sich der real denkende, mit analytischem Verstand bedachte Stelling nicht begeistern. Er bedauerte einerseits die Spaltung der Sozialdemokratie und empfand andererseits die Gründung der KPD als logische Konsequenz des vornehmlich ideologisch determinierten Konflikts in der Partei.

²⁴ Thomas Paine. Die Rechte des Menschen. Hrsg. Theo Stemmler. Frankfurt/Main 1973, S. 17.

Johannes Stelling wurde 1919 in die Nationalversammlung gewählt und gehörte dem Reichstag von 1920 bis 1933 ununterbrochen an.

Sein Wirken im Freistaat Mecklenburg-Schwerin begann mit der Umbildung der Regierung Wendorff (DDP) am 16. August 1919. Er übernahm das zuvor vom Ministerpräsidenten mitgeführte Ministerium des Innern. Zentrale Aufgabenstellung für den Innenminister war die Arbeit an der Verfassung für das Land Mecklenburg-Schwerin. Darüber hinaus galt es, zahlreiche neue Gesetze zu erarbeiten und auf den parlamentarischen Weg zu bringen, die sich aus dem Charakter und der Aufgabenstellung der demokratischen Gesellschaft ergaben. Somit gehörte es zu seinen Aufgaben, die ministerielle Verwaltung neu zu ordnen und der kommunalen Selbstverwaltung eine gesetzmäßige Grundlage zu geben, das Polizeiwesen demokratisch zu gestalten sowie einen Abfindungsvertrag mit dem Großherzog und seiner Familie abzuschließen, was 1920 auch erfolgte. Die wohl schwerste Bewährungsprobe hatte S. aber wohl mit der Abwehr des Kapp-Putsches zu bestehen. Erneut zeigte sich, dass die SPD keine ausreichende Antwort gegen die Feinde der Demokratie hatte. Erst der entschlossene Widerstand der Arbeiterschaft in Form des Generalstreiks führte zu einer erneuten Klärung der Machtverhältnisse und befreite die Landesregierung aus ihrer misslichen Lage.

Bei den Wahlen zum Ersten Ordentlichen Landtag am 13. Juni 1920 wurden die Sozialdemokraten mit 39,9 Prozent der Wählerstimmen erneut stärkste Partei. Nach der Auflösung der Koalitionsregierung am 12. Januar 1921 bildeten die Sozialdemokraten ein Minderheitskabinett unter Führung von Johannes Stelling.

Angesichts der politischen Konstellation waren vorgezogene Neuwahlen des Landtages unerlässlich. Diese fanden am 13. März 1921 statt, S. war der Spitzenkandidat der SPD. Trotz aller Schwierigkeiten konnte die SPD ihr Konzept zur Krisenbewältigung deutlich machen. Mit 41,7 Prozent erreichten sie ihr zweitbestes Wahlergebnis, was vor allem der Politik Stellings zugeschrieben werden muss. Dank seiner Kooperationsfähigkeit gelang es, ein breites Regierungsbündnis von Sozialdemokraten, Demokraten, Dorfbund und Deutscher Volkspartei herzustellen. Allerdings hielt diese Koalition nur ein gutes Jahr. Nach dem Ausscheiden der DVP übernahm die DDP das Ressort für Unterricht, Kunst, geistliche und Medizinalangelegenheiten.

S. hatte als Mitglied des Reichstages und des Zentralvorstandes der SPD die besten Verbindungen zur Zentrale. Damit konnte er manche Frage der Reichsentwicklung, die Auswirkung auf die Landesentwicklung hatte, frühzeitig aufnehmen und in seiner Regierungspolitik in Mecklenburg-Schwerin berücksichtigen.

Als es im Ergebnis der Landtagswahlen vom 17. Februar 1924 zu einem herben Verlust für die SPD kam, und eine Rechtsregierung von Deutschnationa-

ler Volkspartei und Deutscher Volkspartei gebildet wurde, fand die Tätigkeit von S. in Mecklenburg ein Ende. Auf dem Berliner Parteitag 1924 sowie auf den folgenden Parteitagen wurde er zum Sekretär des Parteivorstandes gewählt. Seit Juni gehörte er dem Exekutivkomitee der Sozialistischen Arbeiter-Internationale an.

In der sogenannten „Köpenicker Blutwoche“, in der vor allem Sozialdemokraten und Kommunisten aus ihren Wohnungen geholt und zum Teil schwer misshandelt wurden, fiel auch Johannes Stelling den SA-Schergen in die Hände. Im Amtsgerichtsgefängnis von Köpenick wurde er mit anderen Verhafteten am 22. Juni 1933 brutal erschlagen. Seine Leiche nähte man in einen Sack und warf sie in die Dahme, wo sie erst Anfang Juli gefunden wurde. Am 11. Juli 1933 fand die Beisetzung unter großer Anteilnahme der Berliner Bevölkerung statt.

S. gehörte zu jenen Sozialdemokraten, die an die Durchsetzung demokratischer Prinzipien in der Gesellschaft glaubten. Er hatte für Nazis wie Gauleiter Friedrich Hildebrandt nicht mehr als Verachtung übrig. Sie waren nach seiner Auffassung nicht fähig, den Menschen und der Gesellschaft eine Perspektive zu geben. Somit war es mit Sicherheit kein Zufall, dass er zu den ersten gehörte, die dem Terror der Nazis zum Opfer fielen. Seine Mörder wurden 1950 vom Landgericht Berlin (Ost) zum Tode bzw. zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt.

Klaus Schwabe

Willi Jesse

Willi Jesse wurde am 14. Dezember 1897 in Rostock geboren.

Er wuchs in einer sozialdemokratisch geprägten Arbeiterfamilie gemeinsam mit zwei Geschwistern auf. Nach dem Besuch der Volksschule absolvierte er eine Maschinenbaulehre. Mit 15 Jahren schloss er sich der sozialistischen Arbeiterjugend an und wurde drei Jahre später Mitglied der SPD. 1916 wurde er Soldat an der Westfront. Es folgten Kriegsgefangenschaft, Flucht und Rückkehr nach Mecklenburg. Er engagierte sich in der Partei- und Jugendarbeit. In der Zeit des Kapp-Putsches nahm er gemeinsam mit Albert Schulz am bewaffneten Widerstandskampf zum Schutz der Republik teil.

Willi Jesse war als Schriftleiter maßgeblich an der Herausgabe des „Jugend-Echo“ beteiligt, einem Mitteilungsblatt der Arbeiterjugend. 1922 besuchte er die Heimvolkshochschule der SPD in Tinz bei Gera. Auf der Bezirkskonferenz der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) wurde er zum Vorsitzenden gewählt. Unter seiner Leitung nahm die SAJ in Mecklenburg-Lübeck einen spürbaren Aufschwung. In die theoretischen und praktisch-politischen Aus-

einandersetzungen der sozialdemokratischen Politik der Weimarer Zeit schaltete er sich aktiv ein. Obwohl die Sozialdemokratie in ihrer Regierungspolitik in Mecklenburg einige Erfolge aufzuweisen hatte, bewahrte er sich dennoch stets eine kritische Distanz. Insbesondere kritisierte er die halbherzige und inkonsequente Auseinandersetzung mit den konservativen Parteien. Ausgeprägt war seine Gegnerschaft gegenüber den Nationalsozialisten, die er als Feinde der Republik bekämpfte. Desgleichen verurteilte er die negative Haltung der Kommunisten zum demokratisch-parlamentarischem System.

1925 wurde er Vorsitzender des Landesausschusses der SAJ und arbeitete im Hauptvorstand als Revisor. Im Oktober 1932 wurde ihm die Funktion des Bezirksvorsitzenden Mecklenburg-Lübeck übertragen. Damit vertrat er auch gleichzeitig den Bezirk im zentralen Parteiausschuss der SPD. Von 1932 bis 1933 gehörte er dem Landtag von Mecklenburg-Schwerin an. Die parlamentarische Bühne nutzte er, um vor der Gefahr des Faschismus zu warnen und heftige Auseinandersetzungen mit den Nazis zu führen.

Nach dem Verbot der SPD 1933 organisierte Willi Jesse mit Albert Schulz und anderen Sozialdemokraten den illegalen Widerstand, half verfolgten Genossen bei der Flucht ins Ausland. Seine materielle Sicherheit und die seiner Familie sicherte er über die Führung eines Lebensmittelgeschäftes in Rostock. Reisen nach Prag wurden genutzt zur Aufrechterhaltung der Verbindung mit der Exilleitung der SPD.

Nach Ausbruch des Krieges erhielt Jesse den Einberufungsbefehl. 1940 kam er von der Westfront zurück und wurde für den Sicherheitsdienst auf der Neptunwerft verpflichtet, allerdings bereits nach 4 Wochen wieder entlassen, weil er als Risikofaktor in einem Rüstungsbetrieb galt.

Willi Jesse bekam Kontakt zu Julius Leber, Gustav Dahrendorf und Mitgliedern des Kreisauer Kreises. er wurde in die Widerstandsarbeit einbezogen und erhielt Informationen mit hoher Brisanz. 1944 erhielt er den Auftrag, eine Untergruppe zu bilden, der Karl Schröder, Heinrich Beese und Albert Schulz angehörten. Nach dem missglückten Attentat auf Hitler drohte auch ihm die Verhaftung. Ihm gelang jedoch die Flucht. Diese führte ihn über Schleswig-Holstein nach Dänemark. Hier halfen ihm seine Kontakte zu dänischen Sozialdemokraten, die seine Flucht nach Stockholm organisierten. Hier lernte er Willy Brandt kennen und fand Kontakt zu Herbert Wehner.

Im September 1945 kehrte er aus der Emigration über Lübeck nach Rostock zurück. Im November 1945 übernahm er den Posten des Landesgeschäftsführers der SPD, den Hermann Lüdemann auf Drängen der Besatzungsmacht aufgeben musste. Gemeinsam mit Albert Schulz, Karl Moritz, Heinrich Beese u.a. gehörte er zu den Gegnern der Vereinigung von KPD und SPD. Diese Gegnerschaft musste zu diesem Zeitpunkt bereits geschickt getarnt werden, da rigoros gegen jeden vorgegangen wurde, der anderer Auffas-

sung war als Kommunisten und Besatzungsmacht. Somit waren seine Möglichkeiten zur Verhinderung der Vereinigung begrenzt, zumal er sich selbst in einer Führungsposition befand und von ihm „Parteidisziplin“ verlangt wurde. So akzeptierte er die Vereinigung mit dem Gedanken, in der SED möglichst viel Sozialdemokratisches zu erhalten.

Im Juli 1946 wurde er unter dem Vorwurf der Spionage und Kontakte zu Kurt Schumacher verhaftet. Nach 4-jähriger Untersuchungshaft wurde er zu 10 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Im Oktober 1950 erfolgt der Transport nach Sibirien.

1954 erfolgte seine vorzeitige Entlassung und Rückkehr nach Rostock. Hier fand er nur noch wenig Vertrautes vor. Viele seiner Freunde und Sozialdemokraten waren in den Westen geflohen, seine Frau sehr krank. Die SPD gab es nicht mehr. In dieser Situation erhielt er das Angebot zur Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland, welches er auch annahm. Seine Ehe wurde in beider Einvernehmen geschieden. Seine Frau, enttäuscht, vereinsamt und sehr krank, wählte einige Zeit später den Freitod.

Willi Jesse wurde im Dezember 1954 ein Referat im Parteivorstand der SPD übertragen und er arbeitete später als Abteilungsleiter, bis 1963 die Verabschiedung durch Herbert Wehner nach 40-jähriger Parteiarbeit erfolgte.

Am 17.8.1971 setzte er seinem Leben in einer Phase tiefer Depression in Eutin ein Ende.

Klaus Schwabe.

Paul Schroeder

Paul Friedrich August Carl Schroeder wurde am 09. August 1875 in der kleinen Ortschaft Stolpe bei Parchim geboren. Durch die kaufmännische Tätigkeit des Vaters Wilhelm Schröder besaß die Familie eine gesicherte Existenz. Über die Kindheit Paul Schroeders ist lediglich bekannt, dass er die Volksschule in Stolpe besuchte. Seine spätere berufliche Entwicklung lässt aber vermuten, dass bereits im Elternhaus auf den Erwerb von Bildung geachtet wurde.

Mit 22 Jahren, im Jahr 1897, begann Schroeder ein Studium am Lehrerseminar in Neukloster. Diese Ausbildung prägte die sozialen und politischen Ansichten des jungen Mannes. Damals noch keiner Partei angehörend, stand der Demokrat Schroeder bereits der SPD nahe. Nach dem erfolgreichen Abschluss des Studiums im Jahr 1899 arbeitete er bis 1919 in verschiedenen Orten als Lehrer: 1899–1900 in Pampow im Kreis Schwerin, 1900–1902 in Wustrow/Fischland und schließlich bis 1919 in Rostock.

Die Novemberrevolution 1918 bildete einen grundlegenden Einschnitt im bisherigen Leben Paul Schroeders. Seit dem Eintritt in die SPD widmete er sich völlig der Politik. 1919 bis 1925 arbeitete er als besoldeter Stadtrat in Rostock. Die Tätigkeit als Schul-Dezernent betrachtete Paul Schroeder als Lebensaufgabe. Selbst als späterer Ministerpräsident erklärte er: „Das eine möchte ich noch sagen: wo ich auch bin und was ich auch bin – meine Lebensaufgabe ist, wieder Stadtrat zu werden. Wenn dazu Zeit und Stunde rufen, lege ich alles hin und komme!“²⁵ In der Tat sah Schroeder seine politische Hauptaufgabe in der Jugendförderung. Er trat als Abgeordneter der SPD im Landtag Mecklenburg-Schwerin für die Akademisierung der Lehrerbildung ein und ließ es sich trotz starker beruflicher Belastung nicht nehmen, bei den alljährlichen Jugendweihen in der Rostocker „Philharmonie“ die Festansprache zu halten. Eine Begründung für dieses umfangreiche Engagement gibt Schroeder 1921 auf dem Bezirks-Parteitag der SPD in Lübeck: „Wir sind das beste Beispiel dafür, was in der Jugend an uns versäumt worden ist.“²⁶

Paul Schroeder, der Zeit seines Lebens unverheiratet war und keine Kinder hatte, widmete seine ganze Kraft der mecklenburgischen Sozialdemokratie. Innerhalb der SPD galt er als „... eine begnadete Frohnatur von einer Wesensart, mit welcher er sofort alle gewann ...“²⁷ Seine große Popularität bei den Arbeitern brachte Paul Schroeder den selbst von ihm gern gehörten Spitznamen „Onkel Paul“ ein.

In den Jahren 1920 bis 1932 wurde er für die SPD in den Landtag Mecklenburg-Schwerin gewählt, dessen Vorsitzender er eine Zeitlang war. Paul Schroeders große Stunde schlug 1926 nach dem Sieg der SPD bei den Landtagswahlen. Bei der Besetzung des Ministerpräsidentenamtes geriet die Partei in Schwierigkeiten. Johannes Stelling, bis 1924 sozialdemokratischer Ministerpräsident, wurde in den Berliner Parteivorstand abberufen. Obwohl Schroeder als einer der wenigen Intellektuellen der Partei galt und über ein repräsentatives Auftreten verfügte, fiel die Entscheidung für ihn keinesfalls unumstritten. Durch das stark belastete persönliche Verhältnis der zwei weiteren Kandidaten Hennecke und Asch schied die Möglichkeit einer politischen Zusammenarbeit in der zu bildenden Regierung aus. Die eigens zur Lösung des Problems eingesetzte SPD-Kommission schlug Paul Schroeder vor. Seine Wahl zum Ministerpräsidenten, Minister des Inneren und des Äußeren in Mecklenburg-Schwerin galt als kluger Kompromiss zur Schaffung eines arbeitsfähigen Ministeriums.²⁸

²⁵ Mecklenburgische Volkszeitung, 04. August 1932.

²⁶ Ebenda, 06. Oktober 1921.

²⁷ Ebenda, 04. August 1932.

²⁸ Albert Schulz, Erinnerungen eines Sozialdemokraten, unveröffentlicht, 1972, S.38f.

Während seiner Regierungszeit wurde durch ein wirtschafts- und sozialpolitisches Programm die ökonomische, soziale und kulturelle Situation der Menschen in Mecklenburg verbessert. Es gelang auch, Fortschritte in der Verwaltungsreform und der Beseitigung von schulpolitischen Rückständen zu erreichen sowie die Lehrerausbildung an den Universitäten zu etablieren. Allerdings blieb durch den großen Lehrermangel und aufgrund finanzieller Probleme die Ausbildung an dem Lehrerseminar in Neukloster vorerst bestehen.

Die Regierung Schroeder, die selbst einem Misstrauensantrag am 8. März 1927 standhielt, trat am 09. Juli 1929, nachdem die Einheitsliste nationaler Mecklenburger die Landtagswahlen am 23. Juni gewonnen hatten, zurück. Im gleichen Jahr ging Paul Schroeder als Pensionär nach Rostock, arbeitete aber noch bis zu seinem Tod 1932 als Mitglied des Landtags.

Der Freitod Schroeders am 02.08.1932 war offensichtlich nicht politisch motiviert. Bereits als Ministerpräsident hinderte ihn eine schwere Zuckerkrankheit an seiner Arbeit. Hinzu kam, dass Schroeder durch eine Bürgschaft für den Landwirtschaftsbetrieb seines Bruders hohe finanzielle Verluste hinnehmen musste. Diese erwiesen sich aber später als weniger gravierend. Obwohl Paul Schroeder dem Leben sehr positiv gegenüber stand, versagte infolge seelischer Depressionen seine Widerstandskraft. In dem Nachruf seiner Mitstreiter heißt es: „Wäre Genosse Schroeder noch ein gesunder Mensch gewesen, so wäre die unglückliche Tat nicht geschehen. Damit verbietet sich aber auch eine Beurteilung der Tat. ... Das Gute, das er gewirkt und getan, wird weiterwirken und unvergesslich sein.“²⁹

Fred Mrotzek

Albert Schulz

Albert Schulz wurde am 11. Oktober 1895 in Rostock geboren. Seinen Vater, einen Arbeiter auf der Neptunwerft, beschreibt der Sohn als einen „... gütigen, aber im allgemeinen wortkargen Mann.“³⁰ Die Mutter starb früh. Damals war Albert Schulz gerade 7 und sein Bruder 5 Jahre alt.

In Rostock geboren und aufgewachsen zu sein, stellte für den Jungen einen Vorzug dar. Schon damals hatte die SPD in der Arbeiterschaft einen starken Rückhalt. So war er bereits als Heranwachsender sehr frühzeitig über die aktuelle politische Diskussion informiert. Mit neugierigem kindlichen Interesse verfolgte er die ersten Lohnkämpfe der Arbeiter, an denen sich auch der Vater beteiligte.

²⁹ Mecklenburgische Volkszeitung, 04. August 1932.

³⁰ Albert Schulz, Erinnerungen eines Sozialdemokraten, unveröffentlicht, 1972, S.1.

Nach dem Volksschulabschluss 1910 begann Albert Schulz eine Lehre als Maschinenbauer auf der Neptunwerft. Während seiner 4-jährigen Lehrzeit wurde er Mitglied der „Freien Jugend“ und der Gewerkschaft. Am 1. Oktober 1913 trat Albert Schulz noch nicht 18-jährig in die SPD ein. Er hatte sein Geburtsdatum ein wenig verändert, um an einer am gleichen Abend stattfindenden Parteiversammlung, in der über seine Aufnahme in die Partei entschieden werden sollte, teilnehmen zu können.³¹ Während seiner Wanderschaft als Maschinenbaugeselle, die ihn durch die norddeutschen Großstädte führte, suchte er den Kontakt zur sozialdemokratischen Arbeiterschaft und zur Gewerkschaft.

Albert Schulz wurde im November 1915 zum Kriegsdienst eingezogen. In seinen Lebenserinnerungen berichtet er nur wenig über die Erlebnisse während des Ersten Weltkriegs. Für ihn bedeutete der Krieg kein Abenteuer. Er erkannte seine Sinnlosigkeit und die Wurzeln im Nationalismus und Profitstreben.

Nach dem Ende des Krieges widmete sich Schulz verstärkt der politischen Arbeit. 1920 wurde der damals gerade 25-jährige zum stellvertretenden Vorsitzenden der Ortsgruppe Rostock und ein Jahr später in den Landtag gewählt. Er leistete ein beachtliches Arbeitspensum. Neben seiner Tätigkeit als Angestellter der Rostocker Ortskrankenkasse war Schulz als Landtagsabgeordneter tätig und übernahm gleichzeitig die Berichterstattung über die Landtagssitzungen für die Mecklenburgische Volkszeitung.

Der konsequente Kampf um die Durchsetzung sozialdemokratischer Reformpolitik gegen die politischen Gegner rechter und linker Couleur machten ihn zu einer Führungspersonlichkeit in der SPD. Besonders seine Erfahrungen mit der KPD prägten sich tief in sein Gedächtnis ein. Ihre Mitglieder versuchten, mit zunehmend aggressiven Mitteln die Versammlungen der SPD zu stören. Häufig war der Redner durch den Krach der Kommunisten nicht mehr zu hören, oder es kam sogar zu tätlichen Auseinandersetzungen. Gegen den Widerstand des Parteivorstands setzte Albert Schulz die Einrichtung eines Ordnerdienstes durch, der für einen ruhigen Ablauf der Versammlungen zu sorgen hatte.³² 1924 bis 1933 leitete er das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold des Gaus Mecklenburg-Lübeck.

Nach der Machtergreifung der NSDAP 1933 wurde Albert Schulz im gleichen Jahr zweimal verhaftet. Die Anklage lautete „Verdacht auf Hochverrat“, was ihm jedoch nicht nachgewiesen werden konnte. Trotzdem wurde er arbeitslos und stand unter ständiger Aufsicht der Polizei. Um sein Familie ernähren zu können, eröffnete Schulz, dem Beispiel anderer Sozialdemokraten

³¹ Ebenda, S.10.

³² Ebenda, S.37f.

folgend, einen Zigarrenladen. Durch diese unverdächtige Tätigkeit konnten die Kontakte innerhalb der SPD aufrechterhalten werden.

Von 1939 bis 1941 war Albert Schulz Soldat. Nach seiner Dienstverpflichtung als Zivilangestellter der Luftwaffe konnte er die illegale Arbeit gegen den NS-Staat weiterbetreiben. Bis zum 20. Juli 1944 arbeitete er in einer Untergruppe des Widerstandskreises Julius Leber. Nach dem misslungenen Attentat auf Adolf Hitler wurde er von der Gestapo verhaftet, musste aber aus Mangel an Beweisen wieder freigelassen werden.

Nach dem Krieg begann Albert Schulz mit dem Wiederaufbau der SPD in Rostock. Bereits am 5. Juli 1945 war die Partei arbeitsfähig. Nach 1945 entstand innerhalb der Sozialdemokratie in Mecklenburg eine Diskussion über die Haltung zur KPD. Schulz vertrat die Auffassung, mit dieser Partei weder eine Einheitspartei zu gründen noch ein Aktionsbündnis einzugehen. Vielmehr sollte eine Zusammenarbeit mit allen Parteien auf einer demokratischen Grundlage erfolgen. Albert Schulz mobilisierte die Rostocker Arbeiterschaft gegen die Einheitsbestrebungen. Es wurde eine Urabstimmung gefordert.

1946 wurde Albert Schulz Oberbürgermeister von Rostock, gleichzeitig musste er aber den Parteivorsitz abgeben. Durch seine organisatorischen Fähigkeiten hatte der Oberbürgermeister großen Anteil an der Überwindung der Kriegsfolgen in Rostock. 1947 wurde Albert Schulz wegen angeblicher Spionage von der NKWD verhaftet und zu 10 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Die Popularität, die Albert Schulz bei den Arbeitern besaß, veranlasste Wilhelm Pieck, sich für dessen Freilassung nach einigen Monaten einzusetzen. Es kam nun zu einer kuriosen Konstellation: Obwohl das Urteil des Kriegstribunals weiterhin in Kraft war, durfte Schulz wieder als Oberbürgermeister arbeiten. Trotz des für ihn nun ganz offensichtlich gewordenen eindeutigen Charakters der neuen Herrschaft in der SBZ sowie der Gefahr einer erneuten Verhaftung setzte Albert Schulz sich für die Erhaltung der kommunalen Selbstverwaltung ein. Insbesondere setzte er sich für den Erhalt der kommunalen Energieversorgung ein und setzte sich mit anderen Kommunalvertretern zu Wehr. Hierfür wurde er parteilich zur Verantwortung gezogen und verlor sein Amt als Bürgermeister. Der drohenden Verhaftung entzog er sich durch die Flucht in den Westteil Berlins, um danach in die Bundesrepublik zu reisen.

In Hamburg wurde Albert Schulz 1950 Sekretär des Büros der SPD-Bundestagsabgeordneten. Von 1953–1962 arbeitete er als Landesgeschäftsführer der SPD Schleswig-Holstein und war gleichzeitig stellvertretender Landesvorsitzender.

Am 26.7.1974 starb Albert Schulz in Hamburg.

Fred Mrotzek

Karl Moritz

Am 25. Mai 1892 wurde der bekannte Wismarer Politiker und Gewerkschafter Karl Moritz in Eugenfeld geboren.

Der aus einem sozial schwachen Elternhaus stammende Moritz konnte mit überdurchschnittlichem Erfolg die Volksschule abschließen – zu einer weiterführenden Schulbildung reichte leider das Geld der Eltern nicht. Er erlernte den Beruf eines Schmiedes bzw. Schlossers, was für den handwerklich sehr begabten Moritz mehr Berufung als Beruf bedeutete.

Früh engagierte sich Karl Moritz auch politisch. Bereits als Sechzehnjähriger besuchte er Veranstaltungen sowie Kundgebungen der SPD. Mit 27 Jahren trat er dann ebenfalls formal der SPD in Wismar bei. In den Jahren 1928 bis 1933 amtierte Moritz als Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes in Wismar (vergleichbar mit der heutigen IG Metall). Zugleich war Moritz aber auch Stadtverordneter von Wismar sowie Mitglied des fünften bzw. sechsten ordentlichen Landtages von Mecklenburg-Schwerin.

Mit dem Machtantritt der Nazis 1933 verlor er alle Ämter und Funktionen und musste seinen Lebensunterhalt als Vertreter verdienen. Karl Moritz gehörte während der „braunen Diktatur“ einer Wismarer Widerstandsgruppe an und wurde deshalb mehrfach von der Gestapo verhört sowie 1944 sogar aufgrund seiner demokratischen Gesinnung verhaftet.

Nach Kriegsende 1945 gründete er mit seinen politischen Freunden Robert Brinkmann, Herbert Säverin, u.v.a. die Wismarer SPD wieder. Als Leiter des Arbeitsamtes Wismar 1945/46 half Moritz, den sozialen und vor allem den wirtschaftlichen Wiederaufbau Wismars voranzutreiben.

Karl Moritz gehörte wie Landrat Robert Brinkmann zu den entschiedensten Gegnern einer Parteienvereinigung mit der damaligen KPD. Er forderte eine eigenständige, selbstbewusste SPD und zu der von führenden Kommunisten und russischer Besatzungsmacht geforderten „Fusion“ eine Urabstimmung unter den SPD-Mitgliedern, was die kommunistische bzw. russische Seite ablehnte. Zu Recht, wie sich später herausstellen sollte, fürchtete Moritz eine Verdrängung/Unterdrückung sozialdemokratischer Traditionen in einer „Einheitspartei“.

Nachdem die mecklenburgischen Sozialdemokraten – ohne jemals diesbezüglich befragt worden zu sein (!) – in die so genannte SED „zwangseingegliedert“ wurden, amtierte Karl Moritz bis 1947 als deren „gleichberechtigter“ Vorsitzender. Doch seine Auffassungen von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit widersprachen den diktatorischen Vorstellungen der früheren KPD-Mitglieder und der Besatzungsmacht. Er unterhielt Kontakte zum SPD-Ostbüro, der Widerstandsbewegung der gesamten SPD gegen die sich

allmählich etablierende stalinistische Diktatur im östlichen Teil Deutschlands. 1947 wurde Moritz als Parteivorsitzender „abgesetzt“ und ein Jahr später – 1948 – aufgrund seiner sozialdemokratischen Gesinnung verhaftet sowie zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Nach einer Amnestie kam er 1953 frei und kehrte nach Wismar, zu seiner Familie, zurück. In den Jahren 1954 bis 1971 durfte Moritz dann innerhalb des Konsumverbandes Wismar arbeiten, blieb allerdings im Visier der DDR-Staatssicherheit.

Im Jahr 1972 starb der aufrechte soziale Demokrat Karl Moritz in Wismar.

Marko Michels

Xaver Karl

Xaver Karl gehörte nie zu den schillerndsten Persönlichkeiten der mecklenburgischen SPD und dennoch prägte er – in verschiedenen Funktionen – Politik und Entwicklung der Sozialdemokratie in Mecklenburg-Vorpommern im 20. Jahrhundert maßgeblich mit.

Geboren wurde Karl am 28. Oktober 1892 in Bogen (Bayern). Nur „zufällig“ gelangte Karl nach Mecklenburg: Da die Eltern ihr berufliches Glück in Norddeutschland fanden, musste der junge Xaver ebenfalls in die neue mecklenburgische Heimat. Er besuchte eine Schweriner Schule und schloss eine Ausbildung zum Installateur ab. Sehr früh engagierte sich Xaver Karl bei der SPD Schwerin und beim Metallarbeiterverband. Von 1922 bis 1933 war er sogar Vorsitzender der Filiale des Metallarbeiterverbandes und Mitglied des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ in Schwerin.

Vor 1933 durfte Xaver Karl die SPD im siebenten „ordentlichen Landtag“ von Mecklenburg-Schwerin vertreten. Nach Machtergreifung durch die Nationalsozialisten 1933 musste Karl seine politische Arbeit in der Illegalität fortsetzen. 1933 wurde er von der Gestapo einige Monate verhaftet. Aufgrund seiner sozialdemokratischen Gesinnung, die er auch während der Jahre des „braunen Terrors“ nicht leugnete, wurde er unter Polizeiaufsicht gestellt. Wenige Tage nach dem missglückten Hitler-Attentat 1944 verhaftete ihn die Gestapo erneut und inhaftierte ihn im Zuchthaus Bützow.

Im Juni 1945 trat Xaver Karl erneut der SPD bei und wurde Ortsgruppen-Vorsitzender der Schweriner SPD sowie stellvertretender Landesvorsitzender der mecklenburgischen SPD.

Xaver Karl lehnte die kommunistischen Vereinigungsbestrebungen mit der SPD – aufgrund negativer Erfahrung in der politischen Arbeit mit der KPD

während der „Weimarer Republik“ – zunächst entschieden ab; seine Gegenspieler um Kurt Bürger (KPD) bezeichneten ihn deshalb als „Zentristen“ und „Einheitsgegner“ und ließen ihn bespitzeln.

Dennoch beugte er sich dem Druck durch KPD und sowjetischer Besatzungsmacht und blieb auch nach der Vereinigung im April 1946 als einer der wenigen mecklenburgischen Sozialdemokraten in einer „höheren“ Funktion. Xaver Karl war von 1946 bis 1952 Sekretär des mecklenburgischen SED-Landesvorstandes.

Bis 1958 durfte er dann noch einflusslose Funktionen innerhalb des Rates des Bezirkes Schwerin ausüben, ehe Karl im Jahre 1959 auf den Posten des Vorsitzenden des Bezirksausschusses der Volkssolidarität abgeschoben wurde.

Bis zu seinem Tod 1980 lebte Xaver Karl ziemlich zurückgezogen in seiner Schweriner Wohnung, wobei er stets im Visier der Staatssicherheit blieb.

Seine Entscheidung, die Vereinigung von KPD und SPD letztendlich doch mitgetragen zu haben, begründete er stets mit dem Hinweis auf die Schaffung einer antifaschistischen Einheitsfront in Nachkriegsdeutschland. Nach Ansicht Karls sollte damit ein erneuter Aufstieg einer nationalsozialistischen Bewegung verhindert werden.

Die totalitäre Herrschaftsstruktur der real existierenden SED widersprach aber auch den demokratischen Grundüberzeugungen von Xaver Karl.

Marko Michels

Hermann Lüdemann

Am 18. September 1880 wurde Hermann Lüdemann in Niestedt geboren. Seine Biographie reflektiert die Höhen und Tiefen unseres Landes wie kaum eine andere.

Lüdemann war zweifellos ein brillanter Redner und Analytiker, dessen politisches Interesse bereits im jugendlichen Alter „erwachte“. Er schloss sich der SPD an, war zugleich aber auch stets ein äußerst kritischer Begleiter seiner Partei. Aufgrund seines enormen wirtschafts- und finanzpolitischen Sachverständnisses stieg er – zunächst Oberpräsident in Schlesien – in der preußischen Regierung, der letzten demokratischen, deutschen Regierung vor dem Ende der „Weimarer Republik“, zum Finanzminister auf. Lüdemann war ein konsequenter Gegner jeglicher politischer Extremisten. Von Nazis wie Kommunisten wurde er gleichermaßen gnadenlos verfolgt. Nach 1933 stand Lüdemann unter ständiger Überwachung der Gestapo und wurde einige Jahre im Konzentrationslager inhaftiert.

Im Sommer 1945 – wenige Wochen nach Kriegsende – gehörte Hermann Lüdemann zu den Mitbegründern der mecklenburgischen SPD in Schwerin und fungierte als deren Landesgeschäftsführer. Lüdemann gehörte zu jenen namhaften sozialen Demokraten im Lande, die sich gegen einen Zusammenschluss mit der KPD aussprachen. Mutig argumentierte er offen in Richtung sowjetische Besatzungsmacht und KPD-Landesleitung: „Die Kommunisten müssen, nicht nur mit Worten, sondern mit der Tat beweisen, dass sie Demokraten sind!“ oder „Ich lebe lieber in einem demokratisch-kapitalistischen Staat als ein Sklave in Russland! ... Ich glaube an den Sieg der Demokratie über die Diktaturen!“. Sein forsches Auftreten missfiel insbesondere Oberst Anatolij Serebriskij, Chef der Informationsabteilung der „Sowjetischen Militäradministration“ in Schwerin. Auf dessen Geheiß wurde Hermann Lüdemann als mecklenburgischer SPD-Landesgeschäftsführer abgesetzt. Lüdemann galt nun als „Geächteter“.

Den Zusammenschluss von KPD und SPD am 7. April 1946 im Schweriner Traditionsfilmtheater „Capitol“ (heute „Capitol 1“) kommentierte er damals folgendermaßen: „Ich bin soeben im ‚Capitol‘ gewesen und habe die Diapositivreklame (für die Einheitspartei) gesehen. Ich habe noch gar nicht gewusst, dass man so viel dafür sagen kann, dass man überhaupt so eine Reklame machen kann. Da müsste der tote Goebbels vor Neid erblassen, wenn er das wüßte!“.

Da eine unmittelbare Verhaftung durch die russische Besatzungsmacht drohte, floh Hermann Lüdemann nach Schleswig-Holstein und schloss sich der dortigen SPD an. In seiner neuen Heimat besaß er großen Anteil am Aufstieg der SPD Schleswig-Holsteins. Zwischen 1947 und 1949 hatte Hermann Lüdemann sogar das Amt des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten inne. Politisch aktiv, u.a. in diversen Funktionen seines neuen SPD-Landesverbandes, blieb Hermann Lüdemann bis zu seinem Tod im Jahre 1959.

Marko Michels

Aurel von Jüchen

Aurel von Jüchen wurde am 20. Mai 1902 in Gelsenkirchen geboren.

Er war Sohn des Handelsschullehrers Aurel von Jüchen in Gelsenkirchen. Dort besuchte er zunächst die Volksschule und danach das humanistische Gymnasium, das er 1922 mit dem Abitur abschloss. Danach studierte er Theologie und Philosophie an den Universitäten in Münster, Tübingen und Jena. Er war Werkstudent und verdiente das Geld für das Studium im Bergwerk und einer Gelsenkirchener Gießerei. Dadurch bekam er frühzeitigen einen intensiven Kontakt zur Arbeiterschaft und deren Organisationen. Er lernte Schriften von Marx, Engels, Landauer, Kautsky, Hilferding, Trotzki

und Lenin kennen. Während seiner Studienzzeit in Jena war er Mitglied einer sozialistischen Studentengruppe.

1929 nach dem theologischen Examen wurde er Pfarrer in Möhrenbach in Thüringen und trat dort auch der SPD und dem Bund Religiöser Sozialisten bei. Dem allmählich erstarkenden Nationalsozialismus trat er mit zahlreichen Vorträgen und kämpferischen Artikeln in Zeitungen und Zeitschriften entgegen. In den innerkirchlichen Auseinandersetzungen nahm er Position für die Unabhängigkeit der Kirche vom NS-Staat. 1933 erhielt er quasi ein Berufsverbot mit seiner vorzeitigen Pensionierung im Alter von 32 Jahren, das jedoch mit seiner Versetzung im Jahre 1934 nach Mecklenburg wieder aufgehoben wurde. Hier übernahm er eine Pfarrstelle in Rossow/Ostprignitz. Hier trat er der Bekennenden Kirche bei und aktivierte seinen Widerstand gegen das NS-System. Durch seinen Ausschluss aus der Reichsschrifttumskammer und dem ausdrücklichen Verbot jeglicher schriftstellerischer Arbeit sollte er mundtot gemacht werden. 1940 bis zum Ende des Krieges war er Soldat, wobei er das Angebot, eine Offizierslaufbahn einzuschlagen, strikt ablehnte. Eine Kriegsgefangenschaft blieb ihm erspart, so dass er bereits in den letzten Kriegstagen wieder nach Hause zurückkehren konnte.

Nach dem Kriegsende wurde er durch den Oberkirchenrat auf die Pfarrstelle der Schelfkirche Schwerin berufen. Im Oktober 1945 trat er wiederum der SPD bei. Gemeinsam mit Karl Kleinschmidt und anderen Pfarrern gründete er die Arbeitsgemeinschaft „Christentum und Sozialismus“, die über die Landesgrenze hinaus in der ganzen SBZ wirksam wurde. Mit der Gründung der SED im Jahre 1946 wurde v. Jüchen ihr Mitglied. Sein Engagement in der SED wurde in erster Linie als Stärkung der Kirchenpolitik der SED von großen Teilen der mecklenburgischen Christengemeinschaft verstanden und deshalb kritisiert.

Je länger und intensiver Aurel von Jüchen als Pfarrer in der SED wirkte, um so mehr wurde ihm selbst bewusst, dass sich der Atheismus der SED und seine religiös geprägte Friedensarbeit, Sozialismus und Religion in einem nicht auflösbaren Widerspruch befanden, zumal er niemals daran dachte, seine religiöse Überzeugung der Parteidisziplin zu opfern. Schon 1947 geriet er auch bei der SED-Führung des Landes und im ZK der SED in Kritik, zumal man seine Verbindungen zur Kirchenleitung und zu Bischof Dibelius mit Argwohn betrachtete.

1949 wurde v. Jüchen von der politischen Polizei der Besatzungsmacht unter dem Vorwand der Spionage verhaftet und in einem sogenannten „Fernurteil“ zu 15 Jahren Arbeitslager in Sibirien verurteilt. 1953 erfolgte seine Begnadigung und anschließende Rückkehr nach Deutschland. Er wirkte in Berlin (West) bis zu seinem Tod engagiert in der kirchlichen Sozialarbeit, war Gefängnispfarrer und schrieb über seine Erlebnisse und Erfahrungen mit den Kommunisten. Sein bekanntestes Buch „Was die Hunde heulen – sowjetische

Wirklichkeit von unten betrachtet“ handelt von seiner Gefangenschaft in Workuta.

Am 11. Januar 1991 starb Aurel von Jüchen in Berlin.

Klaus Schwabe

Bruno Theek

Pastor Bruno Theek war eine der charismatischsten Persönlichkeiten der evangelischen Kirche und der SPD nach 1920 in Mecklenburg sowie außerhalb Mecklenburgs.

Theek, geboren am 20. Mai 1891 in Berlin, bereits mit jungen Jahren politisch auch sehr aktiv, wurde im Jahr 1917 Mitglied der USPD, später der SPD. 1919 legte er sein Abitur ab, studierte in Berlin Theologie und war danach im Pfarramt in Berlin tätig. In den sogenannten „goldenen zwanziger Jahren“ sorgte er sich aufopferungsvoll um gestrauchelte Jugendliche und Prostituierte, insbesondere in Berlin-Wedding. Nach Mecklenburg kam Bruno Theek 1935. 1939 wurde er Pastor an der Stadtkirche zu Ludwigslust. Seine gelebte humanistische Grundhaltung und Mitmenschlichkeit führten in der Nazizeit zur Überwachung seiner Gottesdienste und zu Sprechverboten. Wegen „staatsfeindlicher Äußerungen“ wurde Pastor Theek am 02.10.1941 verhaftet und ins KZ nach Dachau gebracht. Unter schwierigsten Lebensbedingungen und bei schwerer körperlicher Arbeit lernte er dort eine unvergleichliche Solidarität unter den Häftlingen, den Christen und Nichtchristen, kennen. Diese Erfahrung bestärkte ihn in seinen Glauben an die erfolgreiche Gemeinsamkeit im Denken und Handeln zwischen verschiedenen religiösen Konfessionen, zwischen Christen und Atheisten im täglichen Leben. Nach Befreiung des KZ Dachau kehrte Bruno Theek wieder nach Ludwigslust in sein Pfarramt zurück. Er war mit daran beteiligt, dass Ludwigslust 1945 kampflos den Amerikanern überlassen und damit sinnloses Blutvergießen verhindert wurde.

Am 28.06.1945 wurde er im inzwischen russisch besetzten Ludwigslust zum Bürgermeister ernannt, nachdem die russische Besatzungsmacht seinen politischen Weggefährten Wilhelm Behn – aufgrund dessen Kritik am Verhalten der SMA (= Sowjetische Militäradministration) gegenüber der Bevölkerung – „einfach“ absetzte. Seinen neuen Herausforderungen als Ludwigsluster Bürgermeister stellte sich Bruno Theek: Fortsetzung des unter Wilhelm Behn begonnenen Aufbaus einer demokratischen Verwaltung, Überwindung der Kriegsschäden und Entwicklung des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens. Doch auch Bruno Theek fiel bei den Russen zwischen 1945/47 „in Ungnade“. Zunehmend musste er Einmischungen und Eingriffe der SMA in seine kommunale Tätigkeit hinnehmen. Außerdem hatte er ständig mit dem her-

ausfordernden Verhalten der örtlichen KPD, ab 1946 kommunistisch dominierte SED, zu kämpfen. Aus diesen Gründen trat Bruno Theek am 26.09.1947 zurück und widmete sich wieder verstärkt seinem Dienst als Ortpastor in der Stadtkirche zu Ludwigslust.

Anfang der 50er Jahre wurde Pastor Theek – aufgrund seiner demokratischen Gesinnung – als ehemaliger Sozialdemokrat aus der SED ausgeschlossen, in die man ihn im April 1946 zwangseingegliederte und die er in dieser Form, mit diesem Charakter nie wollte bzw. akzeptierte.

Sein Auftreten für die Bodenreform in den Jahren 1946 bis 1950 mit zu „leiser“, wenn auch vorhandener Kritik an den gewaltsamen Enteignungen, sein Einschwenken auf die einseitige „Friedenspolitik“ der SED, die im Grunde nur als Propagandainstrument gegen die westlichen Demokratien diente, und die Befürwortung einer sozialistischen Planwirtschaft, offenbaren die Ambivalenz der Persönlichkeit Theeks. Zweifellos gilt es aber, sein Engagement bei der Aufarbeitung Mecklenburgischer Regionalgeschichte zu würdigen, wie ebenfalls sein (später vergebliches) Eintreten für die Unabhängigkeit des von ihm mitgegründeten Kulturbundes. Bruno Theek starb am 22. März 1990 in Schwerin.

Marko Michels

Carl Moltmann

Carl Moltmann wurde am 23. September 1884 in Brüz bei Goldberg geboren.

Nach dem Besuch der Grundschule begann er eine Lehre als Tischler, danach führten ihn seine Wanderjahre in die Schweiz, nach Österreich und Italien. Mit 18 Jahren wurde er Mitglied der SPD und des Deutschen Holzarbeiterverbandes. 1907 wurde er zum Vorsitzenden des SPD-Wahlvereins und des Holzarbeiterverbandes Parchim gewählt. Von 1915 bis 1918 war er Soldat der Deutschen Reichswehr. In der Novemberrevolution gehörte er dem Arbeiter- und Soldatenrat in Schwerin an.

Von 1919 bis 1932 gehörte er dem Landtag von Mecklenburg-Schwerin an und war Vorsitzender der Landtagsfraktion der SPD. In dieser Tätigkeit hat er maßgeblich die sozialdemokratische Politik der Landesregierungen und der Fraktion der SPD geprägt. Er trat dafür ein, die überkommenen rückständigen Gesellschaftsstrukturen Mecklenburgs zu reformieren und damit die Gesellschaft umzuwandeln. Konsequenter bekämpfte er die Feinde der Republik. Das waren in erster Linie Kommunisten und Nationalsozialisten. 1932 wurde er in den Reichstag gewählt.

Von 1918 bis 1928 war er Sekretär der SPD-Ortsgruppe Schwerin, gleichzeitig Redakteur und Herausgeber der Sozialdemokratischen Zeitung „Das freie Wort“. Von 1928 bis 1933 war er Direktor des Landesarbeitsamtes Mecklenburg.

Nach dem Verbot der SPD verlor er alle seine politischen Ämter und beruflichen Funktionen. In Schwerin eröffnete er 1934 ein Tabakgeschäft und sicherte damit bis zum Ende des Krieges das Überleben seiner Familie. Obwohl sein Geschäft unter ständiger Beobachtung stand, war es konspirativer Treffpunkt von Sozialdemokraten und Hitlergegnern. Im August 1944 kam es im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler zu seiner kurzzeitigen Inhaftierung.

Sofort nach dem Krieg begann er erneut eine politische Betätigung, nahm Verbindung mit den englischen Alliierten auf und fungierte als Berater bei der Bildung der Verwaltung. Nach dem Abzug der Engländer am 1. Juli 1945 und der Wiederzulassung politischer Parteien und Organisationen war er maßgeblich an der Gründung der SPD von Mecklenburg-Vorpommern beteiligt. Zunächst war er Vorsitzender der SPD in Schwerin und im August 1945 wurde er als Landesvorsitzender der SPD gewählt. Er gehörte von Beginn an zu den Befürwortern einer raschen Vereinigung mit der KPD. Er akzeptierte die von den Kommunisten initiierte strukturelle Umwandlung der Gesellschaft und meinte, somit am wirkungsvollsten die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen.

Nach der Vereinigung von KPD und SPD am 7. April 1946 wurde er neben Kurt Bürger paritätischer Landesvorsitzender der SED bis zur Beendigung der paritätischen Besetzung 1949. Der Landtag wählte ihm im Herbst 1946 zu seinem Vorsitzenden. In dieser Funktion verblieb er bis zu dessen Auflösung im Jahre 1952. Danach wurden ihm keine höheren Funktionen mehr übertragen. Bis zu seinem Tod war er Mitglied des Zentralkomitees der SED und des Rates des Bezirkes Schwerin. Mit seinem Namen ist vor allem das Ende der SPD in Mecklenburg-Vorpommern verbunden. Es ist nicht bekannt, ob er sich jemals hiervon distanziert hat, zumal manche seiner engsten Kampfgefährten später zu erbitterten Gegnern der Politik der SED wurden.

Am 5. Februar 1960 ist Carl Moltmann in Schwerin gestorben.

Klaus Schwabe

Wilhelm Höcker

Am 29. Juni 1886 wurde Wilhelm Höcker in Holzendorf geboren. Sein Vater war von Beruf Zimmermann und war Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und der Holzarbeitergewerkschaft. Schon früh lernte er die extremen

sozialen Gegensätze in einem Dorf im Großherzogtum Mecklenburg-Strelitz kennen. 1893 bis 1901 besuchte er die Volksschule in Woldegk und wurde anschließend als Handlungsgehilfe in Rostock und Penzlin ausgebildet. Von 1906 bis 1908 absolvierte er seinen Militärdienst. Nachdem er einige Jahre als Lagerhalter im Konsumverband Güstrow tätig war, diente er als Freiwilliger im Reserve-Jäger-Bataillon in der gesamten Kriegszeit von 1914 bis 1918. Daran anschließend war er erneut im Konsumverband Güstrow tätig.

1911 wurde Höcker Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaft. Politisch orientierte er sich an den Kräften um Franz Starosson und Robert Nespital, die zwar die Kriegsvorbereitungen ablehnten, aber der These der „Vaterlandsverteidigung“, wie sie mehrheitlich in der SPD vertreten wurde, positiv gegenüberstanden. Insofern war Höcker auch für die Bewilligung der Kriegskredite, verurteilte andererseits aber die Bestrebungen militaristischer Kräfte zur Führung eines Annexionskrieges. Sein Einsatz im Krieg verstärkte die Erkenntnis, dass eine Friedenspolitik nicht mit den feudalkapitalistischen Kräften durchsetzbar ist. Zurückgekehrt aus dem Krieg, reihte er sich in Güstrow in die sozialdemokratische Bewegung ein und gehörte dem Arbeiterrat an, der die revolutionären Aktivitäten leitete. Er wurde mit der Leitung der Kreisbehörde für Volksernährung beauftragt. 1921 wählte man ihn zum Amtshauptmann des Kreises Güstrow. Diese Tätigkeit übte er bis zu den Kommunalwahlen 1932 aus.

Wilhelm Höcker war Mitglied des Zweiten und Vierten bis Siebten Mecklenburg-Schwerinschen Landtages. Ab 1926 wählte ihn der Landtag zu seinem Vizepräsidenten bzw. Präsidenten. Sowohl in seiner Funktion als Amtshauptmann als auch im Landtag war er maßgeblich an der demokratischen Umwandlung Mecklenburgs beteiligt. Er war eine kompetente Stütze seiner Fraktion bei der Ausarbeitung demokratischer Gesetzesvorlagen und Reformvorhaben.

Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Vertretern im Parlament und den Möglichkeiten in der parteipolitischen Arbeit führte er konsequent und wurde damit zu einer jener sozialdemokratischen Persönlichkeiten, die nach dem Ende der Demokratie Verfolgungen der Nazis ausgesetzt war. Obwohl er die Bestrebungen der Kommunisten zum Sturz des Kapitalismus mit gewaltsamen Mitteln ablehnte, sah er doch in ihnen potentielle Verbündete. Er kritisierte dessen stalinistische Ausrichtung und sah vor allem unter dem Gesichtspunkt des Erstarkens der Nazibewegung in der Einheitsfront eine Chance für eine wirksame Gegenwehr.

Nachdem die Nationalsozialisten 1933 ihr Regime errichteten, wurde Wilhelm Höcker aus dem Staatsdienst entlassen. Er eröffnete in Güstrow ein Tabakwarengeschäft, das er bis 1945 unterhielt. Damit sicherte er für sich und seine Familie den Lebensunterhalt. Eine illegale politische Arbeit nach dem Verbot der SPD ist nicht nachweisbar. Seine Verhaftung im Umfeld des

Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944 erfolgte im Rahmen der Massenverhaftungen von potentiell Verdächtigen. Nach wenigen Wochen wurde er wieder entlassen.

Nach dem Ende des Krieges stellte er sich sofort in den Dienst des Wiederaufbaus. Mit Gleichgesinnten gründete er zunächst den Ortsverein der SPD Güstrow und wurde selbst Mitglied. Für wenige Wochen war er stellvertretender Bürgermeister von Güstrow. Seine umfangreichen Erfahrungen in der politischen Arbeit und in der Verwaltungstätigkeit sowie seine Zuverlässigkeit und Integrität veranlassten die Besatzungsmacht in Abstimmung mit der KPD, Höcker zum Präsidenten der Landesverwaltung zu ernennen.

Wilhelm Höcker gehörte zu jenem Teil der Sozialdemokraten in Mecklenburg, die eine Vereinigung mit den Kommunisten vorbehaltlos befürworteten. Allerdings betonte er stets, dass die SPD als die Partei mit einem hohen Ansehen in der Bevölkerung einen adäquaten Einfluss in der Einheitspartei haben müsse. Er trat für die Errichtung eines demokratischen Staatswesens ein und betonte die Notwendigkeit, aus den Fehlern der Vergangenheit, insbesondere der Weimarer Zeit, die Lehren zu ziehen. Mit der Vereinigung von KPD und SPD im April 1946 gehörte er der SED an.

Zu den Landtagswahlen am 20. Oktober 1946 wurde er als Spitzenkandidat der SED nominiert und nach deren Erfolg Ministerpräsident des Landes Mecklenburg. In dieser Funktion war er verantwortlich für den Verwaltungsaufbau sowie für die praktische Umsetzung der politischen Vorgaben durch die Besatzungsmacht und die SED. Eine Auflehnung gegen die permanente Bevormundung und Einmischung in Regierungsangelegenheit durch die SED-Führung ist nicht überliefert. Bis 1951 war er Ministerpräsident und wurde dann mit Erreichung der Altersgrenze von der Funktion entbunden.

In gesellschaftlichen Funktionen, wie 1952 bis 1953 als stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Roten Kreuzes im Bezirk Rostock und Vorsitzender der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, gab er seine reichen politischen Erfahrungen an jüngere Generationen weiter. Er starb am 15. November 1955 in Güstrow.

Klaus Schwabe

Kurt Freiherr von Reibnitz

Kurt von Reibnitz wurde am 12. November 1877 in Kiel als Sohn des Vizeadmirals der kaiserlichen Marine, Paul Freiherr von Reibnitz und seiner Frau Fanny, geb. von Hanseemann geboren. Ein gut behütetes und wohlhabendes Elternhaus sichert ihm eine sorglose Kindheit. Frühzeitig führte ihn seine musisch begabte Mutter an die schönen Seiten des Lebens heran. Er erhielt

Klavierunterricht und Malstunden. Seine Begabungen und Neigungen reichten jedoch nicht aus, um später eine berufliche Entwicklung daraus zu machen.

Seine Eltern wollten ihm eine bestmögliche Bildung zukommen lassen und schickten ihn deshalb auf das Französische Gymnasium nach Berlin. Hier bereitete er sich auf die Ablegung des Abiturs vor und genoss zugleich die Weltoffenheit der Hauptstadt. Er entschied sich nach dem Abitur für ein Studium der Rechte. 1897 begann er das Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in seiner Heimatstadt Kiel, setzte es in Leipzig fort, um es 1902 schließlich in Berlin zu beenden. Hieran schloss sich die Promotion zum Doktor juris in Rostock an. Er war zunächst fest entschlossen, eine juristische Laufbahn einzuschlagen.

Das juristische Refendariat 1905 bis 1907 absolvierte er in einer Kanzlei in Merseburg und beendete es mit der ersten juristischen Prüfung. Zur Vorbereitung der zweiten juristischen Prüfung wurde er 1907 Regierungsassessor im Landratsamt Linden, die er 1908 erfolgreich bestand. Anschließend erhielt er eine Anstellung als Assessor im preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe in Berlin und wurde zugleich preußischer Beamter. 1910 begann er eine mehrmonatige Studienreise in die Vereinigten Staaten von Amerika. Im Ergebnis dessen verfasste er eine Dissertationsschrift: „Die New Yorker Fondsbörse (Stock Exchange). Ihre Geschichte, Verfassung und wirtschaftliche Bedeutung“. Mit dieser Arbeit wurde in Halle zum Dr. phil. promoviert. Seine ausgezeichnete fachliche Qualifikation, Sprachkenntnisse und weltmännische Erfahrung verlangten geradezu nach einem entsprechenden beruflichen Einsatz.

1912 trat er in den diplomatischen Dienst ein und wurde Attaché an der deutschen Botschaft in Washington. Aber bereits 1913 beendete er die kaum begonnene diplomatische Karriere und kehrte nach Deutschland zurück. Über die Gründe für das rasche Ende der diplomatischen Laufbahn ist nichts weiter bekannt. Vermutet wird aber, dass es zu Differenzen mit seiner vorgesetzten Dienststelle in Berlin gekommen ist. Im ober-schlesischen Landkreis Falkenberg bekam er nun die Stelle des Landrats, war nebenbei an der Universität Breslau wissenschaftlich tätig und referierte über das Bank- und Börsenwesen in Deutschland und den USA. Reibnitz war mit seiner beruflichen Stellung recht unzufrieden, fühlte sich als preußischer Beamter unterfordert.

Seine Haltung zum Krieg war eher ablehnend, da er ihn als politische und soziale Katastrophe für Deutschland empfand. Er wünschte sich einen Einigungsfrieden mit den Westmächten und eine schnelle Beendigung des Krieges im Osten. Die „Durchhaltepolitik“ des Kaisers hielt er für verhängnisvoll. Nach dem Ende des Krieges erhielt er eine Anstellung als Referent bei der Verwaltung für Litauen in Wilna.

1918 kam er nach Mecklenburg-Strelitz. Noch vor dem Ausbruch der Novemberrevolution trat er der SPD bei, worauf er stolz war, gehörte er damit

doch nicht zu den „Novembersozialdemokraten“, denen oftmals karrieristische Gründe für ihren Parteieintritt nachgesagt wurden. Obwohl er selbst dem Adel angehörte, hielt er die politische Entmachtung des deutschen Hochadels für die einzige Alternative für einen erfolgreichen Wiederaufbau des Landes. Er kam mit den führenden Sozialdemokraten von Mecklenburg-Strelitz Hans Krüger und Wilhelm Leuß in näheren Kontakt. Die erkannten sofort seine politischen Qualitäten und empfahlen einen Einsatz in verantwortlicher Position. Der erfahrene und in der Verwaltungsarbeit geübte Reibnitz war für die Sozialdemokratie in Mecklenburg-Strelitz ein Glücksfall. 1919 wurde er Ministerialdirektor im sozialdemokratisch geführten Staatsministerium und somit eine wertvolle Unterstützung für den Staatsminister Hans Krüger.

1919 bis 1923 wurde er Staatsminister der Koalitionsregierung von SPD und DDP. Tiefgreifende Ereignisse wie der Kapp-Putsch und der Landarbeiterstreik erschütterten das Land und waren abzuwehren. Reibnitz leistete in vielen öffentlichen Veranstaltungen Aufklärungsarbeit. In dieser schwierigen politischen Lage für das Land erwies er sich als kluger und gewandter Politiker. Er hatte ein Gespür für herannahende Gefahren und nutzte seine Kontakte zur Gesprächspartnern ganz unterschiedlichen politischen Couleurs, ohne seine sozialistische Grundidee dabei in Frage zu stellen. Er hatte jedoch auch gerade in dieser schwierigen Zeit Angriffe seiner politischen Gegner abzuwehren, die grundsätzlich gegen die republikanischen Verhältnisse eingestellt waren und teilweise mit kriminellen Methoden arbeiteten. Außerdem verzieh man es Reibnitz nicht, dass er „Herkunft und Stand verraten habe“ und nun den Sozialdemokraten half, eine neue politische und soziale Ordnung aufzubauen. Hinzu kam, dass er in zweiter Ehe mit Luise von Maltzahn, Freiin zu Wartenberg und Penzlin, verheiratet war, und man hätte damit eine stärkere Beziehung zum mecklenburgischen Landadel erwartet. Kurt von Reibnitz befand sich aus der Sicht seiner Herkunft, der politischen Stellung und parteilichen Bindung immer ein wenig „zwischen den Stühlen sitzend“.

Viele seiner Parteimitglieder erwarteten von der sozialdemokratisch geführten Staatsregierung eine stärkere Parteinahme für die Belange der Arbeitnehmer. Diese konnte von Reibnitz nicht erbracht werden, war er doch einerseits in seinem Amt zur Neutralität verpflichtet und andererseits billigte er nicht immer die Methoden der sozialen Auseinandersetzung. Es gab nicht wenige Sozialdemokraten, die ihm gerade in diesem Zusammenhang ihr Misstrauen zeigten. Sie waren der Auffassung, dass er doch noch mehr Adliger als Sozialdemokrat war. Insofern war die Wahlniederlage der SPD bei den Landtagswahlen im Sommer 1923, die vor allem Kurt von Reibnitz und seiner Regierung angelastet wurde, scheinbar eine Konsequenz dieser Entwicklung. Größte Gewinner der Wahl waren die Kommunisten, die mit 7 Sitzen fast gleich stark wie die Sozialdemokraten in den Landtag einzogen. Sie gehörten zu den eifrigsten Kritikern der Sozialdemokraten. Kurt von Reibnitz bezeichneten sie als „Adligen im sozialdemokratischen Gewand“.

Nach der Wahlniederlage der SPD, die Kurt von Reibnitz auch als persönliche Niederlage empfand, ging er nach Berlin und wurde Mitglied des Aufsichtsrates einer Bank. Daneben war er weiterhin wissenschaftlich tätig und publizierte in Zeitschriften.

1928 wurden die Sozialdemokraten erneut stärkste Partei bei der Landtagswahl von Mecklenburg-Strelitz. Sie baten Kurt von Reibnitz, nach Neustrelitz zurückzukehren an die Spitze der Landesregierung. Der Landtag berief Kurt von Reibnitz erneut in das Amt des Staatsministers. Inzwischen hatte sich die finanzielle Situation des Landes erheblich zugespitzt. Es gelang nur mit großer Mühe, den Haushalt durch den Landtag zu bekommen. Reibnitz musste mehrere Misstrauensanträge überstehen. Grundsätzlich stellte sich die Frage, ob das Land Mecklenburg-Strelitz seine Eigenständigkeit weiterhin erhalten konnte. Die Weltwirtschaftskrise drückte das Land an den Rand des Ruins. Beharrlich suchte Reibnitz nach Möglichkeiten, das Land wieder auf die Beine zu bekommen. Seine Versuche, einen Anschluss an Preußen herbeizuführen, scheiterten im Parlament.

Eine große Belastung für das Land stellte die hohe Arbeitslosigkeit dar. Immer mehr Betriebe waren gezwungen, ihren Konkurs anzumelden. Die Unzufriedenheit unter der Bevölkerung war groß. Erhebliche Teile der Bevölkerung wurden an den Rand des sozialen Ruins gedrängt. Das bekam auch die Regierung von Kurt von Reibnitz zu spüren. Ein gemeinsamer Versuch, mit Mecklenburg-Schwerin in die „Osthilfe“ der Reichsregierung hineinzukommen, brachte nicht den gewünschten Erfolg. Noch vor dem Ende der Legislaturperiode wurde im Landtag erneut ein Misstrauensantrag gegen Kurt von Reibnitz eingebracht, den er nicht überstand. Damit endete 1931 auch seine zweite Amtszeit als Staatsminister mit einer Niederlage, die ihn sehr schmerzte. Er verließ nun für immer mit seiner Familie Mecklenburg-Strelitz. Seine Verabschiedung durch die Strelitzer Sozialdemokratie war distanziert. Durch das Land wurde seine Leistung als Staatsminister in einer sehr komplizierten Lage gewiss auch nicht angemessen gewürdigt und somit war seine Verbitte- rung allzu verständlich.

Er zog wiederum nach Berlin, war wieder im Bankgeschäft tätig, hielt Vorträge und veröffentlichte Bücher zur Zeitgeschichte und Politik. Frühzeitig erkannte er das herannahende Verhängnis nationalsozialistischer Herrschaft für das deutsche Volk. In seinem Buch „Im Dreieck Schleicher, Hitler, Hindenburg. Männer des deutschen Schicksals“ aus dem Jahre 1933 konnte er vor allem die Verbindungen zwischen Finanzkapital und NSDAP nachweisen und sah voraus, dass dies Deutschland nur in eine Katastrophe führen würde.

Noch nicht einmal 60 Jahre alt geworden, starb er am 26. Juni 1937 in Königsberg.

Klaus Schwabe

Karl Bartosch

Karl Bartosch wurde am 12. Dezember 1880 in Altona geboren. Er besuchte hier die Volksschule und erlernte anschließend das Schmiedehandwerk. Nach dreijähriger Kriegsdienstzeit kehrte er 1918 in die Heimat zurück, und wurde in Neubrandenburg Vorsitzender des Soldatenrates. In dieser Funktion setzte er sich für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung ein und für die Sicherung der einfachsten Lebensbedürfnisse der Bevölkerung.

1919 wurde er in Neubrandenburg Vorsitzender des Arbeiterrates. Er arbeitete eng mit dem Magistrat von Neubrandenburg bei der Lösung der schwierigen Aufgaben der Sicherung der Ernährung, des Wohnungsproblems und der Schaffung von Arbeitsplätzen zusammen. Bei der Arbeiterschaft Neubrandenburgs besaß er großes Vertrauen. Man wählte ihn zum Vorsitzenden der SPD im Unterbezirk Neubrandenburg.

Bartosch wurde 1918 zum Mitglied der Verfassungsgebenden Versammlung gewählt und hatte großen Anteil an der raschen Erarbeitung der Verfassung und der Erhaltung der Eigenständigkeit von Mecklenburg-Strelitz als Freistaat. Beruflich wirkte er in der Abteilung des Ministerium des Innern als Vorsitzender der Unterabteilung für Arbeiterangelegenheiten und war Regierungsrat in der Landesverwaltung.

Bis zu seiner Auflösung 1933 gehörte Karl Bartosch dem Landtag an. Von 1930 bis 1931 wählte man ihn zum Präsidenten des Landtages und 1932 bis 1933 führte der die Fraktion der SPD und war zugleich Landesvorsitzender der SPD von Mecklenburg-Strelitz. Bartosch war ein leidenschaftlicher Verteidiger der demokratischen Verhältnisse der Weimarer Republik und ein erbitterter Gegner aller totalitären Ideen, ganz gleich ob sie von Kommunisten oder Nationalsozialisten vertreten wurden. Auf vielen Versammlungen verteidigte er die Demokratie und war ein Mahner gegenüber dem aufkommenden Faschismus. 1933 verlor er seine Tätigkeit im Staatsministerium mit der Begründung seiner Unzuverlässigkeit gegenüber den nun zur Macht gelangten Nationalsozialisten.

Man schreckte nicht vor öffentlicher Diffamierung zurück, beschuldigte ihn des Gedankens der Einheitsfront von KPD und SPD. Er wurde verhaftet und ins KZ Sachsenhausen für mehrere Monate zur „Umerziehung“ eingewiesen. 1934 kam er gesundheitlich schwer angeschlagen nach Neustrelitz zurück, wo er am 1. Mai 1936 verstarb.

Gustav Adolf Strasen

Johannes Richard Krüger

Johannes Krüger, Rufname Hans, wurde am 10.12.1884 in Hildesheim geboren. Nach dem Besuch der Oberrealschule erlernte er den Beruf eines Schriftsetzers. Anschließend betätigte er sich als Zeitungsvertreter und arbeitete als Redakteur an der „Dessauer Volkszeitung“. In dieser Zeit begann seine politische Tätigkeit in der SPD. 1915 wurde er zum Kriegsdienst einberufen. Im Zuge der Demobilisierung kam er Anfang November 1918 mit einer Nachrichten-Ersatz-Abteilung nach Strelitz-Alt. Diese Truppe beschloss am 8.11.1918, als erste in Mecklenburg-Strelitz, die Gründung eines Soldatenrates. Hans Krüger wurde der Vorsitzende.

Nach dem Rücktritt des großherzoglichen Kabinetts wurde ein neues Staatsministerium gebildet, dem neben anderen Sozialdemokraten, Demokraten und Liberalen, Hans Krüger als Minister für öffentliche Sicherheit angehörte. An die Bevölkerung appellierte er, im Zusammenhang mit den revolutionären Ereignissen Ruhe und Ordnung zu bewahren. Auf einer Kundgebung betonte er: „Nicht ein größeres, sondern ein freieres Vaterland wollen wir haben ... Sorgt ihr dafür, dass nicht Kräfte roher Gewalt jetzt entfesselt werden ...!“

Am 19.11.1918 konstituierte sich im Fürstenhof in Neustrelitz der Zentralrat des Soldatenrates von Alt- und Neustrelitz unter Vorsitz von Hans Krüger. Daraus entstand dann – ebenfalls unter seinem Vorsitz – die Landeszentrale der Arbeiter- und Soldatenräte für Mecklenburg-Strelitz. Hans Krüger war auch der einzige SPD-Führer, der als Delegierter am 1. ReichsräteKongress vom 16. bis 21. 12.1919 in Berlin teilnahm. Auch bei der Wahl zur Deutschen Nationalversammlung errang er ein Mandat.

Bei den Wahlen zum Ersten Ordentlichen Landtag von Mecklenburg-Strelitz am 30.3.1919 kandidierte er als Spitzenkandidat von Neubrandenburg. Er trat in zahlreichen Wahlveranstaltungen mit den Bürgern Neubrandenburgs auf und erläuterte den künftigen Weg in die parlamentarische Demokratie. An dem guten Ergebnis dieser Wahl, die SPD erreichte eine knappe Mehrheit der Mandate, hatte Krüger zweifellos einen großen Anteil. Hans Krüger wurde zum Landeshauptmann gewählt und war damit Vorsitzender des Staatsministeriums und zugleich Mitglied des Reichsrates. Bereits am 12. Oktober 1919 kam es zur Neubildung der Regierung. Hans Krüger schied sowohl aus seinem Amt als Vorsitzender Minister der Staatsregierung als auch aus dem Landtag aus. Offensichtlich waren interne Auseinandersetzungen in der SPD die Ursache für einen solchen Schritt. Hans Krüger verließ Mecklenburg-Strelitz. Sein verdienstvolles Wirken für das Land wurde jedoch nur unzureichend gewürdigt.

Von 1920 bis 1926 war er Landrat des Landkreises Linden/Hannover und zugleich Mitglied des Provinziallandtages von Hannover. Nach seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst widmete er sich wieder stärker der parteipoli-

tischen Arbeit. Hervorzuheben sind seine Schriften zur sozialdemokratischen Politik, wie die gemeinsam mit Fritz Baade verfasste Publikation „Sozialdemokratische Agrarpolitik. Erläuterungen zum sozialdemokratischen Agrarprogramm“.

Am 9. August 1933 verstarb Hans Krüger in Hannover.

Gustav Adolf Strasen

Walter Freese

Walter Freese wurde am 21. April 1905 als viertes von fünf Kindern in einer sozialdemokratischen Arbeiterfamilie in Greifswald geboren. Nach Schulbesuch und Lehre als Mechaniker arbeitete er ab 1922 in handwerklichen Betrieben seiner Heimatstadt.

Während sich seine Geschwister, dem elterlichen Vorbild folgend, der SPD anschlossen, schlug er zunächst den kommunistischen Weg ein. Bereits mit 14 Jahren im Metallarbeiterverband organisiert, war er an der Gründung der „Freien Sozialistischen Jugend“ maßgeblich beteiligt, die sich schon bald der Kommunistischen Jugend anschloss. Als Delegierter des Verbandes und Mitglied der Bezirksleitung Stettin nahm Walter Freese an Jugendkongressen teil und wurde durch seine Aktivitäten als Gewerkschafter und KPD-Mitglied über Greifswald hinaus bekannt.

1927 verließ er die KPD nach internen Auseinandersetzungen über das Verhältnis der KPD zur SPD und über die „Bolschewisierung“ und trat der SPD bei. Er wurde 1929 2. Vorsitzender des Ortsvereins Greifswald und 1930 Vorsitzender des Kreisverbandes.

1933 erlebte er als gewähltes Mitglied des Provinziallandtages, wie die Nationalsozialisten nach dem Verbot der KPD nun auch die Sozialdemokraten an der weiteren Mitarbeit hinderten und die Partei verboten.

Während der NS-Diktatur blieb Walter Freese seinen Auffassungen treu, fand 1934 auch wieder eine feste qualifizierte Anstellung und versuchte besonders in den letzten Kriegsjahren, die abgerissenen oder nur lockeren Verbindungen zu Gesinnungsgenossen neu zu knüpfen bzw. zu festigen. Hierbei entstanden auch Kontakte zu Kommunisten, die mit anderen Antifaschisten im Greifswalder Gebiet konspirativ tätig waren. Nach dem Attentat auf Hitler wurde er verhaftet.³³

³³ Freese, Walter, Lebenslauf vom 17.08.1946; Landesarchiv Greifswald, Bezirksleitung der SED IV/4/02/325, S. 30–31, drs., Fragebogen der SED vom 21.01.1948; a.a.O., S. 116–117

Wie andere Sozialdemokraten auch, war Walter Freese nach Kriegsende der Auffassung, den Neubeginn und Wiederaufbau mit einer geeinten Arbeiterpartei zu wagen oder wenigstens eine enge Abstimmung von Sozialdemokraten und Kommunisten zu sichern. Gemeinsam mit Carl Bünning und Karl Warnke bereitete er den Wiederaufbau der Partei vor, wurde im Sommer 1945 Vorsitzender des Kreisvorstandes Greifswald der SPD. Er fand in dem Kommunisten Otto Sepke, der nach über 10 Jahren Zuchthaus und KZ-Haft seit August 1945 die Greifswalder Kreisorganisation leitete, einen kämpferisch gesonnenen Partner. Ihre Zusammenarbeit war nicht einfach, führte aber dennoch dazu, dass Freese, auch unter dem Druck der Besatzungsmacht stehend, Bedenken gegen den von der kommunistischen Seite vorgeschlagenen und schließlich durchgesetzten Weg zu einer Vereinigung beider Parteien zurückstellte und diese selbst mittrug.³⁴

Freese war bereits im Juni 1945 durch die Besatzungsmacht zum Direktor der Städtischen Werke bestimmt worden. Nach erfolgreicher Arbeit schlug ihn seine Partei im Februar 1946 gegen seinen Willen als Landrat des Kreises Greifswald vor. Von der Besatzungsmacht und den anderen Parteien bestätigt und nach den Kreiswahlen 1946 einmütig gewählt, schonte er seine Kräfte nicht, um die Anforderungen an das schwierige Amt zu erfüllen. Unter dem Druck der Verhältnisse in den ersten Nachkriegsjahren traten innerhalb des Kreisvorstandes beziehungsweise des Kreissekretariats der SED unterschiedliche Auffassungen über die richtige Verfahrensweise und die Politik im Kreis auf. Mangel an Fachleuten, sich teilweise widersprechende Anordnungen der Besatzungsmacht zur Weiterbeschäftigung sachkundiger ehemaliger Mitglieder der NSDAP, Konkurrenzverhalten zwischen Funktionären der SED und der CDU und Arbeitsüberlastung von Walter Freese in seinem Doppeltamt als paritätischer Kreisvorsitzender der SED und Landrat ließen erhebliche sachliche und persönliche Differenzen entstehen, die durch sein privates Verhalten noch verstärkt wurden.³⁵

Ende 1947 erfolgte seine Abberufung als Landrat. Während der Tätigkeit in einem Stralsunder Betrieb wurde 1949 über ihn eine mehrmonatige Untersuchungshaft verhängt. Sie endete zwar ohne Anklage und die Gründe für seine Verhaftung waren ungerechtfertigt, führte aber dennoch zum Ausschluss aus der SED. Seinem Einspruch dagegen wurde nicht stattgegeben. Spätere Angebote auf eine Wiederaufnahme lehnte er ab.³⁶

Bis zu seinem Eintritt in das Rentenalter arbeitete Freese wieder als Elektromechaniker und Schaltmeister, engagierte sich als Vorsitzender der Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) und Hauptkassierer seines Betriebes und geriet

³⁴ Walter Freese. Schreiben an die LPKK der SED v. 9.8.1949, in: LHA Greifswald, SED-BL Rostock, Nr. IV/4/02/325

³⁵ Vgl. Akte Walter Freese, a. a. O.

³⁶ Vgl. ebenda

wiederholt in Konflikte, wenn es sich um ungerechtfertigte Veränderungen der Arbeits- und Lohnverhältnisse von Betriebsangehörigen handelte, von denen man sich die notwendige Steigerung der Arbeitsproduktivität versprach.³⁷

Längere Zeit verhielten sich Stellen der SED ihm gegenüber misstrauisch. Das Ministerium für Staatssicherheit stellte bei wiederholten Überprüfungen jedoch fest, dass ein „Verdacht der Feindtätigkeit im Auftrage des SPD-Ostbüros“ haltlos sei.³⁸

Nach seinem Ausscheiden aus dem Arbeitsleben lebte Walter Freese wieder in Greifswald, wo er am 24. Januar 1980 starb.

Ernst-Joachim Krüger.

August Streufert

August Streufert wurde am 5. August 1887 in Negast bei Stralsund geboren. Er besuchte die einklassige Volksschule. Schon während seiner Lehrzeit als Tischler wurde er Mitglied im Deutschen Holzarbeiterverband. Auf seiner Wanderschaft durch Pommern, Mecklenburg und Holstein suchte er den politischen und gewerkschaftlichen Kontakt zu Arbeitnehmern dieser Regionen und vervollkommnete seine fachlichen Fähigkeiten und Erfahrungen.

1908 kam er nach Stralsund, fand hier Arbeit und eine Wohnung. Im August 1914 übernahm er die Verwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes in Stralsund in ehrenamtlicher Verantwortung. Er wurde Mitglied der SPD und war an der Vorbereitung politischer Entscheidungen beteiligt.

1915 wurde er zum Kriegsdienst eingezogen. Seine Grundeinstellung war jedoch eher pazifistisch, wobei eine Kriegsdienstverweigerung aus parteipolitischer Sicht nicht in Frage kam. Gesundheitlich stark angeschlagen, kehrte er 1918 aus dem Krieg zurück.

August Streufert stellte sich nach dem Kriegsende in Stralsund der Partei zur Verfügung, beteiligte sich aktiv an den revolutionären Ereignissen des November 1918 und war ein gern gesehener Redner bei öffentlichen Veranstaltungen. 1919 wurde er in das Stralsunder Stadtparlament gewählt und übernahm 1921 den Vorsitz der sozialdemokratischen Fraktion. Sein Fachgebiet war vor allem die Sozialpolitik.

³⁷ Bericht der KPKK Greifswald über die Sitzung der BGL und Parteileitung im VEB Energieversorgung am 24.03.1961; a.a.O., S. 51–57

³⁸ Bericht über die im Verdacht der Feindtätigkeit stehende Person Freese, Walter aus Jarmen..vom 17.06.1959; a.a.O., S. 88–94

Beruflich arbeitete er zunächst als Angestellter beim Arbeitsamt und war dann stellvertretender Geschäftsführer beim öffentlichen Arbeitsnachweis in Stralsund und ab 1928 bis zur Machtübernahme der Nationalsozialisten Abteilungsleiter der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Stralsund. Dem Provinziallandtag gehörte er von 1929 bis zu seiner Auflösung an.

Die Delegierten des außerordentlichen Bezirksparteitages der SPD 1930 setzten ihn auf Platz vier der Kandidatenliste für die Reichstagswahlen des Wahlkreises Pommern. Er wurde gewählt und gehörte dem Reichstag bis 1932 an.

Nach 1933 wurde er mehrfach verhaftet, am 22. August 1944 letztmalig im Zusammenhang mit der „Aktion Gewitter“. Er war als aktiver Hitlergegner bekannt und wurde deshalb in das KZ Neuengamme eingeliefert. Sein ruiniertes Gesundheitszustand und die schweren Haftbedingungen ließen ihn das Ende des Krieges nicht mehr erleben. Er verstarb nach Angaben der Lagerführung des KZ am 27. Dezember 1944.

Werner Lamprecht.

Fritz Herbert

Fritz Herbert, der am 7.6.1860 in Artern geboren wurde, besuchte in seiner Heimatstadt die Bürgerschule und erlernte danach den Beruf eines Buchdruckers. Nach Abschluss der Lehre ging er auf Wanderschaft und kam in verschiedene Orte Deutschlands, Österreich-Ungarns und der Schweiz. Diese Jahre der beruflichen wie politischen Reife führten ihn in die Reihen der Arbeiterbewegung. In Pommern zählte er zu den Wegbereitern der politischen Arbeiterbewegung. Der „kleine Fritz“, wie er von seinen Freunden genannt wurde, kam in den ersten Jahren des Sozialistengesetzes nach Stettin. Der 22jährige Herbert war zu dieser Zeit bereits Mitglied der SPD. Schon bald erkannte er, dass es zur Festigung der Stettiner Parteiorganisation eines geistigen Bandes, eines Presseorgans bedurfte. Das Sozialistengesetz behinderte die Parteiarbeit erheblich.

Am 1. Juli 1885 erschien die erste Nummer der neuen Arbeiterzeitung „Der Volks-Bote“ in Stettin. Fritz Herbert war Redakteur, Autor, Drucker und Expedient zugleich. Die Zeitung gehörte zu den meistgelesenen Arbeiterzeitungen. 1933 wurde das Blatt verboten.

Als im Januar 1887 der Reichstag aufgelöst wurde und man Neuwahlen für den 21. Februar festlegte, führten die Sozialdemokraten den Wahlkampf unter der Losung: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen“. Die Stettiner Genossen stellten Fritz Herbert als ihren Kandidaten auf. Er sprach

am 07. Februar auf einer etwa von 4000 Teilnehmern besuchten Wahlveranstaltung in Stettin-Grünhof zur Militärfrage. Diese Versammlung wurde aufgelöst. Es kam zu tumultartigen Auseinandersetzungen. Eine Militärpatrouille griff ein. Die Folge war die Verhängung des „Kleinen Belagerungszustandes“ am 14. Februar 1887 über Stettin, Grabow (Pommern) und Altdamm sowie über die Amtsbezirke Bredow, Finkenwalde, Scheune und Warsow. 52 Sozialdemokraten wurden ausgewiesen, unter ihnen auch Fritz Herbert. Trotz eines beträchtlichen Stimmenzuwachses für die Arbeiterpartei erreichte Fritz Herbert das Reichstagsmandat nicht. Im Herbst 1887 nahm er als Vertreter der pommerschen Sozialdemokraten am Parteitag in St. Gallen/Schweiz teil.

Bei den nächsten Reichstagswahlen 1893 änderte sich die Situation grundlegend. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes erlebte die Sozialdemokratie in Stettin einen großen Aufschwung. Die Stimmenzahl für Herbert verdoppelte sich und er wurde in den Reichstag gewählt. Seine Popularität drückt sich auch darin aus, dass er seit dem Herbst 1900 bis zu seinem Tod ununterbrochen in das Stettiner Stadtparlament gewählt wurde.

Nach seiner Entlastung als Geschäftsführer der pommerschen SPD im Jahre 1905 konnte sich Fritz Herbert stärker der Parlamentsarbeit und der Herausgabe der Zeitung widmen. Er intensivierte den Kontakt zu seinen Wählern und wurde ein willkommener Redner auf Veranstaltungen der SPD und der Gewerkschaften. Er war ein Vertreter der Mehrheitssozialisten.

In den Tagen der Novemberrevolution gehörte Fritz Herbert zum engeren Ausschuss des Arbeiter- und Soldatenrates von Stettin, der gleichzeitig oberstes Organ des Arbeiter- und Soldatenrates der Provinz Pommern war. Eine Reihe von Dokumenten tragen seine Unterschrift, manche gemeinsam mit Vertretern der USPD und KPD.

Am 26. Februar 1919 fanden die Wahlen zur Verfassungegebenden Preußischen Landesversammlung statt. Fritz Herbert war einer der sieben gewählten Vertreter der pommerschen SPD. Diesem Gremium gehörte er bis zu seinem Tode an.

Auf seine Initiative gründeten die Stettiner Gewerkschaften 1890 das Gewerkschaftskartell Stettin. Vorsitzender wurde Fritz Herbert.

Während seines politischen Wirkens war Fritz Herbert ständig den Angriffen seiner politischen Gegner sowohl von rechts als auch von links ausgesetzt. Im Nachruf seiner Partei wird er als „Wecker und Verkünder des Sozialismus in Pommern“ gewürdigt. Am 25. Mai 1925 vollendete sich sein Leben.

Werner Lamprecht.

Else Höfs

Am 2.9.1876 wurde Else Höfs, geb. Voigt, in Berlin geboren. Die sozialdemokratische Betätigung des Vaters führte zur Ausweisung aus Berlin und später auch aus Stettin. Die Familie nahm ihren Wohnsitz im pommerschen Greifenhagen. Else Höfs besuchte die Bürgerschule in Stettin bzw. Volksschule in Greifenhagen. Nach dem Schulbesuch war sie Hausangestellte, bis sie 1894 den Stettiner Sozialdemokraten Paul Höfs heiratete. Neben ihrer Tätigkeit als Hausfrau und Mutter von zwei Kindern nahm sie engagiert am Leben der Sozialdemokratischen Partei teil, der sie inzwischen beigetreten war. Ihre Aktivität bewegte sich vor allem auf den Bereich der Frauen- und Sozialarbeit. Bereits 1905 galt sie als „Vertrauensperson“ der pommerschen Frauen in der SPD. Aber auch bei den männlichen Mitgliedern der pommerschen SPD war sie durch ihr selbstbewusstes Eintreten für die Durchsetzung der Gleichberechtigung von Mann und Frau anerkannt.

Auf dem Parteitag der SPD 1914 in Stralsund wurde sie in den Bezirksvorstand gewählt und gehörte diesem Gremium bis zum Verbot der Partei bis 1933 ununterbrochen an.

Während des 1. Weltkrieges widmete sie sich vor allem humanitären Aufgaben. Sie wirkte im Roten Kreuz, der Kriegsfürsorge und in der Wohlfahrtspflege. Else Höfs begrüßte die Novemberrevolution und sah die Chance für die Sozialdemokratie, grundlegende demokratische Wandlungen der Gesellschaft einzuleiten, insbesondere in der Durchsetzung der Rechte der Frauen.

Auf dem Sonderparteitag 1918 in Stettin wurde sie für die Wahl zur Nationalversammlung nominiert und wurde im Wahlkreis 7 der Provinz Pommern gewählt. Else Höfs setzte sich hier dafür ein, den Reformprozess gesetzlich zu verankern, erkannte aber, dass es viele Gegenkräfte in der Nationalversammlung gab, die der Republik keineswegs positiv gegenüber standen.

Von 1921 bis 1928 gehörte sie dem Preußischen Landtag an und vertrat die Interessen der pommerschen und Stettiner Wählerschaft von 1920 bis 1924 im Provinziallandtag von Pommern sowie der Stettiner Stadtverordnetenversammlung. Ihr Hauptinteresse galt nach wie vor den sozialen Problemen. Das drückte sich auch in ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit als Bezirksvorsitzende des Wohlfahrtsausschusses für Pommern von 1919 bis 1933 aus. Ihre Sachkunde und Beredsamkeit ließen sie zu einer gern gesehenen und häufig eingesetzten Rednerin auf Bezirksparteitagen und Frauenversammlungen werden.

1932 heiratete sie in zweiter Ehe den sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsfunktionär Karl Kirchmann aus Stralsund. Mit ihm überlebte sie die NS-Diktatur und die Kriegsjahre. Die mehrfachen Verhaftungen ihres Mannes waren für sie nicht leicht zu überstehen. Nach ihrer Übersiedlung nach Stettin eröffneten sie zunächst einen kleinen Kaufmannsladen und wa-

ren damit materiell abgesichert und konnten allmählich die politischen Kontakte zu Freunden wieder aufnehmen.

Die anstrengende politische Arbeit in der Partei und in den parlamentarischen Gremien, die Sorgen um ihre Familie hatten ihre Gesundheit ruiniert. Nach dem Ende des Krieges musste die Familie erneut die Heimat verlassen. Die Entbehrungen der Nachkriegszeit, der Mangel an medizinischer Betreuung und Medikamenten führten zu ihrem Tod. Sie starb am 4. Dezember 1946 in Stralsund.

Werner Lamprecht

August Horn

August Horn wurde am 27.8.1866 in Bommels-Vitte, Kreis Memel, geboren. Er besuchte die Volksschule und erlernte das Schuhmacherhandwerk. Horn war gewerkschaftlich organisiert im Verband der Schuhmacher und im Fabrikarbeiterverband. Während der Zeit des Sozialistengesetzes kam er nach Stettin.

1905 wurde August Horn Bezirkssekretär der SPD von Pommern. Unermüdlich wirkte er in den Parteiorganisationen und verhalf den Mitgliedern zu politischen Einsichten und Konsequenzen. Ein besonderer Schwerpunkt seiner Arbeit bildete die Landarbeiterfrage. Er unterstützte die Bildung eines eigenständigen Landarbeiterverbandes, um somit die Auseinandersetzung mit Großgrundbesitzern wirksamer führen zu können.

Die mit dem ersten Balkankrieg heraufziehende Gefahr eines Weltkrieges veranlasste die pommersche SPD unter maßgeblichem Einfluss Horns 1912 zu umfangreichen Protestaktionen gegen den Krieg. Im Juli 1914 organisierte er in Stettin, Stralsund und anderen Orten Antikriegskundgebungen.

Nach dem Beginn des Ersten Weltkrieges setzte August Horn den Kampf gegen den Krieg fort. Gemeinsam mit drei anderen der insgesamt sieben pommerschen Delegierten stimmte er auf der Reichskonferenz der SPD im September 1916 gegen die Burgfriedenspolitik der Mehrheitssozialisten. Auch im Parteiausschuss stimmte er gegen den Kurs der Parteiführung, den Krieg durch die Bewilligung weiterer Kriegskredite zu verlängern. Er initiierte in der Stettiner SPD-Gruppe eine Resolution, die sich nicht „mit der Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zum Hilfsdienstgesetz“ einverstanden erklärte.³⁹ Unter seinem Einfluss entwickelte sich die Kritik in der pommerschen SPD gegen die Politik des Parteivorstandes. Die Partei geriet in ernsthafte Auseinandersetzungen, in dessen Folge der Ausschluss

³⁹ Vgl. „Volksbote“ vom 14.12.1916.

von „Oppositionellen“ aus der SPD gefordert wurde. In einem Brief an den Volksboten nahm August Horn zum „Kesseltreiben“ in der pommerschen SPD Stellung: „Aber all jene, die jetzt der Bannfluch treffen soll, werden wie bisher treu zur Fahne des Sozialismus und der Demokratie stehen und den Klassenkampf mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln führen. Mag kommen, was da will, man kann uns aus der Partei ausschließen, man kann uns als ehrlos erklären, man kann sagen, wir haben die Parteieinheit geschädigt und anderes mehr, aber unsere Überzeugung und das Recht, auch in Zukunft für diese Zwecke zu wirken, da kann uns niemand nehmen.“ Folgerichtig gehörte er 1917 zu den Gründungsmitgliedern der USPD in Gotha.

August Horn begrüßte die Oktoberrevolution in Rußland. Er stand an der Spitze einer Demonstration für die Beendigung des Krieges und eines sofortigen Friedensschlusses mit Rußland. Die Polizei löste die Demonstration auf und Horn „als notorischer Führer der Unabhängigen“, wie der Polizeipräsident schrieb, wurde vor ein Kriegsgericht gestellt und zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis verurteilt.⁴⁰

Nach seiner Entlassung infolge der Novemberrevolution wurde Horn in den engeren Ausschuss des Stettiner Arbeiter- und Soldatenrates gewählt und die pommersche Provinzialversammlung der Räte wählte ihn als Delegierten zur Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte. Er wandte sich gegen die sofortige Durchführung von Wahlen zur Nationalversammlung, weil er der Auffassung war: „Mit der Sozialisierung müssen wir sofort beginnen, bis die Sozialisierung in die Wege geleitet ist und die Arbeiter im Waffenrock aus dem Felde und der Gefangenschaft zurückgekehrt sind.“⁴¹

1920 wurde August Horn als Kandidat der USPD in den Reichstag gewählt. Die USPD hatte mit 19000 Mitgliedern in Pommern einen starken Einfluss. Bei den Wahlen verfehlte sie mit 35000 Wählerstimmen das Ergebnis der SPD.

Die Novemberrevolution sah Horn als gescheitert an. Nach seiner Auffassung trugen die Mehrheitssozialdemokraten maßgeblich hieran die Schuld, hätte man doch die russische Oktoberrevolution zum Vorbild einer siegreichen Revolution nehmen sollen, wenngleich er mit einer schematischen Übernahme derartiger Erfahrungen, wie sie die KPD beabsichtigte, auch nicht einverstanden war. Am 18. Dezember 1920 schrieb er: „Wir müssen klar erkennen, dass wir uns nicht mit, sondern nur gegen den Kapitalismus durchsetzen können. Aber wir müssen auch erkennen, dass wir nicht Umwälzungen herbeiführen können, wie wir wollen, sondern den politischen und ökonomischen Entwicklungstendenzen unterworfen sind. Wir haben die Aufgabe, der Arbeiterklasse dies zu sagen und ihnen nicht Versprechungen zu machen, die

⁴⁰ Gerhard Janitz. Dissertation A, Greifswald 1969.

⁴¹ Vgl. „Volksbote“ vom 30.11.1918.

nicht erfüllt werden können. Wenn die historischen Voraussetzungen gegeben sind, dann muss die Arbeiterklasse in Aktion treten.“⁴²

Seine ausgeprägte demokratische Position brachte ihn, den prinzipiellen Befürworter eines Anschlusses der USPD an die 3. Internationale, nach Bekanntwerden der Anschlussbedingungen der KI gegen diese in Widerspruch: „Das kommunistische Programm mag für Rußland geeignet sein, wo noch der größte Teil des Proletariats aus Analphabeten besteht und am Klassenkampf nur in geringem Maße teilnimmt, aber in jenen Ländern, wo die Masse des Proletariats eine entscheidende Rolle im proletarischen Kampfe spielt, bedeutet es den Tod jeder großen Bewegung. In Deutschland will das Proletariat mitbestimmen, es will bei Aufstellung von Aktionsplänen mitwirken. Die Führer sollen nur ihre Mitarbeiter und die ausführenden Organe sein ...“⁴³ Somit entschied sich August Horn gegen einen solchen Anschluss, trat weiterhin ein für die Selbständigkeit der USPD und wurde nach deren endgültigem Zerfall erneut Mitglied der SPD und als Mitglied des Bezirksvorstandes Pommern gewählt. Bis zu seinem Tode war er Mitglied des Reichstages.

Am 26.3.1925 ist August Horn in Stettin gestorben.

Günter Köhler

Karl Krull

Am 27. Oktober 1905 wurde Karl Krull in Fuhlsdorf bei Barth geboren. Sein Vater war Lotse und konnte ihm eine gehobene Schulausbildung finanzieren. Sein Wunsch, einmal Lehrer zu werden, erfüllte sich durch die Ausbildung am Lehrerseminar in Franzburg. Nach dem Examen konnte er zunächst keine freie Lehrerstelle finden. Er wurde deshalb Hauslehrer auf der Greifswalder Oie, bis er dann doch an der Greifswalder Volksschule eine Anstellung erhielt.

In Greifswald trat er der SPD bei, wurde Mitglied des Ortsvorstandes und wirkte in der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer mit. Die ehrenamtliche Tätigkeit in Partei und Gewerkschaft verrichtete er mit großem Engagement. Er setzte sich ein für die Verwirklichung des sozialdemokratischen Programms der sozialen Umwandlung. Besonders lag ihm die Durchsetzung der Schulreform am Herzen. Die Chancengleichheit im Erwerb von Bildung betrachtete er als eine Grundvoraussetzung für soziale Gleichheit und Freiheit. Doch sein Hauptinteresse gehörte den Kindern, ihrer Bildung und Erziehung. Einen großen Teil seiner Freizeit verbrachte er mit der „Ro-

⁴² Vgl. „Der Kämpfer“ vom 18.12.1920.

⁴³ Vgl. ebenda v. 14.9.1920.

ten Falken“, der Kinderorganisation der SPD in Greifswald. Von seinen Genossen und Freunden auch „Piffi“ genannt, organisierte er Wanderungen durch die pommersche Heimat, Heimnachtsmitage, Sport und Spiele, aber auch Gespräche über die sozialen Verhältnisse, über Politik und Wirtschaft bestimmten das Programm der „Roten Falken“.

Karl Krull erahnte die heraufziehende Gefahr durch den Nationalsozialismus für die Weimarer Demokratie. Auf einer Demonstration von Mitgliedern und Sympathisanten der Arbeiterparteien, Organisationen und Gewerkschaften am 15. Juli 1932 von Greifswald nach Wiek war er neben dem Unterbezirkssekretär der KPD, Hans Kirchheiner, Hauptredner. Er erläuterte seine Vorstellungen zur Überwindung der wirtschaftlichen und politischen Krise und verurteilte den Terror der Nazis. Die Greifswalder Volkszeitung schrieb am darauffolgenden Tag: „Täglich fallen Proletarier jeglicher Art der nationalsozialistischen Hetze zum Opfer. Da heißt es für das Proletariat geeint diesem Feind zu begegnen und in seine Schranken zurückzuschlagen.“ Ähnliche Veranstaltungen wiederholten sich auch in anderen Städten. Karl Krull gehörte häufig zu ihren Organisatoren und Rednern. Er forderte die Aktionseinheit aller Gegner der Nazipartei, insbesondere aber befürwortete er den gemeinsamen Kampf von Sozialdemokraten und Kommunisten, ohne dabei die tiefen ideologischen Gegensätze zwischen ihnen zu vergessen. Mit seinen Aktivitäten zog er den Hass der Nazis auf sich. Drohungen erreichten ihn.

Im Juli 1932 befand er sich mit seiner Gruppe „Rote Falken“ zur Erholung im Jugendheim im Negaster Wald. Zeitgleich war ein Besuch Adolf Hitlers in Stralsund angekündigt. Erhöhte Aktivitäten von SA und NSDAP wurden vermutet, auch ein möglicher Überfall auf das Jugendheim. Stralsunder Sozialdemokraten, organisiert im Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“, begaben sich zum Jugendheim. Ein Kommando der Stettiner Schutzpolizei wurde ebenfalls dorthin beordert, weil sie die Information erhielten, dass auch Kommunisten die Auseinandersetzung mit der SA im Negaster Wald suchen würden.

Aus nicht geklärter Ursache eröffnete die Polizei das Feuer gegen einen vermeintlichen Gegner im Jugendlager. Karl Krull sah die Gefahr für die Jugendlichen und wollte sie schützen. Dabei wurde er von einer Kugel schwer verletzt. Man brachte ihn in das Stralsunder Krankenhaus, wo am 20. Juli 1932 im Alter von 27 Jahren verstarb.

Werner Lamprecht

Richard Schallock

Richard Schallock wurde am 3. Juni 1896 als Sohn eines Gerichtsvollziehers in Strasburg/Westpreußen geboren. Er besuchte die Volksschule in den pommerschen Städten Regenwalde, Naugard und Köslin. Daran anschlie-

ßend besuchte er die Präparandenanstalt und das Lehrerseminar in Köslin. Infolge seiner Einberufung zum Militärdienst musste er die Ausbildung vorzeitig beenden. Das Erlebnis „Krieg“ war für seine berufliche wie politische Entwicklung entscheidend. 1917 verließ er schwerkriegsbeschädigt die kaiserliche Armee.

1919 wurde er Mitglied der SPD und war von 1925 bis zum Verbot der Partei Vorsitzender des Unterbezirks im Regierungsbezirk Köslin. Er war Delegierter von Bezirksparteitagen der SPD und nahm auch am außerordentlichen Parteitag nach dem Machtantritt der NSDAP am 4. und 5. Februar 1933 in Stettin teil. Er sah die Notwendigkeit des verstärkten Kampfes gegen die NS-Diktatur und forderte die gemeinsame Aktion aller seiner Gegner.

Beruflich war er von 1918 bis 1933 als Volksschullehrer in Köslin tätig. In Lehrervereinigungen und der Lehrgewerkschaft hatte er bis zur Machtübernahme durch die Nationalsozialisten und dem Verbot, weiterhin als Lehrer tätig zu sein, leitende Funktionen. Er gehörte von 1928 bis 1932 dem Preussischen Landtag als Abgeordneter der SPD an und war von 1924 bis 1933 Stadtverordneter von Köslin.

Während der NS-Zeit wurde Richard Schallock mehrfach verhaftet, man konnte ihm aber eine strafbare Handlung nicht nachweisen. Seine berufliche Tätigkeit als Mitarbeiter einer Versicherungsgesellschaft nutzte er, um Kontakte zu politisch Gleichgesinnten aufrecht zu erhalten.

Nach dem Ende des Krieges verblieb seine Familie in Köslin. Schallock wurde von der sowjetischen Administration für die deutsche Bevölkerung als Bürgermeister eingesetzt. Nach der Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens wurde den Deutschen die rechtliche Grundlage für den weiteren Verbleib in Köslin genommen. Ende Juli 1945 verließ Richard mit seiner Familie Köslin in Richtung Berlin. Er setzt sich hier für die Bildung einer freien Lehrgewerkschaft ein, wurde Mitglied der SPD und nahm als Gast am 40. Parteitag der SPD teil. Er begrüßt die Vereinigung von SPD und KPD, wird selbst Mitglied der SED.

Schallock zählte zu den Mitbegründern des Verbandes der Lehrer und Erzieher im FDGB in Berlin, war 1947 bis 1949 Mitglied des Bundesvorstandes des FDGB und zugleich 1. Vorsitzender der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung. In den Jahren von 1949 bis 1951 wurde er zum Minister für Volksbildung im Land Sachsen-Anhalt berufen. Gesundheitliche Gründe zwangen ihn, von dieser Funktion zurückzutreten und er war ab 1952 im Ruhestand.

Am 10. September 1956 ist er in Berlin gestorben.

Werner Lamprecht.

Gustav Schumann

Der am 16. Oktober 1878 in Jüterbog als unehelicher Sohn geborene Gustav Schumann besuchte in seiner Geburtsstadt die Volksschule und absolvierte eine Bürogehilfenlehre. Mit 21 Jahren trat er der SPD bei. Beruflich war zunächst einige Jahre als Anwaltsgehilfe und Buchhalter tätig. Nach dem Besuch eines Lehrganges der Zentralen Parteischule der SPD erhielt er eine Anstellung im sozialdemokratischen Pressebüro in Berlin. 1910 wurde er Redakteur des sozialdemokratischen Parteiblattes „Volksbote“ in Stettin. Diese journalistische Tätigkeit wurde durch seine Einberufung in die kaiserliche Armee 1914 unterbrochen.

Auf dem Sonderparteitag der pommerschen Sozialdemokraten im Dezember 1918 in Stettin wurde er Kandidat für die preußische Nationalversammlung. Diesem Gremium, dem späteren Preußischen Landtag, gehörte er bis 1921 an.

Seit 1919 gehörte Gustav Schumann dem SPD-Bezirksvorstand an, wurde 1924 Bezirksvorsitzender und war zugleich Chefredakteur des „Volksboten“. 1924 wurde er in den Reichstag gewählt, dem er bis zum Verbot der SPD angehörte. Außerdem gehörte er von 1919 bis 1926 dem Provinziallandtag von Pommern an und war Mitglied des Preußischen Staatsrates. 1933 erfolgte seine Entlassung als besoldeter Stadtrat. Er machte sich selbständig und eröffnete ein Stettin ein Fuhrunternehmen.

Während der NS-Zeit wurde seine Wohnung mehrfach durchsucht, Bücher beschlagnahmt und er wurde einige Male verhaftet. Sein Name war im „SD-Verzeichnis der SPD-Reichsmitglieder“ erfasst. Am 30.4. 1940 siedelte er nach Bad Sachsa über, aber auch hier stand er unter Beobachtung der Gestapo. Nach dem Attentat auf Hitler 1944 wurde er gemeinsam mit seiner Ehefrau verhaftet und bis zum 9. Januar 1945 im KZ Buchenwald inhaftiert. Hier erfuhr er die Solidarität anderer Mithäftlinge, u.a. auch von Stettiner Kommunisten.

Nach dem Ende des Krieges und der Zulassung demokratischer Parteien und Organisationen war er einer der Mitbegründer der SPD in Bad Sachsa, wirkte mit an der Vereinigung von KPD und SPD. Beruflich war er einige Jahre als Stadtrat und Bürgermeister tätig und gehörte dem Kreistag Osterode an. Am 16. März 1956 ist Gustav Schumann in Bad Sachsa gestorben.

Werner Lamprecht.

Theodor Hartwig

Theodor Hartwig wurde am 4. April 1878 in Xions, Kreis Schrimm, in der preußischen Provinz Posen geboren. Er besuchte die Volksschule und erlernte

danach das Fleischerhandwerk, ging auf Wanderschaft und war danach bis 1901 Fleischergeselle und Fabrikarbeiter. 1903 wurde er Gewerkschaftsmitglied und Mitglied der SPD. Er wurde in ehrenamtliche Gewerkschaftsfunktionen des Fabrikarbeiterverbandes verschiedener norddeutscher Städte gewählt. Ab November 1907 wirkte er als hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär und Agitationsleiter des Fabrikarbeiterverbandes Ostpreußen mit Sitz in Königsberg. Hier wirkte er auch im Auftrag der SPD als Stadtverordneter. Im Januar 1913 übernahm er das Amt des Bezirksparteisekretärs in der Provinz Posen mit Sitz in Bromberg. 1915 wurde er zum Kriegsdienst eingezogen und diente bis zum Ende des Krieges in der kaiserlichen Armee.

1918 übernahm er die Funktion des Bezirksparteisekretärs in der Provinz Pommern. 1919 wurde er in die preußische Nationalversammlung, dem späteren preußischen Landtag, gewählt, dem er bis zu seiner Auflösung 1933 angehörte. Wiederholt wurde in den Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion gewählt.

Theodor Hartwig war Mitglied des Bezirksvorstandes seiner Partei und gehörte ab 1920 dem Zentralen Parteiausschuss der SPD an. Auf Parteiveranstaltungen und Wahlkundgebungen war er ein gern gesehener Redner. Stets waren seine Darlegungen von Sachkenntnis und Überzeugungskraft gekennzeichnet.

Mit der Gründung des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold übernahm er das Amt des Gauvorsitzenden. In zahlreichen Auseinandersetzungen mit Nationalsozialisten und Kommunisten war er verantwortlich für den ungestörten Ablauf von Veranstaltungen und den Schutz der Teilnehmer. Zeitweilig wirkte er in Pommern als Vorsitzender des Bezirksausschusses der Arbeiterwohlfahrt.

Nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten gehörte Hartwig zu den ersten Sozialdemokraten in Pommern, die verfolgt und in sogenannte Schutzhaft genommen wurden. Bereits im Juni 1933 emigrierte er in die Tschechoslowakei und 1938 nach Schweden. In der Emigration beteiligte er sich an der illegalen Widerstandstätigkeit. Theodor Hartwig nahm an Veranstaltungen des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ in Schweden teil und suchte den Kontakt zu Gewerkschaftlern und Kommunisten, die ebenfalls aus Deutschland fliehen mussten.

Im Dezember 1947 kehrte er mit seiner Familie nach Magdeburg in die Sowjetische Besatzungszone zurück, wurde wie seine Frau Selma Mitglied der SED und nahm teil am Wiederaufbau des Landes. Im blieb jedoch nur wenig Zeit, um die sich in das Aufbauwerk einzubringen. Als seine Frau 1948 verstarb, verlor für ihn das Leben seinen Sinn. Nur wenige Monate später im Jahre 1949 folgte er ihr.

Werner Lamprecht

Karl Kirchmann

Karl Kirchmann wurde am 15. August 1885 in Hannover geboren. Er war der Sohn eines Tischlers und nach dem Besuch der Volksschule erlernte er ebenfalls diesen Beruf. Mit siebzehn Jahren wurde er bereits Mitglied der SPD und war gewerkschaftlich aktiv. Nach der Zeit der Wanderschaft erhielt er eine Anstellung beim Holzarbeiterverband in Hannover.

Er wurde nach Stralsund zur Arbeit in den Flugzeugwerken kriegsverpflichtet. Zunächst als Mitglied und seit 1919 als Vorsitzender der USPD und als zweiter Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates stand er an der Spitze der revolutionären Auseinandersetzungen im Regierungsbezirk Stralsund. Unter seinem Einfluss wurde die USPD zu einer einflussreichen Partei. Obwohl Karl Kirchmann selbst für eine Vereinigung der USPD mit der KPD war, lehnte die Partei in Stralsund die Vereinigung ab. 1922 kam es dann zur Vereinigung der USPD mit der SPD in Stralsund, die auch von Kirchmann mitgetragen wurde. Er wurde von den Sozialdemokraten zum Vorsitzenden des Unterbezirks Stralsund gewählt und behielt diese Funktion bis zum Verbot der Partei 1933.

Karl Kirchmann war Mitglied des Reichstages von 1923 bis Mai 1924 und gehörte dem Preußischen Landtag von 1925 bis 1933 an. Sein besonderes Engagement galt den sozialen Fragen. Verdienstvoll war seine Tätigkeit in der Stralsunder Bürgerschaft und in zahlreichen Wohlfahrtsverbänden. Mit zunehmender Gefahr für die Weimarer Republik durch die Nationalsozialisten wirkte er mit bei der Aufklärung und direkten Auseinandersetzung in Versammlungen und Kundgebungen. Er forderte die Aktionseinheit aller antifaschistischen Kräfte.

Nach der Machtübernahme infolge des Wahlsiegs der Nationalsozialisten gehörte Karl Kirchmann zu den ersten Sozialdemokraten, die verhaftet und in Schutzhaft genommen wurden. Aus der Haft entlassen siedelte er nach Stettin über, baute sich dort eine Existenz als Lebensmittelhändler und später als Versicherungsvertreter auf. Er organisierte illegale Treffen mit ehemaligen Partei- und Gewerkschaftsfunktionären, wurde erneut mehrfach verhaftet und kam schließlich nach dem Attentat auf Hitler das Arbeitslager Stettin-Pölitz bis zum September 1944 und anschließend in das Polizeigefängnis Stettin.

Nach der Besetzung Stettins durch die Rote Armee kehrte er nach Stralsund zurück. Hier wurde er erneut Mitglied der SPD. Obwohl er die Vereinigung mit der KPD nicht begrüßte, trat er der SED dennoch bei und verblieb in ihr bis an sein Lebensende. Später erklärte er: „.....Uns haben sie geschluckt“.

Sein Widerstand gegen die NS-Diktatur wurde anerkannt mit der Medaille „Kämpfer gegen den Faschismus“ und einer Ehrenrente der SED.

Gesundheitlich durch Haft und Verfolgung während der NS-Zeit stark beeinträchtigt lebte er im Ruhestand in Stralsund bis zu seinem Tod am 3. Februar 1967.

Werner Lamprecht

Max Fank

Am 15. Dezember 1899 wurde Max Fank in Stralsund geboren. Er besuchte bis zum 14. Lebensjahr die Volksschule. Schon frühzeitig lernte er die Not der Fischer kennen, deren Fänge oftmals nicht einmal die eigene Versorgung sicherten. 1918, wenige Monate vor dem Ende des Krieges, wurde er zur Kriegsmarine eingezogen. In Kiel erlebte er den Aufstand der Matrosen und den Ausbruch der Novemberrevolution. Er war beeindruckt von der Kraft der revolutionären Ereignisse und nahm begeistert an den Aktionen der Kieler Matrosen teil. Zu einem nachhaltigen Erlebnis wurde für ihn die Teilnahme an einer Kundgebung am 4. November 1918, auf der der Sozialdemokrat Gustav Noske sprach.

Der aus einer kinderreichen Familie stammende und zunächst als ungelernter Arbeiter beschäftigte Fank wurde 1921 Mitglied der SPD. Er verurteilte die heftigen Angriffe von Deutschnationalen wie auch von Kommunisten gegen die Weimarer Republik. Fank stand nicht abseits, wenn es galt, die Republik mit Wort und Tat zu verteidigen. Der junge Sozialdemokrat wurde aktiver Gewerkschafter, später Mitglied des „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ und der „Eisernen Front“.

Sein ganzes Leben lang strebte Max Fank danach, die eigene Bildung zu verbessern und seine erworbenen Kenntnisse weiterzugeben. So beschäftigte er sich schon seit 1923 ausführlich mit der pommerschen Heimatgeschichte, wobei er der Stralsunder Arbeiterbewegung besondere Aufmerksamkeit widmete. Zu diesen Themenkreisen veröffentlichte er Aufsätze in Tageszeitungen und Wochenschriften und hielt Vorträge über sozialdemokratische Geschichte und Politik. Mit seiner Schrift „40 Jahre Sozialdemokratie, Beiträge zur Geschichte der Stralsunder Parteibewegung“, die 1931 erschien, leistete er einen bedeutsamen Beitrag für die Ortsgeschichtsschreibung seiner Heimatstadt.

Als engagierter Sozialdemokrat wartete Max Fank 1933 mit anderen Gleichgesinnten vergeblich auf ein Signal zum Aufstand. Noch im gleichen Jahr wurde er aufgrund des § 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums aus dem Arbeitsverhältnis bei der Stralsunder Staatswerft „Kronhof“ entlassen. Obwohl er den Krieg hasste, wurde er bereits in den ersten Kriegsjahren als Marinesoldat eingezogen. Nachdem jedoch zwei seiner Brüder an der Front gefallen waren, wurde er vom Kriegsdienst befreit und auf der Krögerwerft in Stralsund dienstverpflichtet.

Fank, der während der Nazizeit keiner Organisation beigetreten war, sorgte nach dem Verbot der SPD als Verbindungsmann für den Zusammenhalt der Stralsunder Genossen. Als bekannt wurde, dass die NSDAP Stralsund zur Festung erklären wollte, gründete er am 15. April 1945 gemeinsam mit Otto Kortüm und Walter Picht eine Widerstandsgruppe, die das verhindern half. In dieser Gruppe wurden erste Vorstellungen entwickelt, wie es nach dem Krieg in Stralsund weitergehen könnte.

Am 1. Mai 1945 stellte sich Max Fank dem Wiederaufbau zur Verfügung. Es war ihm ein wichtiges Anliegen, die Not und das Elend der Bevölkerung zu lindern. Zugleich beriet er mit anderen Sozialdemokraten, wie man Aufklärungsarbeit leisten und das politische Leben in Gang setzen könnte. Diese frühzeitige Orientierung führte dazu, dass bereits am 10. Juni 1945, unmittelbar nach Wiederzulassung politischer Parteien und Organisationen durch die Besatzungsmacht, eine Neugründung der SPD in Stralsund erfolgen konnte. Eine Einheitspartei von Sozialdemokraten und Kommunisten kam für Fank zunächst nicht in Frage. Als in Stralsund Überlegungen aus Berlin bekannt wurden, eine solche Einheitspartei anzustreben erklärte er auf einer Besprechung: „Zwei Arbeiterparteien werden solange existieren, bis eine Synthese von Demokratie und Diktatur gefunden ist.“

Am 22. Juni 1945 wurde Max Fank zum Vorsitzenden eines provisorischen Ortsvorstandes gewählt und er bewirkte die Registrierung der SPD bei der Kommandantur. Auf der ersten ordentlichen Mitgliederversammlung der Stralsunder SPD nach dem 2. Weltkrieg am 15. Juli wurde er zum Vorsitzenden gewählt. Am 4. Dezember 1945 wurde Fank Mitglied des Zentralaussschusses der SPD für die sowjetisch besetzte Zone und war zugleich Mitglied des Landesvorstandes der SPD. Er nahm gemeinsam mit Willi Jesse an der 1. Sechziger Konferenz von KPD und SPD im Dezember 1945 in Berlin teil, die die Vereinigung beider Parteien faktisch besiegelte. Fank trat zunächst dafür ein, dass eine Vereinigung erst durch eine Urabstimmung aller Sozialdemokraten in Gang gesetzt werden sollte, wurde aber in dieser Haltung vom Parteivorstand kritisiert.

Am 24. März 1946 wurde auf einer Kreiskonferenz der SPD in Stralsund die Vereinigung mit der KPD beschlossen. Widerstand dagegen zu leisten war gefährlich, denn den Einheitsgegnern drohte die Repression. Am 7. April 1946 nahm Fank am Vereinigungsparteitag in Schwerin teil und wurde zum Delegierten für den Vereinigungsparteitag in Berlin gewählt.

Als Mitglied des Zentralaussschusses der SED protestierte er 1947 gegen einen Artikel des „Neuen Deutschland“, der Kurt Schumacher diffamierte. Ulbricht warf er KPD-Straßenterror vor und Friedrich Ebert schalt er, Berlin spalten zu wollen. Daraufhin „entfernte“ ihn Ende 1947 die Landesleitung der SED aus dem Kreisvorstand und meldete ihn dem NKWD. Er blieb dennoch bis zu seiner Verhaftung Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der

Stadtverordnetenversammlung, in Ämtern, die er seit den Gemeinde- und Landtagswahlen 1946 ausübte.

Am 19. März 1949 wurde Max Fank, indessen Leiter des Fischereiamtes Stralsund, wegen angeblicher Spionagetätigkeit vom NKWD verhaftet und am 6. Oktober 1949 zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt. Erst im Februar 1950 wurde ihm ein kurzer Brief an die Familie erlaubt. Nahezu fünf Jahre war er unschuldig in den Zuchthäusern Bautzen, Waldheim und Torgau eingesperrt. Nach einer Amnestie am 24. Januar 1954 erfolgte seine Entlassung. Er floh mit seiner Familie über Westberlin nach Nordrhein-Westfalen. Dort wirkte der Sozialdemokrat 1959 bis 1961 als Ratsmitglied in Wattenscheid. Seit 1963 lebte er mit seiner Frau in Hamburg und widmete sich intensiv der Geschichte der Sozialdemokratie in Vorpommern.

Das Unverständnis von Teilen der SPD im Westen gegenüber den aufrechten Genossen, die aus dem Osten fliehen mussten, nachdem sie sich dem Druck der SED und Sowjets entgegengesetzt hatten, kränkte ihn sehr. Mit der durch täglichen Existenzkampf erschwerten Zeitenwende 1945 setzte sich Max Fank in einer späteren Arbeit kritisch analysierend auseinander. Die verfälschende Geschichtsschreibung in der DDR über diese Zeit war für ihn eine doppelte Kränkung.

Gezeichnet von langwährender, haftbedingter Krankheit, ist Max Fank am 15.3.1978 in Hamburg verstorben.

Gisela Klostermann.

Otto Kortüm

Der am 11. November 1891 in Hohenmocker, Kreis Demmin, geborene Otto Kortüm ging in Cammin und Greifswald zur Schule. Seit 1918 arbeitete er in der Reichspostverwaltung und seit 1922 in der Reichsfinanzverwaltung, aus der er 1933 wegen seiner politischen Tätigkeit entlassen wurde. Sein politisches Engagement begann bereits in seiner Jugend, als er 1912 Kontakt zu den Sozialdemokraten Torgelows suchte. 1918 trat er der SPD bei und übte bis 1933 zahlreiche Parteifunktionen aus. Ehrenamtlich wirkte er in den wichtigsten Verwaltungsstellen der Provinz, des Regierungsbezirks und vor allem der Stadt Stralsund. Er war Mitglied des Provinziallandtages, des Provinzialausschusses, des Magistrats, der Stadtverordnetenversammlung und vieler anderer Gremien.

Otto Kortüm beteiligte sich aktiv an der Gründung und dem Aufbau der vorpommerschen Parteipresse und hatte von 1919 bis 1933 den Vorsitz der Gesellschaft der SPD-Zeitungsverlage „Der Vorpommer“ und „Greifswalder

Zeitung“. Als kompetenter Referent war er bei wahl- und kommunalpolitischen Veranstaltungen gefragt und sprach auf hunderten Versammlungen.

Wegen seines politischen Engagements wurde Kortüm 1933 mit weiteren Stralsunder Sozialdemokraten in das KZ Sonnenburg gebracht. Nach der Entlassung war er Schikanen und ständiger Überwachung durch die Gestapo ausgesetzt und trat auf Anraten seiner Freunde 1938 in die NSDAP ein. Sein späteres Schicksal ist wohl auch ein Indiz für diese nicht unumstrittene taktische Entscheidung. Er entging zunächst erneuter Verfolgung und konnte im Untergrund weiter wirken. Einer Verhaftung 1944 entging er nur, weil er an der Ostfront eingesetzt war.

Ab 15. April 1945 bis zum Ende des Krieges wirkte er gemeinsam mit Max Fank und Walter Picht in einer Widerstandsgruppe. Die Absicht, Stralsund zu einer Festung zu machen und somit der sinnlosen Zerstörung preiszugeben, wurde verhindert. Ein Neubeginn mit Otto Kortüm in maßgeblicher Verantwortung für den demokratischen Aufbau der Stadt war somit vorbestimmt. Unter seiner Führung wurden am 1. Mai 1945 mit der Roten Armee Gespräche aufgenommen. Kortüm wurde vom Militärkommandanten als Oberbürgermeister eingesetzt.

Bereits nach vier Monaten begann die Auseinandersetzung um seine Person. Ihm wurde von Seiten führender Kommunisten der Stadt vorgeworfen, sich loyal gegenüber dem NS-Regime verhalten zu haben und deshalb auch in die NSDAP eingetreten zu sein. Kurzerhand wurde er als Oberbürgermeister abgesetzt. Damit geriet der engagierte Sozialdemokrat erneut in politische Schwierigkeiten. Beruflich betätigte er sich nun wieder als Steuerberater und Wirtschaftsprüfer. Politisch verbündete er sich mit jenen, die den Führungsanspruch der SED ablehnten und besonders die Stalinisierung und Verfolgung von Sozialdemokraten verurteilten. Eine Verhaftung drohte und er floh, nachdem er mehrere Warnungen erhalten hatte, 1949 in die Westzonen. Er fand später eine Tätigkeit im Rechnungshof der Hansestadt Hamburg. Er musste in der Bundesrepublik ähnliche negative Erfahrungen machen wie andere Sozialdemokraten auch. In Briefen beklagte er, dass die „in die Bundesrepublik verschlagenen sowjetzonalen Leute“ offensichtlich nicht in diese Gesellschaft hineinpassten. So fand er in der Bundesrepublik Deutschland keine wirklich neue Heimat. Stets blieb seine Sehnsucht nach Stralsund, das er niemals wiedersehen sollte, lebendig. Am 31. Juli 1966 ist er in Hamburg gestorben.

Gisela Klostermann.

5. Verzeichnis der sozialdemokratischen Abgeordneten der Landtage von Mecklenburg und (Vor)Pommern

5.1 Sozialdemokratische Mitglieder des Landtages von Mecklenburg-Schwerin 1919–1933

Asch, Julius

Vorsitzender im Verfassunggebenden sowie Mitglied im Ersten bis Siebten Ordentlichen Landtag; Vorsitzender im Verfassunggebenden Landtag (bis Juli 1919); geboren am 27.2.1875 in Rummelsburg bei Berlin; gest. 22.4.1932 in Rostock; Gymnasium Berlin, Guben, Bischweiler; erlernter Beruf Nadler; 1893–1896 Geselle in Berlin und Stettin; 1894 Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes Stettin; 1896–1898 Militärdienst; 1899–1907 Geselle und Betriebsleiter in Königsberg; 1907–1919 Gewerkschaftssekretär beim Deutschen Metallarbeiterverband in Rostock; 1911–1919 Mitglied der Bürgervertretung Rostock; Staatsminister 1921–1923 und 1926–1929; 1920–1921 Direktor der staatlichen Filmfabrik „Offak“ Schwerin; 1925–1926 Geschäftsführer des Konsumvereins Rostock; 1928–1931 Präsident des Staatsrechnungsamtes von Mecklenburg-Schwerin.

Baum, Max

Verfassunggebender Landtag, am 13.1.1876 in Bischleben geboren wohnhaft in Malchin; erlernter Beruf Maurer; hauptamtlicher Geschäftsführer des Konsumvereins Malchin; 1919 Mitglied der Bürgervertretung Malchin.

Brandt, Fritz

Verfassunggebender Landtag; am 18.11.1882 in Sukau geboren; wohnhaft in Lübtheen; erlernter Beruf Zimmermann; Lagerhalter im Konsumverein Boizenburg.

Brehmer, Karl

Dritter bis Sechster Ordentlicher Landtag; am 18.12.1875 in Lümzow geboren; wohnhaft in Rostock; erlernter Beruf Schmied; seit 1912 Vorsitzender des Ortsvereins der SPD in Warnemünde und Rostock; Juli 1919 KreisparteiSekretär in Rostock und bis zu seinem Tod BezirksparteiSekretär für Mecklenburg-Lübeck, 1918–1929 Stadtverordneter in Rostock; 1908–1919 Lagerhalter im Konsumverein Rostock und Umgebung; gestorben am 17.10.1929 in Rostock.

Brinkmann, Robert

Zweiter Ordentlicher Landtag; ausgeschieden am 19.5.1921; am 6.11.1889 in Sülze geboren; erlernter Beruf Bäcker und Konditor; 1908 Vorsitzender der Filiale des Bäckerverbandes in Wismar; 1919–1921 Abteilungsleiter der

Kreisbehörde für Volksernährung in Wismar; 1921–1931 Amtshauptmann in Wismar; 1946–1947 Landrat des Kreises Wismar; Mitarbeiter der Landesregierung; gestorben 1965 in Güstrow.

Buhler, Alfred

Dritter bis Fünfter Ordentlicher Landtag; nach Ausschluss aus der KPD übertritt zur SPD; erlernter Beruf Lichtdruckretuscheur; während der Novemberrevolution Mitglied des Soldatenrates in Rostock; 1922–1924 Sekretär der KPD in Rostock.

Bull, Friedrich

Erster Ordentlicher Landtag, ausgeschieden 1920; am 28.5.1886 in Groß Wokern geboren; erlernter Beruf Maurer; 1914–1918 Kriegsdienst; Lagerhalter im Konsumverein in Groß-Wokern; Mitglied des Gemeindevorstandes.

Cordes, Marie

Zweiter Ordentlicher Landtag, als Nachfolgekandidatin im Dezember 1923 nachgerückt; wohnhaft in Wismar, Hausfrau.

Deicke, Ludwig

Verfassungsgebender, Erster und Zweiter Ordentlicher Landtag; am 8.4.1869 in Hamburg geboren; erlernter Beruf Schuhmacher; 1902–1907 Redakteur der „Mecklenburgischen Volks-Zeitung“; 1913–1933 Angestellter der AOK in Güstrow; 1919–1924 Mitglied der Bürgervertretung in Güstrow.

Dethloff, Heinrich

Verfassungsgebender Landtag; am 9.10.1883 in Nienhagen geboren; Bürgerschule in Rostock; erlernter Beruf Kaufmännischer Angestellter; 1907 Geschäftsführer und Prokurist in Rostock, Berlin und Hamburg; 1914–1918 Kriegsdienst; während der Novemberrevolution Vorsitzender des Soldatenrates Schwerin; vom Großherzog als Staatsminister 1918 berufen; 1918–1919 Finanzminister; Regierungsrat und Stadtverordneter in Schwerin.

Drefenbach, Wilhelm

Verfassungsgebender Landtag, am 24.8.1869 in Mainz geboren; Arbeiter; seit 1.7.1919 Stadtrat in Rostock.

Ellrich, Eduard

Verfassungsgebender Landtag; am 13.3.1869 in Altona geboren; Mittelschule in Altona; 1906–1920 Buchhalter in Waren;

Evers, Karl Heinrich

Zweiter Ordentlicher Landtag; am 15.4.1892 in Schwerin geboren; Besuch der Bürgerschule in Schwerin; erlernter Beruf Buchbinder; 1901–1920 Militärdienst; Vorsitzender der Landesbehörde für Volksernährung in Schwerin; verschiedene Funktionen in Partei und Gewerkschaften.

Franz, Paul

Verfassunggebender und Erster Ordentlicher Landtag; am 18.5.1891 in Zarrentin geboren; gest. 3.2.1945 in Berlin; Volksschule; Beruf: Maler; 1916/17 Heeresdienst; Parteisekretär in Hagenow; 1918 Mitglied des ASR in Lübeck; 1919 Mitbegründer der Parteizeitung „Das Freie Wort“; 1922 Mitglied der Bundesleitung des Reichsbundes für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene; Beisitzer im Reichsmilitärversorgungsbericht in Berlin; 1934 „Schutzhaft“; März 1936 erneute Verhaftung wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ und Verurteilung zu 2 Jahren Zuchthaus; Umgekommen bei einem Luftangriff.

Fuchs, Hans

Erster bis Siebter Ordentlicher Landtag; am 19.5.1894 in Düsseldorf geboren; gestorben am 15.3.1970 in Lübeck; Volksschule und Gymnasium in Düsseldorf; Beruf Konditor; 1914–1918 Kriegsdienst; während der Novemberrevolution Leiter der Abteilung Volksernährung im A.u.S.R. Schwerin; nach der Vereinigung des linken Flügels der USPD mit der KPD Parteisekretär in Rostock; 1920–1922 KPD-Landesparteisekretär für Mecklenburg-Lübeck; 1922 Ausschluss aus der KPD; Wiedereintritt in die USPD und 1923 Eintritt in die SPD; 1919–1920 besoldetes Verwaltungsmitglied des städtischen Arbeitsamtes in Schwerin; 1922–1933 Stadtverordneter in Schwerin; 1923–1933 hauptamtliche Tätigkeit im Baugenossenschaftswesen in Schwerin; Mehrfache Verhaftungen in der NS-Zeit; 1945 Mitglied der SPD; 1946 Mitglied der SED; besoldeter Stadtrat und Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Schwerin.

Geu, Konrad

Fünfter bis Siebter Ordentlicher Landtag; am 31.1.1892 in Blievenstorf geboren; gestorben am 24.1.1953 in Ludwigslust; Volksschule; Arbeiter in der Lederfabrik Neustadt-Glewe; 1933 Vorsitzender des Betriebsrats; 1925–1933 Vorstandsmitglied der Filiale der Lederarbeiterverbandes in Neustadt-Glewe; 1922–1933 Mitglied der Gemeindeversammlung Blievenstorf; Mitglied der Amtsversammlung Parchim; Vorsitzender des Ortsvereins der SPD Blievenstorf; 1929–1933 Arbeitsrichter.

Irke, Bernhard

Verfassunggebender, Erster bis Sechster Ordentlicher Landtag; am 9.3.1874 in Sommerfeld geboren; gest. am 6.10.1935 in Parchim; Volksschule; Zigarrenfabrikant; Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in Parchim.

Godknecht, Wilhelm

Verfassunggebender, Erster bis Vierter Ordentlicher Landtag; am 5.12.1869 in Neu Vorwerk b. Dassow geboren; Volksschule in Dassow; 1907–1919 Zigarrenfabrikant; 1918–1919 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in Wismar; 1919–1924 besoldeter Stadtrat in Wismar; 1925–1927 Büdner in Gostorf b. Grevesmühlen.

Goldenbohm, Hermann

Zweiter Ordentlicher Landtag, geboren am 24.3.1873 in Rom bei Parchim; gestorben am 25.5.1929 in Garwitz b. Parchim; Volksschule; 1895–1914 Hafenarbeiter in Hamburg; 1914–1918 Kriegsdienst; Schulze in Garwitz; Häusler in Garwitz.

Groth, Karl

Vierter bis Siebter Ordentlicher Landtag; am 6.8.1894 in Kladrup geboren; Volksschule; Landarbeiter; 1914–1917 Kriegsdienst; seit 1921–1933 Kreisleiter des Deutschen Landarbeiterverbandes in Neukloster; Amtsvertreter in Warin und Mitglied des Amtsausschusses in Wismar.

Haller, Frieda

Vierter bis Sechster Ordentlicher Landtag; geb. 5.7.1888 in Lübz; gest. 9.3.1972 in Schwerin; Volksschule; Dienstmädchen und Plätterin in Berlin; Beruf: Hausfrau; Vorsitzende der SPD-Finanzgruppe in Schwerin; Mitglied des Bezirksvorstandes der SPD; 1944 Haft; 1945 Eintritt in die SPD; 1946 SED; Mitarbeiterin im DFD und der Nationalen Front.

Hamel, Gustav

Verfassungsgebender, Erster und Zweiter Ordentlicher Landtag; am 5.10.1869 in Neuhaldensleben bei Magdeburg geboren; Beruf Gelbgießer; Gastwirt in Schwaan und Krakow; Stadtrat; stellv. Bürgermeister in Krakow.

Hansen, Wilhelm

Verfassungsgebender Landtag; am 13.8.1878 in Crivitz geboren; gestorben am 17.6.1965 in Garmisch-Partenkirchen; Bürgerschule in Crivitz; 1906–1926 selbständiger Tischlermeister in Crivitz; 1919 Vorsitzender des Ortsvereins der SPD Crivitz; seit 1918 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in Crivitz; seit 1926 in Garmisch-Partenkirchen wohnhaft.

Harder, Paul

Vierter bis Siebter Ordentlicher Landtag; geboren am 8.5.1888 in Rostock; Volksschule in Rostock; Beruf Maschinenbauer; Seemann; seit 1924–1933 Gauleiter des Deutschen Landarbeiterverbandes Mecklenburg; 1919–1923 Bevollmächtigter der Filiale des Metallarbeiterverbandes, 1920–1924 Vorsitzender des Gewerkschaftskartells in Rostock; 1919–1924 Fachvertreter im Akkordausschuss der Neptunwerft und 1919–1923 Mitglied des Schlichtungsausschusses; 1933 Vorstandsmitglied der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft Rostock; wohnhaft bis 1937 in Rostock.

Henck, Fritz

Verfassungsgebender und Erster Ordentlicher Landtag; am 8.12.1868 in Rostock geboren; am 25.11.1928 in Rostock gestorben; Volksschule in Rostock; Beruf Zimmermann; 1900–1905 Redakteur der MVZ; 1905–1918 Arbeitersekretär in Rostock; 1905–1913 Mitglied der Bürgervertretung Rostock;

1919–1920 Justizminister; seit 1919 Redakteur der „Volkwehr-Zeitung für die Soldaten der deutschen Republik“.

Hennecke, Hans

Erster bis Vierter und Siebter Ordentlicher Landtag; am 25.1.1886 in Waren geboren; Studium in Göttingen; Gymnasium; Beruf Apotheker; seit 1912 Besitzer der „Löwen-Apotheke“ in Waren; Teilhaber von Versicherungen und Unternehmen; 1914–1918 Kriegsdienst; seit 1919 Vorsitzender des Ortsvereins der SPD Waren; Stadtverordneter und Stadtrat in Waren; 1923–1924 Finanzminister; Mai 1945 Freitod der ganzen Familie.

Hermann, Ernst

Verfassungsgebender und Erster Ordentlicher Landtag; am 8.11.1882 in Rügkamp b. Neukloster geboren; Volksschule; Landarbeiter; Vorsitzender des Arbeiterrates und des Gewerkschaftskartells in Sülze; 1913–1919 Lagerhalter im Konsumverein Malchow; 1919–1921 Bezirksleiter des Landarbeiterverbandes; Mitglied der Bürgervertretung bzw. Stadtverordneter und Vorsitzender des Bürgerausschusses in Malchow.

Höcker, Wilhelm

Zweiter und Vierter bis Siebter Ordentlicher Landtag; am 29.6.1886 in Holzendorf geboren; gest. am 15.11.1955 in Güstrow. 1893–1901 Volksschule; Beruf Kaufmann; 1904–1906 Handlungsgehilfe in Penzlin und Rostock; 1906–1908 Militärdienst; 1914–1918 Kriegsdienst; 1918–1919 Konsumverband Güstrow; 1919–1921 Vorsitzender der Kreisbehörde für Volksernährung in Güstrow; 1921–1932 Amtshauptmann in Güstrow; Präsident des Vierten und Fünften Ordentlichen Landtages; 1933–1945 Tabakwarenhändler in Güstrow; 1945–1946 Präsident der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern; 1946–1951 Ministerpräsident der Landesregierung Mecklenburg; 1952–1953 stellv. Vorsitzender des DRK in Rostock; 1953 Vorsitzender des Bezirksvorstandes der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in Rostock.

Jesse, Willi

Siebter Ordentlicher Landtag; geb. 14.12.1897 in Rostock; gest. 17.8.1971; Beruf: Maschinenschlosser; Bezirkssekretär der SPD Mecklenburg-Lübeck; 1933 Verhaftung; 1944 Emigration nach Schweden; 1945–1946 Landesgeschäftsführer der SPD Mecklenburg-Vorpommern; 1946 Verhaftung durch NKWD und Verurteilung zu zehn Jahren Zwangsarbeit in der Sowjetunion; 1954 entlassen und in die Bundesrepublik übersiedelt; Abteilungsleiter im SPD-Vorstand; Freitod.

Jungbluth, Karl

Dritter Ordentlicher Landtag; am 18.3.1901 in Schwerin geboren; 1987 in Schwerin gestorben; Bürgerschule in Schwerin; Beruf Schriftsetzer; 1919–1922 Bezirksleiter der Kommunistischen Jugend in Bremen und für den

Bezirk Mecklenburg-Lübeck; Mitglied des Bezirksvorstandes der KPD; im Januar 1925 Ausschluss aus der KPD und Eintritt in die SPD.

Karl, Xaver

Siebter Ordentlicher Landtag; geb. 28.10.1892 in Bogen (Bayern); gest. 31.10.1980 in Schwerin; Beruf: Klempner und Installateur; 1922–1933 Vorsitzender der Filiale des Metallarbeiterverbandes und Mitglied des ADGB-Ortsausschusses in Schwerin; 1929–1933 Parteisekretär für das südwestliche Mecklenburg; Sekretär des Unterbezirks der SPD in Schwerin; 1933 Stadtverordneter in Schwerin; 1933 Verhaftung und unter Polizeiaufsicht gestellt; 1944 Verhaftung und Zuchthaus Bützow; 1945 Eintritt in die SPD; stellv. Landesvorsitzender der SPD 1945–1946; 1946–1952 Sekretär des Landesvorstandes der SED; ab 1952–1958 Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Schwerin; 1959 Vorsitzender des Bezirksausschusses der Volkssolidarität.

Ketelhohn, Margarete

Erster bis Siebter Ordentlicher Landtag; geb. 17.2.1884 in Schwerin; am 28.5.1969 in Rostock gestorben; Volksschule; Dienstmädchen und Schneiderin; wohnhaft in Rostock; Hausfrau; Vorsitzende des Zentralverbandes der Hausangestellten, Ortsgruppe Rostock; Vorsitzende der SPD-Frauengruppe Rostock; 1925–1927 Stadtverordnete in Rostock; 1926–1933 Vorstandsmitglied der SPD; 1928–1933 Mitglied des Bezirksvorstandes der Arbeiterwohlfahrt Mecklenburg-Lübeck; 1945 Mitbegründerin der antifaschistischen Frauenausschusses in Rostock.

Köhler, Karl

Verfassunggebender, Erster und Zweiter Ordentlicher Landtag; am 26.5.1868 in Niederspier geboren; Beruf Tischler; Geschäftsführer der Konsumgenossenschaft in Rostock; Vorsitzender des Ersten und Zweiten Ordentlichen Landtags.

Koß, Friedrich

Verfassunggebender Landtag; am 6.1.1865 in Techentin geboren; am 17.4.1949 in Schwerin gestorben; Volksschule; Beruf Tischler; selbständiger Tischlermeister; seit 1887 Funktionäre der SP; seit 1895 Vertreter der „Mecklenburgischen Volkszeitung in Schwerin“; Verwalter der Rechnungsstelle der „Volksfürsorge“ in Schwerin und seit 1918 Geschäftsführer des allgemeinen Krankenversicherungsvereins „Zuschußkasse“ in Schwerin; besoldeter Stadtrat in Schwerin.

Kröger, Wilhelm

Verfassunggebender Landtag; geb. 23.1.1873 in Bentwisch; gest. 13.10.1932 in Rostock; Volksschule in Rostock; Beruf: Tischler; Betriebsvertrauensmann auf der Neptunwerft in Rostock; 1900–1905 nebenamtlicher Gauleiter des Holzarbeiterverbandes und Vorsitzender der Filiale Rostock; 1905–1932 Bezirksparteisekretär des SPD-Bezirks Mecklenburg/Lübeck; 1911–1920

Stadtverordneter und 1918–1920 unbesoldeter Senator und stellvertretender Bürgermeister von Rostock; Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstages von 1919–1932; 1920–1932 Mitglied des zentralen Parteiausschusses; bis 1932 Mitglied des Reichsausschusses des Reichsbanners Schwarz Rot-Gold; Vorsitzender des Bezirksausschusses der Arbeiterwohlfahrt; Vorsitzender des Verfassunggebenden Landtags.

Krüger, August

Verfassunggebender, Erster, Zweiter und Fünfter Ordentlicher Landtag; am 22.1.1863 in Parchim geboren; gestorben am 5.3.1929 in Grabow; Volksschule; Beruf Maurer; 1914–1918 Geschäftsführer des Konsumvereins in Grabow; 1919–1929 Stadtverordneter und 1927–1929 Stadtverordnetenvorsteher in Grabow; Beisitzer des Amtsverwaltungsgerichts; wohnhaft in Grabow.

Krüger, Johann

Verfassunggebender, Erster und Zweiter Ordentlicher Landtag; am 28.6.1868 in Lütgendorf geboren; Volksschule; Land- und Forstarbeiter; 1911–1920 Vorsitzender der SPD in Malchin; 1914–1920 Geschäftsführer der Konsumgenossenschaft Malchin; seit 1919 Kreisleiter des Kreislandwirtschaftsverbandes; 1920–1927 Geschäftsführer des Konsumvereins in Hagenow.

Kruse, Albert

Vierter bis Sechster Ordentlicher Landtag; am 11.10.1895 in Mühlenhof geboren; gestorben am 1.10.1971 in Bremen; Volksschule; Beruf Schuhmacher; 1914–1916 Kriegsdienst und schwere Verwundung; 1918–1919 Bürotätigkeit auf einem Gut; 1919–1924 Behördenangestellter in Schwerin; 1914–1933 hauptamtlicher Gauleiter des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen in Mecklenburg; 1945 SPD; 1946 SED; 1945–1948 Stadtrat in Schwerin; 1948 Verhaftung; 1945–1946 Mitglied des SPD Landesvorstandes; 1950 Flucht in die Bundesrepublik; 1950–1952 SPD-Parteisekretär in Bremerhaven; 1952–1967 besoldeter Stadtrat; 1970 Ernennung zum Stadtältesten von Bremerhaven; Landesvorsitzender der Landsmannschaft Mecklenburg und Präsidiumsmitglied des Siedlerbundes.

Lamberg, Wilhelm

Verfassunggebender, Erster bis Dritter Ordentlicher Landtag; am 1.9.1895 in Stendal geboren; am 19.11.1930 in Güstrow gestorben; Volksschule; Beruf: Schlosser; 1906–1919 Geschäftsführer der Konsumgenossenschaft Güstrow; 1906–1910 und 1914–1915 Vorsitzender des Gewerkschaftskartells in Güstrow; 1908–1919 Mitglied der Bürgervertretung; 1919 bis zu seinem Tod besoldeter Stadtrat in Güstrow.

Lüttig, Otto

Zweiter Ordentlicher Landtag; am 10.9.1890 in Rostock geboren; Volks- und Realschule in Rostock; Beruf: Schlosser in Gielow; 1914–1918 Kriegsdienst; Mitglied des Gemeindevorstandes Gielow; Amtsvertreter im Amt Stavenhagen.

Möller, Heinrich

Zweiter Ordentlicher Landtag; am 5.3.1882 in Plau geboren; Bürgerschule in Plau; Beruf: Bäcker; 1906 Leiter der Genossenschaftsbäckerei Schwerin und Lübeck; 1907–1919 selbständiger Bäckermeister in Schwerin; 1919–1923 Sparkassenangestellter in Plau; Vorstandsmitglied der SPD und Leiter des Wirtschaftsbetriebes des städtischen Krankenhauses in Plau; Vorstandsmitglied der SPD-Ortsgruppe Plau; Leiter des Wirtschaftsbetriebes des Städtischen Krankenhauses Plau.

Moltmann, Carl

Verfassungsgebender, Erster bis Siebter Ordentlicher Landtag; am 23.9.1894 in Brüz geboren; gest. 4.2.1960 in Schwerin; Beruf: Tischler; 1907 Sekretär der SPD in Parchim; 1911 Sekretär der SPD in Schwerin; Verleger der SPD-Zeitung „Das freie Wort“, Schwerin; Direktor des Arbeitsamtes Schwerin; Mitglied des A.u.S.R. Schwerin; Sekretär des SPD-Unterbezirks Schwerin; in allen ordentlichen Landtagen Vorsitzender der SPD-Fraktion; Reichstagsabgeordneter 1932–1933; Landesvorsitzender der SPD 1945–1946; Landesvorsitzender der SED; Präsident des Landtags Mecklenburg 1946–1952; 1952–1960 Mitglied des Bezirkstages Schwerin; Mitglied des ZK der SED.

Moritz, Karl

Fünfter und Sechster Ordentlicher Landtag; geb. 25.5.1892 in Eugenfeld (Ukraine); gest. 1972 in Wismar; Volksschule; Beruf: Schmied, Schlosser; 1919 Eintritt in die SPD, 1928–1933 Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes in Wismar; Stadtverordneter von Wismar; 1933 Entlassung und politische Verfolgung während der NS-Zeit; 1934–1945 Vertreter; 1944 Verhaftung; 1945 Mitglied der SPD; 1945–1946 Leiter des Arbeitsamtes; Kreissekretär in Wismar; 1946 Eintritt in die SED und Parteisekretär von Wismar; 1947 Parteirüge und Entlassung als Parteivorsitzender; 1948 Verhaftung und Verurteilung zu 25 Jahren Zwangsarbeit durch die sowjetischen Besatzungsbehörden; Entlassung und Rückkehr nach Wismar 1953; 1954–1971 Tätigkeit beim Konsumverband Wismar.

Oldach, Johann

Verfassungsgebender Landtag; geb. 31.3.1872 in Rohlsdorf; Volksschule; Dienstbote, Hafenarbeiter; 1903–1906 nebenamtlich und 1906–1933 hauptamtlicher Geschäftsführer der Konsumgenossenschaft Wismar; 1919 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Wismar; 1925–1933 Mitglied des Generalrats des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften.

Peters, Hermann

Verfassungsgebender Landtag; geb. 12.11.1873 in Stralendorf bei Parchim; Volksschule; Beruf: Tischler; 1893–1895 Militärdienst; selbständiger Tischlermeister in Parchim; Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Parchim.

Peterson, Karl

Erster und Zweiter Ordentlicher Landtag bis 14.4.1921; geb. 5.12.1879 in Hamburg; Volksschule; Beruf: Maschinenbauer; 1907–1920 Redakteur des sozialdemokratischen „Hamburger Echo“; 1919–1921 hauptamtlicher Bürgermeister in Goldberg; 1921 Finanzminister in Mecklenburg-Schwerin.

Rambow, August

Verfassunggebender und Erster Ordentlicher Landtag; geb. 11.10.1882 in Schwaan; Bürgerschule; Beruf: Brunnenbauer; 1919–1920 Vorsitzender der AOK; Mitglied der Bürgervertretung in Schwaan und Vorsitzender des Gewerkschaftskartells; wohnhaft in Schwaan.

Reiland, Richard

Zweiter Ordentlicher Landtag, ausgeschieden am 3.5.1923; geb. 18.11.1885 in Schwerin; Bürgerschule; 1903–1905 Domänialverwaltung; 1905–1913 Amtsdiktär in Grabow, Schwerin, Neustadt, Grevesmühlen, Doberan und Bützow; 1913 Finanzministerium; 1919–1920 stellv. bzw. Vorsitzender der Kreisbehörde Schwerin; 1920 Mitarbeiter der Landesbehörde für Volksernährung; 1921 Vorsitzender einer Unterorganisation des Beamtenbundes für Mecklenburg-Schwerin; 1930 Direktor Landesfürsorge- und Landarbeitshaus Güstrow; Oberregierungsrat; am 4. Mai 1945 von Besatzungssoldaten erschossen.

Sävert, Johann

Erster und Zweiter Ordentlicher Landtag; geboren am 13.10.1863 in Satow; Volksschule; Maurerlehre; 1888–1924 Bauunternehmer in Satow; 1920–1924 Mitglied der Gemeindevertretung in Satow.

Schmidt, Heinrich

Verfassunggebender, Erster und Zweiter Ordentlicher Landtag; geb. 13.11.1871 in Nienhagen; Volksschule; Beruf: Stellmacher; 1906–1913 Redakteur der MVZ in Rostock; 1906 Vorsitzender des Gewerkschaftskartells Rostock; 1913–1923 Gauleiter des Deutschen Landarbeiterverbandes Mecklenburg; 1906–1914 Mitglied des SPD Landesvorstandes; Stadtverordneter in Rostock; 1923–1930 hauptamtliches Mitglied des Verwaltungsausschusses des Landesarbeitsamtes; 1931 Inhaber einer Holzwarenfabrik in Rostock.

Schneeberg, Carl

Zweiter bis Siebter Landtag; geb. 29.10.1894 in Zielow bei Röbel; gest. 8.4.1946 in Schwerin; Volksschule und Präparandum in Neukloster; Lehrerseminar in Neukloster; 1914–1918 Kriegsdienst; Volksschullehrer in Marlow und Schwerin; Stadtverordneter in Marlow; seit 1924 Hauptauschussmitglied der staatlichen Volkshochschule; 1929–1932 Regierungsrat im Ministerium für Unterricht, Kunst, geistliche und Medizinalangelegenheiten; Vorstandsmitglied der Deutschen Friedensgesellschaft in Schwerin; 1945 Mitglied der SPD; Oberregierungsrat im Ministerium für Volksbildung der Landesregierung.

Schnell, Paul

Zweiter Ordentlicher Landtag; geb. 10.2.1886 in Güstrow; gestorben vermutlich 1944 in Berlin; Gymnasium in Güstrow; Ausbildung zum mittleren Verwaltungsbeamten; Dienst bei Domanalämtern; 1920 Stadtverordneter in Warin; 1922 Mitglied der Amtsversammlung Hagenow; 1928 Leiter einer Rechtsberatungsstelle in Wittenburg.

Schollähn, Karl

Verfassungsgebender Landtag; geb. 11.2.1866 in Röbel; Bürgerschule; 1891–1920 selbständiger Schuhmachermeister in Röbel; 1919–1920 Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung in Röbel.

Schröder, Franz

Erster bis Siebter Ordentlicher Landtag; geb. 23.11.1884 in Terrehaute (USA-Bundesstaat Indiana); Bürgerschule; Beruf: Buchdrucker; selbständiger Buchdruckermeister und Inhaber einer Papier- und Buchhandlung in Dömitz; Mitglied der Bürgervertretung der Stadt Dömitz; 1918 Mitglied des Arbeiterrates in Dömitz.

Schroeder, Paul

Erster bis Siebter Ordentlicher Landtag; geb. 9.8.1875 in Stolpe; gest. 2.8.1932 in Rostock; Volksschule in Stolpe; 1897–1899 Lehrerseminar in Neukloster; 1899–1919 Volksschullehrer in Pampow, Wustrow und Rostock; 1911–1918 Mitglied der Bürgervertretung; 1919–1925 besoldeter Stadtrat in Rostock; 1926–1929 Ministerpräsident und Minister des Innern; Freitod.

Schröder, Wilhelm

Vierter bis Sechster Ordentlicher Landtag; geb. 10.3.1874 in Groß Wokern; Volksschule in Groß Wokern; 1895–1897 Militärdienst; Beruf: Maurerpolier; 1914–1918 Kriegsdienst; Mitglied des Gemeindevorstandes; 1920–1932 Amtsvertreter in Güstrow.

Schulz, Albert

Zweiter bis Siebter Ordentlicher Landtag; am 10.11.1895 in Rostock geboren; gest. 26.7.1974; Volksschule; Beruf: Maschinenbauer; Mitglied des Reichstages; Gauführer des Reichsbanners; 1926–1933 Redakteur der MVZ in Rostock; 1933–1945 Zigarrenhändler in Rostock; 1945 Eintritt in die SPD; 1945–1946 Landesvorstand der SPD; 1946–949 Mitglied des Landesvorstandes der SED; 1945–1946 Parteisekretär in Rostock; 1946–1949 Oberbürgermeister von Rostock; 1947 Verhaftung durch NKWD; 1949 Flucht in die Bundesrepublik; 1949 Angestellter des Arbeitsamtes Hamburg; 1950–1952 Sekretär der Hamburger SPD-Bundestagsabgeordneten; 1953–1962 Landesgeschäftsführer und Stellv. Vorsitzender des Landesvorstandes der SPD Schleswig-Holstein.

Schwanke, Paul

Vierter bis Siebter Ordentlicher Landtag; geb. 24.12.1881 in Soran; Volksschule; Beruf: Tischler; seit 1907 Partei- und Gewerkschaftsfunktionär in Wismar; 1915–1918 Kriegsdienst; 1921–1930 besoldeter Stadtrat in Wismar.

Spalding, Gustav

Zweiter Ordentlicher Landtag; Geschäftsführer des Konsumvereins in Lübz.

Starosson, Franz

Mitglied des Verfassungsgebenden Landtags; geb. 3.5.1874 in Berlin; gest. 4.7.1919 in Berlin; Volksschule in Berlin; Beruf: Friseur, Schriftsteller; Chefredakteur der MVZ in Rostock; Mitglied der Bürgervertretung in Rostock und der Nationalversammlung; 1918–1919 Staatsminister.

Stelling, Johannes

Erster bis Dritter Ordentlicher Landtag; geb. 12.5.1877 in Hamburg; ermordet 22.6.1933 in Berlin; Beruf: Handelskaufmann; 1901–1919 Redakteur des „Lübecker Volksboten“; 1907–1919 Mitglied der Lübecker Bürgerschaft; 1919–1920 Mitglied der Nationalversammlung; 1920–1933 Mitglied des Reichstages; Vorsitzender des Reichsbanners Berlin-Brandenburg; Mitglied des Reichsparteivorstandes der SPD seit 1920; 1919–1920 Minister des Innern; 1921–1924 Ministerpräsident und Minister des Innern; Mitglied des Parteivorstandes und Sekretär der SPD.

Strutz, Karl Ludwig

Siebter Ordentlicher Landtag, geb. am 21.1.1899 in Lübz; gest. am 6.12.1971 in Lüneburg; Bürgerschule in Bützow; Lehrerseminar in Neukloster; 1916–1917 Schulassistent in Zarrentin; 1917–1918 Kriegsdienst; 190–1933 Lehrer in Prislich, Leizen und Lübz.

Thimm, Karl

Dritter Ordentlicher Landtag; geb. 22.5.1872 in Lauenburg (Pommern); Volksschule; Beruf: Maschinist und Brunnenbauer; 1914–1916 Kriegsdienst; seit 1919 Funktionär im Landarbeiterverband; 1919–1925 Mitglied des Gemeindevorstands und 1924 Schulze in Grambow, Amtsvertreter im Amt Schwerin.

Turban, Otto

Verfassungsgebender, Erster und Zweiter Ordentlicher Landtag; geb. 3.1.1875 in Schilde; gest. am 14.3.1945 in Boizenburg; Volksschule; Beruf: Tischler; 1897–1899 Vorsitzender des Gewerkschaftskartells in Wittenberge und 1904–1906 in Parchim; 1906–1909 Geschäftsführer des Konsumvereins in Parchim und 1909–1919 in Boizenburg;

Völckner, Franz

Erster Ordentlicher Landtag; Beruf: Lehrer.

Vorkörper, Ewald

Erster Ordentlicher Landtag; geb. am 19.4.1887 in Teterow; 1901–1904 Handlungsgehilfenlehre in Rostock; 1909–1921 Inhaber eines Schreibmaschinengeschäfts in Rostock. 1918 Eintritt in die USPD.

Wehmer, Friedrich

Erster bis Siebter Ordentlicher Landtag; geb. 25.12.1885 in Plate; gest. 7.2.1964 in Schwerin; Volksschule in Plate; Beruf: Forstarbeiter, Bauer; 1903–1919 Forstarbeiter; 1912–1955 Kleinlandwirt in Plate; 1914–1918 Kriegsdienst; 1919–1931 Schulze in Plate; seit 1919 Vorsitzender der Amtslandkrankenkasse in Schwerin; Mitglied der Landwirtschaftskammer in Mecklenburg-Schwerin; 1923–1933 Vorsitzender der SPD in Plate; 1929–1933 Vorsitzender der Amtslandkrankenkasse und Mitglied der Landwirtschaftskammer; 1941–1944 Geschäftsführer der Raiffeisengenossenschaft Plate; 1944–1945 in Haft; 1945–1946 Bürgermeister in Plate; ab 1946 Mitglied des Landesvorstandes der SED; Mitglied des Landtags von Mecklenburg 1946–1950; 1947–1950 Vorsitzender des Landesvorstandes der VdGB; 1949–1963 Abgeordneter der Volkskammer; 1954–1964 Mitglied des ZK der SED.

Wohlens, Robert

Dritter bis Siebter Ordentlicher Landtag; geb. am 1.6.1889 in Altona; gest. am 21.5.1973 in Hamburg; Volksschule, Real- und Oberrealschule in Hamburg; 1911–1914 Studium; 1920 Promotion zum Dr. jur. in Breslau; 1914–1918 Kriegsdienst; 1918–1919 Leiter des Wohlfahrtsamtes und 1919–1921 besoldeter Stadtrat in Fürstenwalde; 1921–1926 Amtshauptmann in Hagenow, dann Ruhestand; 1944 Schutzhaft in Kiel; 1946–195 Kreisdirektor bzw. Oberkreisdirektor des Kreises Süderdithmarschen in Meldorf; 1947–1949 Mitglied des Wirtschaftsrates für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet Frankfurt a.M.

Wurbs, Kurt

Erster Ordentlicher Landtag; geb. am 10.9.1891 in Breslau; gest. am 15.4.1980 in Bremen; Volksschule und Gymnasium in Breslau; Malerlehre und Studium Kunst und Kunstgeschichte; 1913–1914 Volontär der Leipziger „Volkszeitung“; 1914–1918 Kriegsdienst; 1919–1921 Redakteur am „Freien Wort“ Schwerin; 1921–1928 Redakteur am „Volksblatt“ in Bochum; 1928–1933 Redakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“; während der NS-Zeit Emigration; 1947 Rückkehr und Redakteur verschiedener Tageszeitungen.

5.2 Sozialdemokratische Mitglieder des Landtages von Mecklenburg-Strelitz 1919–1933

Anders, Wilhelm

Mitglied des Zweiten bis Fünften Ordentlichen Landtages; 1920–1928 besoldeter Stadtrat in Neubrandenburg; 1928–1930 Regierungsrat in Neustrelitz; 1928–1929 Parlamentarisches Mitglied des Staatsrats in Mecklenburg-Strelitz; 1923–1927 Vorsitzender der SP-Landtagsfraktion.

Bartosch, Karl

Mitglied der Verfassunggebenden Versammlung und des Ersten bis Siebten Ordentlichen Landtages; geb. am 12.12.1880 in Altona; gest. am 1.5.1936 in Neustrelitz; Volksschule in Altona; Beruf: Schmied; 1915–1918 Kriegsdienst; 1918 Vorsitzender des AuS-Rats in Neubrandenburg; 1919 Leiter der Landeszentrale der Arbeiterräte für Meckle–1931 Präsident des Landtages; 1932–1933 Vorsitzender der SP-Fraktion; 1932–1933 Vorsitzender des Landesvorstandes der SPD Mecklenburg-Strelitz.

Bodin, Hermann

Mitglied des Zweiten bis Sechsten Ordentlichen Landtages; geb. am 27.5.1877 in Altruppin; Beruf: Eisenbahner; Vorsitzender des ADGB-Ortsausschusses Neustrelitz; 1922–1926 Angestellter bei der Hauptfürsorgestelle in Neustrelitz; 1927–1932 des städtischen Arbeitsnachweises in Neustrelitz; 1923–1927 Vizepräsident des Landtages.

Botzenhardt, David

Mitglied des Ersten und Zweiten Ordentlichen Landtages; geb. am 31.8.1871 in Ulm; am 2.8.1928 in Stettin gestorben; Goldleistenarbeiter; 1894–1922 einer der führenden Partei-, Gewerkschafts und Genossenschaftsfunktionäre in Mecklenburg-Strelitz; 1910–1928 Gauleiter des Landarbeiterverbandes; 1901–1908 Vorsitzender der SP-Wahlkreisorganisation bzw. Landesorganisation; 1919–1920 Vizepräsident des Landtages; 1923–1928 Mitglied des Reichswirtschaftsrates.

Brentführer, August

Mitglied der Verfassunggebenden Versammlung; geb. am 28.7.1879 in Holzendorf; Beruf Telegraphenleitungsaufseher; Wohnort: Feldberg.

Drews, Friedrich

Mitglied des Ersten, Sechsten und Siebten Ordentlichen Landtages; geb. am 14.1.1878; Beruf: Bäckermeister; 1928–1933 Stadtverordneter in Neubrandenburg; Wohnort: Neubrandenburg.

Foth, Fritz (Dr.)

Mitglied des Sechsten und Siebten Ordentlichen Landtages; geb. am 7.1.1892; 1926–1933 Landrat in Strelitz bzw. Neustrelitz; 1927–1930 Präsident des Landtages; 1931–1933 Parlamentarisches Mitglied des Staatsrates Mecklenburg-Strelitz; Wohnort: Neustrelitz;

Götting, August

Mitglied der Verfassunggebenden Versammlung und des Ersten Ordentlichen Landtages; Beruf: Werkmeister; Wohnort; Fürstenberg.

Herbst, Ferdinand

Mitglied der Verfassunggebenden Versammlung; geb. am 8.12.1873 in Strelitz; Beruf: Betriebsdirektor; Wohnort: Strelitz.

Heuer, Wilhelm

Mitglied des Ersten und Zweiten Ordentlichen Landtages; geb. am 6.8.1887 in Petersdorf; gest. am 25.5.1962 in Fürstenberg (Havel); Beruf: Chausseearbeiter; Wohnort: Petersdorf.

Höppner, Franz

Mitglied des Sechsten und Siebten Ordentlichen Landtages; geb. am 28.7.1905 in Neubrandenburg; gest. am 23.6.1989; in Schwerin; Beruf: Schlosser; Leiter des Unterbezirks der SAJ Mecklenburg-Strelitz; Betriebsratsmitglied; 1932–1933 Stadtverordneter in Neubrandenburg; 1933 Verhaftung; 1940–1945 Kriegsdienst; 1945–1948 französische Kriegsgefangenschaft; 1948–1950 Mitglied des Sekretariats der SED-Landesleitung Mecklenburg, 1950–1952 Leiter der Abteilung Kunst und Literatur im Ministerium für Volksbildung; 1952–1954 Sekretär der Bezirkleitung Schwerin des Kulturbundes; 1954–1964 Stellv. des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Schwerin; 1955–1978 Vorsitzender des Bezirksvorstandes Schwerin der DSF; 1964–1973 Direktor des Staatsarchivs Schwerin; seit 1952 Mitglied des Bezirkstages.

Holm, Wilhelm

Mitglied des Zweiten Ordentlichen Landtages; Beruf: Büdner; Wohnort: Starsow b. Mirow.

Jessen, Karl

Mitglied der Verfassunggebenden Versammlung und des Ersten Ordentlichen Landtages; geb. 8.2.1883 in Berlin; Beruf: Architekt; 1919 besoldeter Stadtrat in Friedland; Wohnort: Neustrelitz.

Jörß, Wilhelm

Mitglied des 1. Landtages; geb. 31.5.1884 in Bargeshagen; Beruf: Lehrer; 1906 Lehrprüfung für ritterschaftliche Schulen; 1906–1909 Lehrer an einer Privatschule in Hohen Viecheln; 1909–1933 im Schuldienst von Mecklen-

burg-Strelitz; 1929–1932 Stadtverordneter in Wesenberg; 1945 Krankenhausverwalter in Alt-Strelitz; seit Oktober Rektor der Stadtschule in Penzlin; Bezirksschulrat für den Schulaufsichtsbezirk Penzlin-Möllendorf; 1946 SED; 1948 Schuldienst in Penzlin.

Krüger, Hans

Mitglied der Verfassunggebenden Versammlung; geb. 10.12.1884 in Hildesheim; gest. 9.8.1933 in Hannover; 1891–1899 Oberrealschule in Hannover; 1899–1902 Schriftsetzerlehre in Hannover; 1903 SPD; Aquisiteur verschiedener Zeitungen; 1914 Vorsitzender der Filial- und Bezirksorganisation des Handlungsgehilfenverbandes Dessau; 1915–1918 Kriegsdienst; 1918 Vorsitzender der Landeszentrale der AuS-Räte in Mecklenburg-Strelitz; 1918–1919 Staatsminister und zugleich Vorsitzender des Staatsministeriums; 1920 Bevollmächtigter Minister und Gesandter bei der Reichsregierung für Mecklenburg-Strelitz; 190–1926 kommissarischer bzw. Landrat des Landkreises Linden; 1921–1926 Mitglied des Provinziallandtages Hannover; 1924–1926 Vorsitzender des Republikanischen Klubs.

Krüger, Rudolf

Mitglied der Verfassunggebenden Versammlung; geb. 1.12.1872 in Friedland; Beruf: Maurer; Wohnort: Friedland.

Leuß, Hans

Mitglied der Verfassunggebenden Versammlung und 1. Landtag; 1893–1894 Mitglied des Reichstages; geb. 10.12.1861 in Spiekeroog; gest. am 28.9.1920; Gymnasium in Aurich; kaufmännische Lehre; seit 1878 Schriftsteller; 1883–1892 Redakteur an bürgerlichen Zeitungen; 1892–1894 freier Mitarbeiter an mehreren bürgerlichen Blättern; 1894–1898 Haft wegen Meineid; 1919–1920 Landdrost in Stargard; 1919–1920 Vorsitzender der SPD-Fraktion.

Middelstädt, Adolf

Mitglied des Sechsten und Siebten Ordentlichen Landtages; geb. 26.7.1879; Beruf: Maurer; Amtsvertreter in Grünow; Wohnort: Grünow.

Möller, Lotte

Mitglied des 1. Landtages; geb. 28.12.1874 in Glücksburg; Beruf: Krankenschwester; L1920–1921 Leiterin des Landeswohlfahrtsamts in Neustrelitz; Wohnort: Neustrelitz.

Peters, Richard

Mitglied der Verfassunggebenden Versammlung, des Ersten, Zweiten und Vierten Ordentlichen Landtages; geb. 16.1.1889 in Klocksdorf; Beruf: Lehrer; 1923 KPD; 1923 und 1927 Parlamentarisches Mitglied des Staatsrates in Mecklenburg-Strelitz; Wohnort: Herrnburg.

Pressentin, Johannes

Mitglied des Dritten Ordentlichen Landtages; Beruf: Forstarbeiter; Wohnort: Priebert b. Fürstenberg.

Ramin, Ferdinand

Mitglied des Fünften Ordentlichen Landtages; geb. am 4.7.1891; gest. am 28.9.1960; 1928–1932 Maurer und Stadtverordneter in Friedland und Wusterhausen; 1944 Verhaftung und KZ.

Rechlin, Johannes

Mitglied des Ersten Ordentlichen Landtages; geb. am 21.8.1871 in Feldberg; gest. am 9.4.1943 in Schönbeck; Beruf: Büdner und Tischlermeister; Wohnort: Schönbeck.

Reibnitz, Kurt Freiherr von (Dr. jur. et phil.)

Mitglied des Dritten Ordentlichen Landtages; geb. am 12.11.1877 in Kiel; gest. am 26.6.1937 in Königsberg; Gymnasium in Berlin; 1897–1902 Studium; 1918 SPD; 1912–1913 Deutsche Botschaft in Washington; 1914–1918 Landrat des Kreises Falkenberg; 1919 Ministerialdirektor; 1919–1923 Vorsitzender des Staatsministeriums; 1923–1928 Schriftsteller in Berlin; 1928–1932 geschäftsführender Staatsminister und Vorsitzender des Staatsrats.

Rhode, Karl

Mitglied des Ersten Ordentlichen Landtages; geb. am 13.4.1858 in Mirow; Beruf: Drechsler; Wohnort: Neustrelitz.

Rosenberg, Ernst

Mitglied der Verfassungsgebenden Versammlung und des Ersten Ordentlichen Landtages; geb. 20.8.1884 in Neustrelitz; Beruf: Amtsgerichtsprotokollant; Wohnort: Mirow.

Rothhand, Max

Mitglied des Sechsten und Siebten Ordentlichen Landtages; geb. 21.8.1887 in Friedland; Angestellter des Landarbeiterverbandes und Stadtverordneter von Friedland; Wohnort: Friedland.

Salow, Else

Mitglied des Dritten und Vierten Ordentlichen Landtages; Hausfrau in Neubrandenburg; 1926 Austritt aus der SPD-Landtagsfraktion; Wohnort: Neubrandenburg.

Schleiß, Heinrich

Mitglied der Verfassungsgebenden Versammlung und des Ersten, Zweiten und Dritten Ordentlichen Landtages; geb. 4.7.1850 in Göttingen; Beruf: Buchhändler; Wohnort: Neubrandenburg.

Schmidt, Wilhelm

Mitglied der Verfassunggebenden Versammlung, des Ersten bis 7. Landtages; geb. 5.9.1877 in Hamburg; Arbeiter und Bündner in Herrnburg; Gemeindevertreter und Gemeindevorsteher in Herrnburg; 1929–1931 Parlamentarisches Mitglied des Staatsrats in Mecklenburg-Strelitz; Wohnort: Herrnburg.

Schulze, Adolf

Mitglied der Verfassunggebenden Versammlung; geb. 19.7.1872 in Rechlin; Volksschule; 1891–1897 Vorbereitungs- und Probedienst für den Lehrerberuf sowie Lehrerseminar in Neukloster und Lübtheen; 1897–1935 Volksschullehrer.

Schwarzer, Friedrich

Mitglied des Fünften und Sechsten Ordentlichen Landtages; 1927–1928 städtischer Angestellter; 1928–1932 besoldeter Stadtrat in Neubrandenburg; 1927–1932 Sekretär der SPD-Landtagsfraktion.

Sengpiel, Wilhelm

Mitglied des Zweiten, Dritten, Fünften und Sechsten Ordentlichen Landtages; 1920–1932 Herrenschnneider in Fürstenberg; 1920 USPD; 1922 erneut SPD 1927–1932 Stadtrat in Fürstenberg.

Siegemund, Karl

Mitglied des Dritten bis Siebten Ordentlichen Landtages; Formerlehre; 1914–1915 Vorsitzender des Gewerkschaftskartells in Friedland; 1923–1927 Arbeitsnachweisverwalter; Wohnort: Friedland.

Siemß, Elise

Mitglied der Verfassunggebenden Versammlung; geb. 20.4.1876 in Sülze; Superintendurexamen in Magdeburg; 1919–1922 Hilfslehrerin in Alt-Strelitz; Wohnort: Alt-Strelitz.

Stechow, Franz

Mitglied der Verfassunggebenden Versammlung; geb. 7.2.1879; in Neustrelitz; Beruf: Lagerverwalter; Wohnort: Woldegk.

Tensfeldt, Gustav

Mitglied der Verfassunggebenden Versammlung sowie Erster und Zweiter Ordentlicher Landtag; geb. 11.11.1880 in Neumünster; Mittelschule in Neumünster; 1900–1902 Militärdienst; 1902–1922 im Mecklenburg-Strelitzschen Staatsdienst; Beruf: Landdrost u. Siedlungsbeamter; 1920 Landdrost des Amtes Strelitz; 1922 Ruhestand aus gesundheitlichen Gründen. Verzug nach Berlin.

Tischer, Hermann

Mitglied des Sechsten und Siebten Ordentlichen Landtages; geb. 1.4.1878; in Altlobau; Beruf: Metallschläger; 1910–1914 Wahlkreisassistent der SPD in

Strelitz; 1919–1933 Kreisleiter des Landarbeiterverbandes in Strelitz; 1919–1927 Vorsitzender des ADGB-Ortsausschusses in Strelitz 1926–1932 Stadtverordneter in Strelitz-Alt.

Toerper, Wilhelm

Mitglied der Verfassungsgebenden Versammlung und des Sechsten und Landtages; geb. 12.10.1876 in Carlow; 1906–1933 Tischler in Schönberg; 1906–1907 Vorsitzender des Gewerkschaftskartells in Schönberg; 1932 stellvertretendes Mitglied des Bezirksverwaltungsgerichtes.

Ulm, Wilhelm

Mitglied des Zweiten bis Dritten Ordentlichen Landtages; geb. 2.7.1877 in Nixdorf; Metallarbeiter; 1909–1913 Angestellter des Metallarbeiterverbandes in Berlin; 1913–1914 Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes in Eberswalde; 1920–1921 besoldeter Stadtrat in Neubrandenburg; 1921–1931 Landrat des Amtes Stargard; 1920–1923 Vizepräsident des Landtages; 1923–1927 Parlamentarisches Mitglied des Staatsrates.

5.3 Provinziallandtag von Pommern

Der Provinziallandtag war das Legislativorgan einer preußischen Provinz. Der erste, die ganze Provinz umfassende Provinziallandtag des Ständischen Verbandes von Pommern trat am 3. Oktober 1824 in Stettin zusammen, der letzte (20) tagte vom 5. Oktober bis 9. Oktober 1873. Den Vorsitz in diesen Landtagen führte ein vom König ernannter Landtagsmarschall; die Tagungen fanden im landständischen Haus zu Stettin statt. Den ersten, nach der neuen Provinzialordnung vom 29. Juni 1875 gewählten Provinziallandtag von Pommern tagt am 3.1.1876 in Stettin.

Als Folge der Novemberrevolution bestimmte das Wahlgesetz vom 3. Dezember 1920 die Wahl des Provinziallandtages nach den Grundsätzen des Verhältniswahl. Die Abgeordneten – Männer und Frauen – in den Stadtkreisen von der Stadtverordnetenversammlung bzw. vom Bürgerschaftlichen Kollegium und in den Landkreisen von den Kreistagen gewählt wurden. Ab 1925 wurden die Abgeordneten des Provinziallandtages von den Wahlberechtigten entsprechend der Wahlgesetzgebung der Weimarer Republik in den Wahlkreisen der Provinziallandtagswahl gewählt. Sozialdemokraten waren in den Provinziallandtagen wie folgt vertreten: 1921 = 21 Mandate; 1925 = 20 Mandate; 1929 = 24 Mandate; 1933 = 13 Mandate.

5.4 Sozialdemokratische Mitglieder des Provinziallandtages Pommern 1919–1933

Anstötz, ?

Mandat 1933; geb. ?; Wohnort Stettin; Beruf Gewerkschaftssekretär.

Becker, ?

Mandat 1930–1932; geb. am 17.9.1886; Beruf Lehrer; Wohnort Stolp.

Beckmann, Fritz

Mandat 1921–1925; geb. am 20.4.1889; Beruf Drechsler; Wohnort Gollnow.

Berneike, Ernst

Mandat 1930–1932; geb. 4.5.1891; Beruf Bezirkssekretär, Angestellter; Wohnort Köslin.

Borchert, Willy

Mandat 1921–1925; geb. 30.6.1883; Beruf Lehrer; Wohnort Stettin.

Bülow, Albert

Mandat 1920–1925; geb. 22.6.1883; Beruf Landrat; Wohnort Franzburg.

Burmann, Ulrich

Mandat 1920; geb. ?; Beruf Polizeidirektor, Wohnort Greifswald.

Dittmann, Herrmann

Mandat 1920–1932; geb. 3.3.1877; Beruf Nebenstellenleiter; Wohnort Pölitz.

Donath, ?

Mandat 1930–1932; geb. 27.4.1869; Beruf Rechtsagent; Wohnort Stargard.

Falkenberg, Richard

Mandat 1920–1929; geb. 23.12.1875; Beruf Gewerkschaftsangestellter; Wohnort Stettin.

Freese, Walter

Mandat 1933; geb. 21.4.1905 in Greifswald; gest. 24.1.1980 in Greifswald; Beruf Mechaniker, Landrat; Wohnort Greifswald, Stralsund.

Firzlaff, Theodor

Mandat; 1925; geb. 7.6.1867; Beruf ?; Wohnort Groß-Jestin, Kolberg-Körlin.

Gehrke, Anna

Mandat 1926–1927; geb. 12.9.1894; Beruf Hausfrau; Wohnort Köslin.

Gehrke, Ernst

Mandat 1921; geb. ?; Beruf Parteisekretär; Wohnort Stralsund.

Glende, Johannes

Mandat 1921–1925; geb. 18.2.1880; Beruf Lehrer; Wohnort Stolp.

Goebel, Wilhelm

Mandat 1920; geb. 18.6.1865; Beruf Gewerkschaftsangestellter; Wohnort Stralsund.

Göldner, ?

Mandat 1932; geb. 12.7.1895; Beruf Lagerhalter; Wohnort Demmin.

Großkopf, Wilhelm

Mandat 1933; geb. ?; Beruf Angestellter; Wohnort Pasewalk.

Hanisch, Alois

Mandat 1921–1932; geb. 9.1.1853; Beruf; Stadtrat; Wohnort Stettin.

Heinrich, Otto

Mandat 1923; geb. 21.12.1882; Beruf Arbeitersekretär; Wohnort Stettin-Züllchow.

Heling, Ewald

Mandat 1926–1929; geb. 13.1.1882; Beruf Ratsherr; Wohnort Barth.

Hoffmann, Wilhelm

Mandat 1921–1928; geb. 18.5.1881; Beruf Lagerhalter/Stadtrat, Wohnort Neustettin.

Höfs, Else

Mandat 1930–1932; geb. 2.9.1876 in Berlin; gest. 4.12.1946 in Stralsund; Beruf Hausfrau/Parteiarbeiterin; Wohnort Stettin/Stralsund.

Hunger, ?

Mandat 1920; geb. 1.11.1875; Beruf Landrat; Wohnort Swinemünde.

Kielmann, Wilhelm

Mandat 1930–1932; geb. 26.6.1895; Beruf Lehrer/Rektor; Wohnort Swinemünde.

Kirchmann, Karl

Mandat 1923–1925; geb. 15.8.1885 in Hannover; gest. 3.2.1967 in Stralsund; Beruf Arbeitersekretär; Wohnort Stettin/Stralsund.

Klabunde, Karl

Mandat 1921–1923; geb. 25.3.1890; Beruf Angestellter; Wohnort Körlin.

Klütz, Franz

Mandat 1926–1933; geb. 26.11.1883; Beruf Bezirksparteisekretär; Wohnort Stettin.

Knappe, ?

Mandat 1920; geb. 23.12.1863; Beruf Tischlermeister; Wohnort Stettin.

König, Franz

Mandat 1926–1929; geb. 1.7.1855; Beruf Klempnermeister; Wohnort Gollnow.

Kortüm, Otto

Mandat 1926–1932; geb. 11.11.1891 in Hohenmocken; gest. 31.7.1966 in Hamburg; Beruf Steuerinspektor/Oberbürgermeister; Wohnort Stralsund/Hamburg.

Krätschmann, Karl

Mandat 1921–1925; geb. 20.7. 1875; Beruf Stadtsekretär, Wohnort Labes.

Ladendorf, Friedrich

Mandat 1930–1932; geb. 11.1.1873; Beruf Hausmeister; Wohnort Barth.

Leddin, Bruno

Mandat 1928–1933; geb. 17.2.1898; Beruf Kreisleiter des Deutschen Landarbeitersverbandes; Wohnort Stolp.

Lemke, Paul

Mandat 1921–1925; geb. 28.8.1894; Beruf Gemeindevorsteher; Wohnort Alt-Kuddezow, Kr. Schlawe.

Lotz, Hermann

Mandat 1921–1933; geb. 12.7.1865; Beruf Landrat; Wohnort Köslin.

Mainzer, Rudolf

Mandat 1921–1930; geb. 10.4.1882; Beruf ?; Wohnort Saßnitz.

Neumann, Otto

Mandat 1920; geb. 5.12.1869; Beruf Ratsherr; Wohnort Stralsund.

Ostwald, Richard

Mandat 1926–1933; geb. 25.2.1882; Beruf Angestellter; Wohnort Kolberg.

Pargmann, Wilhelm

Mandat 1921–1933; geb. 20.2.1884; Beruf Verlagsdirektor; Wohnort Stettin.

Partsch, Richard

Mandat 1920; geb. 15.11.1881; Beruf Angestellter; Wohnort Köslin.

Passehl, Otto

Mandat 1920–1933; geb. 5.7.1874; Beruf Schriftsteller; Wohnort Buchholz, Krs. Greifenhagen.

Raschert, Walter

Mandat 1920–1932; geb. 5.4.1886; Beruf Rektor/Lehrer; Wohnort Kolberg.

Rheinländer, ?

Mandat 1926–1929; geb. 28.6.1886; Beruf Maschinenmeister; Wohnort Swinemünde.

Rosenkranz, Artur

Mandat 1926–1929; geb. 16.9.1879; Beruf Landwirt; Wohnort Friedensdorf, Kr. Schlawe.

Sankowski, ?

Mandat 1930–1932; geb. 5.3.1893; Beruf Arbeiter; Wohnort Cammin.

Scheibe, Albert

Mandat 1921–1929; geb. 2.1.1891; Beruf Bäckermeister; Wohnort Belgard.

Schmalfeldt, ?

Mandat 1926–1929; geb. 16.7.1893; Beruf Angestellter; Wohnort Stettin.

Schmüser, Franz

Mandat 1930–1932; geb. 30.10.1898; Beruf Gastwirt, Kreisleiter des DLV; Wohnort Grimmen.

Schröder, Julius

Mandat 1920; geb. 8.7.1873; Beruf Segelmacher; Wohnort Greifswald.

Schuhart, Max

Mandat 1921–1932; geb. 3.9.1890; Beruf Gewerkschaftssekretär; Wohnort Pasewalk.

Schumann, Gustav

Mandat 1921–1925; geb. 16.10.1879; Beruf Redakteur; Wohnort Stettin.

Seegebrecht, Fr.-W. (Friedrich-Wilhelm ?)

Mandat 1920, 1930–1933; geb. 14.7.1884, Beruf Buchhalter; Wohnort Anklam.

Storch, Franz

Mandat 1920; geb. 3.8.1863; Beruf Landrat; Wohnort Ückermünde.

Streufert, August

Mandat 1930 u. 1933; geb. 5.8.1887 in Negast; gest. 27.12.1944 in Neuengamme; Beruf Tischler/Abteilungsleiter; Wohnort Stralsund.

Stülpner, ?

Mandat 1923–1925; geb. 27.1.1883; Beruf Angestellter; Wohnort Stolp.

Thurrow, Fritz

Mandat 1930–1933; geb. 10.7.1891; Beruf Lehrer; Wohnort Neustettin.

Ücker, Emil

Mandat 1922–1925; geb. 25.4.1888; Beruf Kreisleiter; Wohnort Stettin.

Ullmann, ?

Mandat 1930–1932; geb. 21.6.1895; Beruf Hausfrau; Wohnort Greifenhagen.

Wiesenhütter, Robert

Mandat 1921–1925; geb. 13.6.1878; Beruf Gauleiter; Wohnort Stettin.

Wilke, Hermann

Mandat 1923–1933; geb. 7.1.1895; Beruf Stadtrat/Parteisekretär; Wohnort Stettin.

Wüsthoff, Wilhelm

Mandat 1922–1925; geb. 3.12.1891; Beruf Maurer; Wohnort Jarmen.

Zabel, Artur

Mandat 1930–1932; geb. 14.9.1891; Beruf Bezirksleiter; Wohnort Stettin.

Zorn, Rudolf

Mandat 19212; geb. ?; Beruf Postsekretär; Wohnort Demmin.

Quellen:

- Biographische Angaben in den Landtagsveröffentlichungen des Statistischen Amtes Mecklenburg-Schwerin
- Helge Bei der Wieden. Die mecklenburgischen Regierungen und Minister 1918–1952. Köln/Wien 1977. Bd. 1.
- Heinz Koch. Funktion und Entwicklung des bürgerlichen Parlamentarismus in Mecklenburg-Schwerin 1917–1923. A.a.O., Bd. 2.
- Grete Grewolls. Wer war wer in Mecklenburg-Vorpommern? Bremen/Rostock 1995.
- Martin Schumacher. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Düsseldorf 1994.

- Wilhelm Heinz Schröder. Sozialdemokratische Parlamentarier in den Deutschen Reichs- und Landtagen 1867–1933. Ein Handbuch. Düsseldorf 1995.
- Bericht über Parteitage der SPD Pommern, Volksbote v. 23.12.1918, 23. u. 24.8.1921, Greifswalder Volkszeitung v. 8.10.1929, 11.8.1930, 7.2.1933.
- LAG Rep.60 Akten 475–481
- Die Selbstverwaltung der Provinz Pommern, in: Zeitschrift für Kommunalwirtschaft, Jg. 21, Nr. 12 vom 25. 06.1931, S.644ff.

5.5 Sozialdemokratische Mitglieder des Landtages Mecklenburg-Vorpommern und des Deutschen Bundestages aus Mecklenburg-Vorpommern 1990–2002*

Dr. Backhaus, Till

1.–3. Landtag 1990–2002, geb. am 13. März 1959 in Neuhaus/Elbe, Dipl.agr. ing., 1990 Mitglied der letzten Volkskammer der DDR, seit 1998 Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Baunach, Norbert

2.–3. Landtag 1998–2002, geb. am 11. Oktober 1950 in Rostock, Lehrer

Beckmann, Rainer

1.–2. Landtag 1990–1998, geb. am 8. August 1948 in Grube, Dipl. ing

Beyer, Heidemarie

1.–3. Landtag 1990–2002, geb. am 2. Januar 1949 in Steinbach-Hallenberg, Sozialpädagogin

Borchert, Rudolf

3. Landtag 1998–2002, geb. am 4. Januar 1952 in Waren/Müritz, Lehrer

Braun, Hans-Joachim

1. Landtag 1990–1994, geb. am 28. November 1950 in Neubrandenburg, Lehrer

Braune, Tilo

1. Landtag 1990–1994, Dt. Bundestag 1994–1998, geb. am 11. August 1954 in Rochlitz, Arzt

Bräunig, Erhard

3. Landtag 1998–2002, geb. am 16. November 1945 in Korgau

Bresemann, Karin

1. Landtag 1990–1994, geb. am 19. Januar 1950 in Rostock, Krankenschwester

Bretschneider, Sylvia

2.–3. Landtag 1998–2002, geb. am 14. November 1960 in Waren, Lehrerin

* Nur Mitgliedschaften abgelaufener Legislaturperioden

Csallner, Jürgen

1. Landtag 1990–1994, geb. am 20. August 1943 in Schöneiche, Gaststättenleiter, ausgeschieden im Mai 1991

Dankert, Reinhard

2.–3. Landtag 1998–2002, geb. am 27. Oktober 1951 in Rostock, Dipl.-Ing.

Deichmann, Christel

Dt. Bundestag 1994–2002, geb. am 29. August 1941 in Holthusen b. Schwerin, Dipl.-Ing.

Prof. Dr. Eggert, Rolf

1.–3. Landtag 1990–2002, geb. am 28. Dezember 1944 in Krembz, Dipl.-Ing., 1994–1998 Justizminister, 1998 Wirtschaftsminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Friese, Siegfried

1.–3. Landtag 1990–2002, geb. am 2. September 1943 in Prenzlau, Dramaturg

Gerloff, Claus

1.–3. Landtag 1990–2002, geb. am 1. Dezember 1939 in Rostock, Dipl.-Ing.

Hacker, Hans-Joachim

Dt. Bundestag 1990–2002, geb. am 10. Oktober 1949 in Mahlow, Rechtsanwalt,

Hempel, Frank

Dt. Bundestag 1998–2002, geb. am 26. August 1959 in Neustrelitz, Bauingenieur

Herold, Inge

2. Landtag 1994–1998, geb. am 20. Februar 1941 in Frankenberg, Lehrerin

Hoffmann, Iris

Dt. Bundestag 1998–2002, geb. am 29. Juni 1963 in Rostock, Diplombetriebswirtin

Hoppe, Eberhard

1. Landtag 1990–1994, geb. am 15. Oktober 1948 in Lehndorf, Musiker

Dr. Janzen, Ulrich

Dt. Bundestag 1990–1994, geb. am 8. Oktober 1930 in Bergen/Rügen, Architekt

Prof. Dr. Kauffold, Peter

1. Landtag 1990–1994, geb. am 19. August 1937 in Magdeburg, Dipl. Biologe, 1990 Mitglied der letzten Volkskammer der DDR, 1998–2002 Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Keler, Sigrid

1.–3. Landtag 1990–2002, geb. am 26. Mai 1942 in Herrnsdorf/Schlesien, Dipl. Wirtschaftlerin, seit Mai 1996 Finanzministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Dr. Klostermann, Henning

1.–3. Landtag 1990–2002, geb. am 3. April 1938 in Sondershausen, Dipl. Geograph

Dr. Körner, Klaus-Michael

3. Landtag 1998–2002, geb. am 27. November 1952 in Cottbus, Theologe, 1990–1994 Landrat des Landkreises Neustrelitz

Kuessner, Hinrich

Dt. Bundestag 1990–1994, 2.–3. Landtag 1998–2002, geb. am 29. April 1943 in Gerdauen, Theologe, 1990 Mitglied der letzten Volkskammer der DDR, 1994–1998 Sozialminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern, 1998–2002 Präsident des Landtages

Lohmann, Götz-Peter

Dt. Bundestag 1998–2002, geb. am 29. Juni 1942 in Barby, Diplompsychologe

Dr. Lucyga, Christine

Dt. Bundestag, 12. bis 14. WP, geb. am 6. April 1944 in Kolberg (Pommern), Lit. wissenschaftlerin

Mahr, Beate

2.–3. Landtag 1998–2002, geb. am 1. Januar 1950 in Halberstadt, Industriekauffrau

Manzewski, Dirk

Dt. Bundestag, 14. WP, geb. am 11. Juli 1960 in Kiel, Richter am Landgericht a. D.

Monegel, Hannelore

3. Landtag 1998–2002, geb. am 11. März 1949 in Teterow, Lehrerin

Müller, Detlef

3. Landtag 1998–2002, geb. am 6. August 1955 in Stendal, Staatswissenschaftler

Müller, Heinz

3. Landtag 1998–2002, geb. am 1. Mai 1954 in Essen, Lehrer, Landesgeschäftsführer der SGK

Peters, Angelika

2.–3. Landtag 1998–2002, geb. am 1. April 1946 in Silberberg, Erzieherin

Polzin, Heike

3. Landtag 1998–2002, geb. am 27. Dezember 1955 in Wismar, Lehrerin

Dr. Ringstorff, Harald

1.–3. Landtag 1990–2002, geb. am 25. September 1939 in Wittenburg, Dipl. Chemiker, 1990 – April 2003 Vorsitzender des SPD-Landesverbandes, 1994–1996 Minister für Wirtschaft und Angelegenheiten der Europäischen Union, seit 3. November Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern,

Dr. Rissmann, Manfred

1.–3. Landtag 1990–2002, geb. am 5. Oktober 1939 in Hüttenrode, Arzt, 1. Vizepräsident des Landtages

Schier, Klaus

3. Landtag 1998–2002, geb. am 14. Mai 1952 in Mirow

Schildt, Ute

3. Landtag 1998–2002, geb. am 27. Januar 1957 in Greifswald, Dipl. Chemikerin

Schlotmann, Volker

2.–3. Landtag 1998–2002, geb. am 19. Oktober 1956 in Duisburg, Gewerkschaftssekretär, Landesbezirksleiter der GGLF

Schnell, Gerlinde

1.–2. Landtag 1990–1998, geb. am 20. Juli 1942 in Steinbeck, Lehrerin

Schriever, Ralf

2. Landtag 1994–1998, geb. am 16. Juni 1951 in Rerik, Schiffbauer

Dr. Seemann, Margret

3. Landtag 1998–2002, geb. am 19. Dezember 1961 in Wittenburg, Lehrerin

Staszak, Karla

2.–3. Landtag 1998–2002, geb. am 3. Juli 1941 in Leipzig, Lehrerin, 1994–2002 Parlamentarische Staatssekretärin in, Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte der Landesregierung

Stolt, Horst

1. Landtag 1990–1994, geb. am 12. April 1933 in Feldberg, Lehrer

Thomas, Reinhardt

1. Landtag 1990–1994, geb. am 1. Mai 1946 in Großbörner, Maschinenbauer, Juni 2002 Austritt aus der SPD, Wechsel zur CDU

Völker, Neithardt

1.–2. Landtag 1990–1998geb. am 16. Mai 1933 in Tannhausen, Lehrer

Willhöft, Joachim

1. Landtag 1990–1994, geb. am 13. April 1941 in Ludwigslust, Dipl.-Ing.

6. Wahlergebnisse, Parteitage, Mitgliederbewegung

6.1 Reichs- und Landtagswahlen in Mecklenburg-Schwerin 1871–1933

Land/ Reich	Wahltag	Gültige Stimmen insgesamt	Wahl- beteili- gung v.H.		Sozialdemo- krische Stimmen		Mandate		
					abs.	v.H.	total abs.	sozialdemokr.	
								abs.	v.H.
Reich	03.03.1871	73801	65,2	L*	478	0,7	6		
Reich	10.01.1874	81483	70,7	L	4056	5,0	6		
Reich	10.01.1877	92867	77,1		7622	8,2	6		
Reich	30.07.1878	80144	65,3		1985	2,5	6		
Reich	27.10.1881	76294	63,1		1039	1,4	6		
Reich	28.10.1884	76778	62,0		2419	3,1	6		
Reich	21.02.1887	100151	78,9		5653	5,6	6		
Reich	21.02.1890	100450	80,3		26584	26,4	6		
Reich	15.06.1893	102974	78,0		28930	28,1	6		
Reich	16.06.1898	110042	78,6		42068	38,2	6	1	16,7
Reich	16.06.1903	120590	83,8		49778	41,3	6	1	16,7
Reich	25.01.1907	129075	88,4		44271	34,3	6		
Reich	12.01.1912	134355	90,1		50210	37,4	6	1	16,7
Reich	19.01.1919	326875	83,0	S*	156674	47,9			
Land	26.01.1919	302773	77,0	S	144907	47,9	64	32	50,0
Reich	06.06.1920	341120	86,7	M*	119972	35,2			
				U*	35894	10,5			
				S	155866	45,7			
Land	13.06.1920	319650	83,7	M	127612	39,9	64	26	40,6
				U	24455			5	7,8
				S	152067	47,6		31	48,4
Land	13.03.1921	330555	85,1	M	137971	41,7	67	28	41,8
				U	2635	0,8		0	0
				S	140606	42,5		28	41,8
Land	17.02.1924	328993	81,6		74924	22,8	64	15	23,4
Reich	04.05.1924	319549	78,4		81266	25,4			
Reich	07.12.1924	330617	80,6		108526	32,8			
Land	06.06.1926	279209	69,4		111404	39,9	50	20	40,0
Land	22.05.1927	311093	76,1		126743	40,7	52	21	40,4
Reich	20.05.1928	327677	77,3		134133	40,9			
Land	23.06.1929	314403	74,5		120570	38,3	51	20	39,2
Reich	14.09.1930	358169	81,6		124922	34,9			
Land	09.06.1932	361556	80,3		108361	30,0	59	18	30,5
Reich	31.07.1932	393714	83,1		117081	29,7			

Land/ Reich	Wahltag	Gültige Stimmen insgesamt	Wahl- beteili- gung v.H.	Sozialdemo- kristische Stimmen		Mandate		
				abs.	v.H.	total abs.	sozialdemokr.	
							abs.	v.H.
Reich	06.11.1932	374093	81,4	109539	29,3			
Reich	05.03.1933	406512	88,5	99645	24,5			

* L = Lassalleaner,

M = (Mehrheits)Sozialdemokratische Partei Deutschlands (1917–1922);

S = Fraktion der Sozialdemokraten,

U = USPD

6.2 Reichs- und Landtagswahlen in Mecklenburg-Strelitz 1871–1933

Land/ Reich	Wahltag	Gültige Stimmen insgesamt	Wahl- beteili- gung v.H.	Sozialdemo- kратische Stimmen		Mandate		
				abs.	v.H.	total abs.	sozialdemokr.	
							abs.	v.H.
Reich	03.03.1871	13997	71,6			1		
Reich	10.01.1874	14406	73,3			1		
Reich	10.01.1877	15938	75,9		241 1,5	1		
Reich	30.07.1878	15048	71,2		85 0,6	1		
Reich	27.10.1881	13941	66,6			1		
Reich	28.10.1884	12743	61,6		47 0,4	1		
Reich	21.02.1887	11229	55,5		268 2,4	1		
Reich	21.02.1890	15569	73,0		1687 10,8	1		
Reich	15.06.1893	16625	74,7		3300 19,8	1		
Reich	16.06.1898	16794	72,8		4872 29,0	1		
Reich	16.06.1903	18675	79,8		6366 34,1	1		
Reich	25.01.1907	20283	85,7		6059 29,9	1		
Reich	12.01.1912	21129	85,9		6492 30,7	1		
Land	15.12.1918	47286	74,0	S	23745 50,2	42	21	50,0
Reich	19.01.1919	51819	81,0	S	25400 49,0			
Land	30.03.1919	47778	75,0	S	23240 48,6	35	18	51,4
Land	16.05.1919	53643	86,6	M	23008 42,9	35	15	42,9
				U	2255 4,2		1	2,8
				S	25263 47,1	16	16	47,1
Reich	06.06.1920	56701	88,8	M	20733 36,6			
				U	4474 7,9			
				S	25207 44,5			
Land	08.07.1923	50573	76,0		11456 22,7	35	8	22,9
Reich	04.05.1924	55527	83,6		11304 20,4			
Reich	07.12.1924	54585	81,4		18189 33,3			
Land	03.07.1927	45734	68,8		15306 33,5	35	12	34,3
Land	29.01.1928	51137	76,2		19366 37,9	35	13	37,1
Reich	20.05.1928	50034	74,1		20042 39,7			
Reich	14.09.1930	56839	80,8		15807 27,8			
Land	13.03.1932	59665	86,4		16074 26,9	35	10	28,6
Reich	31.07.1932	62831	81,0		18782 29,9			
Reich	06.11.1932	58627	80,3		16332 27,9			
Reich	05.03.1933	63374	87,0		14307 22,6			

Grundzüge des Landtagswahlrechts

1871–1918: Die beiden Mecklenburgischen Großherzogtümer bildeten verfassungsrechtlich bis 1918 erbliche, durch Stände beschränkte Monarchien und blieben schließlich die einzigen deutschen Bundesstaaten ohne konstitutionelle Verfassung. Gemäß dem Landesgrundgesetzlichen Erbvergleich vom 18.4.1755 bildeten die Ritterschaft und die Landschaft beider Staaten eine gemeinsame Körperschaft, den ständischen Landtag, die vor allem in Steuer-sachen ein Mitentscheidungsrecht besaßen. Einen Landtag, der wie in der konstitutionellen Monarchie an Gesetzgebung und Budgetfeststellung beteiligt gewesen wäre, gab es bis 1918 nicht.

1918/19: Der verfassungsgebende Landtag von Mecklenburg-Schwerin umfasst 64 Abgeordnete, der von Mecklenburg-Strelitz 42 Abgeordnete. Die Abgeordneten werden in gleicher, geheimer, direkter und allgemeiner Wahl nach dem Verhältniswahlssystem gewählt. Wahlberechtigt sind alle Männer und Frauen über 20 Jahre, die im Land ihren Wohnsitz haben und die jeweilige Staatsangehörigkeit besitzen.

1920–1933: Der Landtag besteht aus einer Kammer. Der Mecklenburg-Schwerinsche Landtag umfasst wie auch der Mecklenburg-Strelitzer Landtag eine unterschiedliche Zahl von Abgeordneten je nach Festlegung im Wahlgesetz. Die Mandatsdauer beträgt in Schwerin 3 und in Strelitz 4 Jahre.

6.3 Reichs- und Landtagswahlen in Preußen 1871–1933

Land/ Reich	Wahltag	Gültige Stimmen insgesamt	Wahl- beteili- gung v.H.		Sozialdemo- kratische Stimmen		Mandate		
					abs.	v.H.	total abs.	sozialdemokr.	
								abs.	v.H.
Reich	03.03.1871		48,7	L	46312		236		
				E	2544				
				S	48856	2,8			
Reich	10.01.1874		58,9	L	130030		236	3	1,3
				E	23919				
				S	153949	4,6		3	1,3
Reich	10.01.1877		58,0		222180	7,3	236	4	1,7
Reich	30.07.1878		64,7		200452	5,7	236	3	1,3
Reich	27.10.1881		58,4			4,2	236	4	1,7
Reich	28.10.1884		61,5		259577	7,5	236	10	4,2
Reich	21.02.1887		77,3		393635	8,7	236	8	3,4
Reich	21.02.1890		71,2		757412	17,4	236	15	6,4
Reich	15.06.1893		72,7		963307	20,7	236	22	9,3
Reich	16.06.1898	4723546	68,4		1141958	24,2	236	20	8,5
Land	27.10.1898		18,4			2,3	433		
Reich	16.06.1903		75,5		1649960	28,7	236	32	13,6
Land	20.11.1903		23,6			18,8	433		
Reich	25.01.1907	6881586	84,5		1816959	26,4	236	20	8,5
Land	03.06.1908		32,8			23,9	443	7	1,6
Reich	12.01.1912	7487102	84,5		2407316	32,1	236	51	21,6
Land	16.05.1913		32,7			28,4	443	10	2,3
Reich	19.01.1919	18924361		M	6966202	36,8			
				U	1484961	7,9			
				S	8453163	44,7			
Land	26.01.1919	17269350	74,8	M	6278291	36,4	401	145	36,1
				U	1280803	7,4		24	6,0
				S	7559094	43,8		169	42,1
Reich	06.06.1920	15231427	80,4	M	3262617	21,4			
				U	2992922	19,7			
				S	6265539	42,1			
Land	20.02.1921	16357755	77,4	M	4295302	26,3	428	114	26,6
				U	1076498	6,5		28	6,5
				S	5371800	32,8		142	33,1
Land	1921/1922	16902210	76,8	M	4376166	25,9	421	109	25,9
(>NW	19.11.1922)			U	1077686	6,4		27	6,4
				S	5453852	32,3		136	32,3
Reich	04.05.1924	18169900	78,8		3401603	18,7			
Land	07.12.1924	18380285	78,6		4575645	24,9	450	114	25,3

Land/ Reich	Wahltag	Gültige Stimmen insgesamt	Wahl- beteili- gung v.H.	Sozialdemo- kratische Stimmen		Mandate		
				abs.	v.H.	total abs.	sozialdemokr.	
							abs.	v.H.
Reich	07.12.1924	18476400	78,6	4595799	25,3			
Land	20.05.1928	18842523	76,4	5464767	29,0	450	136	30,2
Reich	20.05.1928	18974284	76,4	5501663	29,0			
Reich	14.09.1930	21498471	82,2	4989471	23,2			
Land	24.04.1932	22065427	82,1	4675173	21,2	423	94	22,2
Reich	31.07.1932	22622027	84,3	4711725	20,8			
Reich	06.11.1932	21840878	80,9	4273747	19,6			
Land	05.03.1933	23855838	88,7	3961514	16,6	476	83	17,4
Reich	05.03.1933	24063727	88,7	4093761	17,0			

Quelle:

Wilhelm Heinz Schröder. Sozialdemokratische Parlamentarier in den Deutschen Reichs- und Landtagen 1867–1933. Ein Handbuch. Düsseldorf 1995.

6.4 Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern 1990–1998

1. Landtag 14. Oktober 1990 *						
Zahl der Wahlberechtigten	1 417 861					
Zahl der Wähler	918 210					
Wahlbeteiligung	64,8 %					
Es entfallen auf	Erststimmen		Sitze	Zweitstimmen		Sitze
	Anzahl	%		Anzahl	%	
CDU	346 125	39,1	29	340 134	38,3	-
SPD	223 229	25,2	4	239 872	27,0	17
PDS	143 782	16,2		139 612	15,7	12
FDP	48284	5,5		48 669	5,5	4

2. Landtag 14. Oktober 1994						
Zahl der Wahlberechtigten	1 376 877					
Zahl der Wähler	1 003 116					
Wahlbeteiligung	72,9 %					
Es entfallen auf	Erststimmen		Sitze	Zweitstimmen		Sitze
	Anzahl	%		Anzahl	%	
CDU	385 260	39,5	28	386 206	37,7	2
SPD	292 714	30,0	7	288 431	29,5	16
PDS	231 353	23,7	1	221 814	22,7	17

3. Landtag 27. September 1998						
Zahl der Wahlberechtigten	1 404 550					
Zahl der Wähler	1 115 630					
Wahlbeteiligung	79,4 %					
Es entfallen auf	Erststimmen		Sitze	Zweitstimmen		Sitze
	Anzahl	%		Anzahl	%	
CDU	346 581	32,3	14	327 948	30,2	10
SPD	392 774	36,6	20	371 885	34,3	7
PDS	273 681	25,5	2	264 299	24,4	18

* Quelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern

6.5 Sozialdemokratische Parteitage des Bezirkes Mecklenburg/Lübeck

1. 19. und 20. April 1892 in Lübeck
2. 01. und 02. Januar 1894 in Lübeck
3. 1896 bis 1906 nicht belegt (Es kann mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, dass jährlich Parteitage in Lübeck stattfanden)
4. 20. und 21. Oktober 1907 in Lübeck
5. 24. und 25. Oktober 1905 in Schwerin
6. 23. und 24. Oktober 1910 in Wismar
7. 22. und 23. Oktober 1911 in Güstrow
8. 20. und 21. Oktober 1912 in Parchim
9. 27. und 28. Juli 1913 in Strelitz (Alt)
10. 21. Juli 1914 in Malchin
11. 20. und 21. Juli 1919 in Malchin
12. 02. Mai 1920 in Güstrow (außerordentlicher Parteitag)
13. 07. und 08. November 1920 in Warin
14. 02. und 03. November 1921 in Lübeck
15. 08. und 09. November 1922 in Bützow
16. 12. und 13. Januar 1924 in Schwerin
17. 30. und 31. August 1925 in Wismar
18. 24. und 25. April 1927 in Rostock
19. 18. und 19. März 1928 in Rostock (außerordentlicher Parteitag)
20. 07. und 08. April 1929 in Schwerin
21. 09. und 10. Mai 1931 in Rostock

Quelle: Mecklenburgische Volkszeitung.

6.6 Sozialdemokratischer Parteitag von Mecklenburg (Vorpommern)

7. April 1946 in Schwerin

Quelle: Archiv des Landesvorstandes der SPD 1945/46.

6.7 Sozialdemokratische Parteitage v on Pommern

1. 24. April 1876
2. 28. Juni 1891 in Stettin
3. 27./28. Dezember 1892 in Grabow
4. 1893 Ort unbekannt
5. 1894 in Stettin
6. 1895 in Stettin
7. 15. September 1896 in Grabow
8. 19. August 1897 in Stettin
9. 24./25. September 1899 in Stettin
10. 28./29. September 1902 in Stettin
11. 28./29. September 1904 in Stettin
12. 2./3. September 1906 in Grabow
13. 23. bis 25. August 1908 in Köslin
14. 21. bis 23. August 1910 in Stettin
15. 1. bis 3. September 1912 in Stettin
16. 5. bis 7. Juli 1914 in Stralsund
17. 22.12.1918 Sonderparteitag
18. 25./26. Mai 1919 in Stettin
19. Außerordentlicher Parteitag 25. April 1920 in Stettin
20. Außerordentlicher Parteitag 01./02. Januar 1921 in Stettin
21. 22./23. August 1921 in Stettin
22. Außerordentlicher Parteitag 9.11.1924 in Stettin
23. 16./17. April 1927 in Stralsund
24. 5./6. Oktober 1929 in Köslin
25. Außerordentlicher Parteitag 10.8.1930 in Stettin
26. Außerordentlicher Parteitag 27.3.1932 in Stettin
27. 4./5. Februar 1933 in Stettin

(Gesamtmitgliederversammlung fanden jeweils vor den zentralen Parteitagen der SPD statt auf denen Anträge und überregionale Personalangelegenheiten diskutiert und beschlossen wurden. Nur in Ausnahmen liegen Protokolle von Parteitagen vor. Überwiegend gibt es als Quelle nur die Tageszeitung.)

6.8 Sozialdemokratische Parteitage von Mecklenburg-Vorpommern

1. Gründungsparteitag der SPD Mecklenburg-Vorpommern, 09. März 1990 in Güstrow
2. Außerordentlicher Landesparteitag, 25./26. August 1990 in Neubrandenburg
3. Landesparteitag, 20.–21. Oktober 1990 in Güstrow
4. Außerordentlicher Landesparteitag, 29. November/1. Dezember 1991 in Stralsund
5. Landesparteitag, 19./20. Juni 1993 in Waren-Müritz
6. Außerordentlicher Landesparteitag, 29./30. April 1994 in Schwerin
7. Außerordentlicher Landesparteitag, 2. Dezember 1994 in Wismar ?
8. Landesparteitag, 10./11. Juni 1995 in Bergen/Rügen
9. Landesparteitag, 29./30. November 1996 in Kühlungsborn
10. Landesparteitag, 24./25. Mai 1997 in Sternberg
11. Landesparteitag, 06./07. Juni 1998 in Torgelow
12. Außerordentlicher Landesparteitag, 23. Oktober 1998 in Güstrow
13. Landesparteitag, 17./18. April 1999 in Rostock-Warnemünde
14. Landesparteitag 05./06. Mai 2001 in Stralsund
15. Bildungsparteitag, 30. Oktober 2001 in Güstrow
16. Landesvertreterversammlung, 25./26. Mai 2002 in Ludwigslust
17. Außerordentlicher Landesparteitag, 02. November 2002 in Warnemünde
18. Landesparteitag, 05./06. April 2003 in Neustrelitz

Protokollquellen: Landesverband der SPD, Archiv der Sozialdemokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn

6.9 Mitgliederbewegung

Agitations- bezirk	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913	1914
Mecklenburg	?	?	4702	7523	7395	8712	10067	9391	11002
Pommern	5061	5997	6723	8136	9627	10406	11804	12429	12319

Land	1919	1928	1930	1946
Mecklenburg Schwerin/Strelitz und Lübeck	30581	23119	25146	
Pommern	29257	11590	15587	
Mecklenburg (Vorpommern)			81000	

Land	1991	1994	1998	2002
Mecklenburg- Vorpommern (jeweils zum 31.12.)	1860	3210	3420	3400

Quellen

- Werner Müller, Fred Mrotzek: Die Geschichte der SPD in Mecklenburg und Vorpommern, Dietz, Bonn 2002.
- Dieter Fricke, Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1869–1917, Berlin 1987, S. 312 f.
- Tätigkeitsbericht des Bezirksverbandes Pommern der Sozialdemokratischen Partei für die Zeit vom 1.1.1929–31.12.1930, Stettin 1931, S. 26.
- SPD-Landesverband

7. Dokumente (Auswahl)

Abschrift

1. Statut des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold (Auszug)*

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer e. V.

Gau Pommern

Geschäftsführer: Lagerhalter Hermann Morgenroth, Stettin
Alleestraße 13 / Telephon 4400

A. Zweck und Name des Bundes

§ 1

Zweck des Bundes ist die Zusammenfassung aller reichsdeutschen Kriegsteilnehmer des Weltkrieges und der im Waffendienst ausgebildeten Männer, die unbedingt auf dem Boden der republikanischen Verfassung stehen. Der Verein führt den Namen „Reichsbanner Schwarz=Rot=Gold“ Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer, e.V.

§ 2

Der Bund wird die Kameradschaft und republikanische Gesinnung wecken und pflegen, die Reichsverfassung sowie die republikanischen Länderverfassungen schützen und sich den republikanischen Regierungen und Behörden in Fällen der Not zur Verfügung stellen. Er wird am wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau Deutschlands mitarbeiten, für die Interessen der Kriegsteilnehmer und insbesondere für die Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen mit Nachdruck eintreten. Eine illegale Bewaffnung, gleich welcher Art, lehnt der Bund ab.

* Privatbesitz Werner Lamprecht.

B. Bundesgebiet, Bundesleitung, Reichsausschuss

§ 3

Der Bund erstreckt sich über das ganze Deutsche Reich

§ 4

An der Spitze des Bundes steht der Bundesvorstand. Er setzt sich zusammen aus dem 1. und 2. Vorsitzenden, dem 1. und 2. Schriftführer, dem 1. und 2. Kassierer und neun Beisitzern. Der 1. Vorsitzende vertritt den Bund gerichtlich und außergerichtlich. Sitz des Bundesvorstandes ist M a g d e b u r g. Der Bund soll in das Vereinsregister eingetragen werden.

§ 5

Dem Bundesvorstand steht beratend zur Seite ein Reichsausschuss, dessen Mitglieder vom Bundesvorstand gewählt werden. Die Tätigkeit des Reichsausschusses erstreckt sich auf das ganze Gebiet der Bundesarbeit. Vor wichtigen Entscheidungen hat der Bundesvorstand den Reichsausschuss zu hören.

C. Gliederung: Gaue und Ortsvereine

§ 6

Das Reichsgebiet wird vom Bundesvorstand in Gaue eingeteilt, welche sich aus den Vereinen der einzelnen Orte zusammensetzen.

§ 7

An der Spitze jedes Gaues steht der Gauvorstand. Er setzt sich zusammen aus dem Vorsitzenden, Schriftführer (zugleich Vertreter des Vorsitzenden), Kassierer und zwei Beisitzern. Der Gauvorstand und jedes seiner Mitglieder bedürfen der Bestätigung des Bundesvorstandes, um rechtmäßig das Amt ausüben zu können. Die Bestätigung kann jederzeit widerrufen werden.

§ 8

In jedem Orte des Bundesgebiets kann ein Ortsverein gebildet werden. Aufnahmefähig ist nur, wer dem § 1 des Bundesstatuts entspricht. Über die Aufnahme entscheidet allein der Ortsvereinsvorstand. Der Austritt kann jederzeit durch Erklärung gegenüber dem Ortsvereinsvorsitzenden erfolgen. Die Ortsvereinsvorstände können Förderer und Gönner des Bundes zu Ehrenmitgliedern mit vollen Mitgliederrechten ernennen. Ferner können Jugendabteilungen gebildet werden. Mitglied der Jugendabteilung „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ kann jeder Jugendliche werden, wenn er von mindestens drei Mitgliedern empfohlen wird.

2. Artikel aus „Kampfgefährte“, Mitteilungsblatt der SAJ Pommerns, Juni 1931 (Auszug)⁺

Der Bezirksjugendtag in Gollnow

„Werden wir das gesteckte Ziel erreichen, werden wir es schaffen?“ „Werden bei der großen wirtschaftlichen Not viele kommen?“ Diese Fragen konnte man von unserem Bezirksjugendtag vernehmen.

Der Bezirksjugendtag selbst hat diese zweifelnden Fragen beantwortet. Es ist geschafft worden! Unsere Jugendgenossinnen und -genossen haben aufs neue gezeigt, dass sie für ihre Bewegung auch finanzielle Opfer bringen. Leicht ist es sehr vielen in dieser schweren wirtschaftlichen Situation sicher nicht geworden. Aber jeder wußte, dass der Tag der Arbeiterjugend in Gollnow nur dann Wert und Wirkung hat, wenn es ein Massenaufmarsch, eine wuchtige Kundgebung unseres Willens wird. Mit der Eisenbahn, mit dem Auto, auf dem Rad und zu Fuß sind unsere Jugendgenossinnen und -genossen aus fern und nah in Gollnow erschienen. 500 SAJ-ler und Falken der Kinderfreunde marschierten gemeinsam unter unseren blutroten Fahnen auf.

Sie sind nicht enttäuscht worden. Einzelne Teilnehmer wollten mehr, wollten einzelnes anders haben. Aber darüber dürfte es nur ein Gesamt-

urteil geben, dass der Jugendtag eine kraft- und eindrucksvolle Kundgebung gewesen ist. Die Stadt stand unter dem Eindruck des Jugendtages. Der sozialistischen Bewegung fehlt es nicht an frischer, kampfesfroher und begeisterter Jugend! Dafür war der Bezirksjugendtag der stärkste Beweis. Der Jugendtag war ein Bekenntnis der Jugend für den Sozialismus, für den unzählige vor ihr gekämpft haben. Die Jugend wird weiterkämpfen!

Die Kommunisten waren von ihrer Bezirkszentrale angewiesen worden, den Jugendtag zu besuchen, d.h. zu stören. Es waren auch etwa 50 Kommunisten erschienen, um die „Einheitsfront“ herzustellen. Nach den Berichten der kommunistischen Presse lag die SAJ in den letzten Zügen. Ein kleines Häuflein dachten sie vorzufinden. Ihnen blieb einfach „die Spucke weg“, sie waren überwältigt, als sie den imposanten Aufmarsch sahen. Ihre Anbiederungsversuche scheiterten an der Selbstdisziplin unserer Jugendtagsteilnehmer. Einen solchen Jugendtag, auf dem wirklich die Jugend vertreten ist, haben die Kommunisten uns bisher in Pommern nicht vorgemacht und werden es auch nicht schaffen, uns dies nachzumachen.

⁺ Privatbesitz Werner Lamprecht.

Abschrift

3. Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion
auf Linderung der wirtschaftlichen Not der Siedler⁺

Mecklenburg-Schwerin
7. Ordentlicher Landtag 1932

Drucksache Nr. 4

Antrag der sozialdemokratischen Fraktion

Wir beantragen, der Landtag wolle beschließen:

Das Staatsministerium wird ersucht, die wirtschaftliche Not der im Lande angesetzten Siedler durch folgende Maßnahmen zu lindern:

1. Die Freistellung von der Grundsteuer wird für die Siedler um 2 Jahre verlängert, d.h. auf 7 Jahre festgesetzt
2. Für die vom Staat gewährten Kredite werden den Siedlern drei völlig zinsfreie Jahre bewilligt.
3. –50 Prozent der den hochbelasteten Siedlern Staat gewährten Kredite sind zu erlassen.
4. Auch die vor dem 1.4.1932 angesetzten Siedler werden von der Grundsteuer für das Amt freigestellt.

Zur Zeit bestehende Rückstände an Zinsen und sonstigen Lasten sind weitmöglichst zu erlassen.

Bei der Reichsregierung ist mit Nachdruck zu verlangen, dass Rückstände an Zinsen und Lasten ebenfalls weitgehendst niedergeschlagen werden, dass die Reichssiedlungskredite den hochbelasteten Siedlern zu 25–50 Prozent erlassen werden, dass die Verzinsung, einschließlich der Amortisation für Reichskredite auf mindestens 4 % gesenkt wird, und dass auch für alle Reichssiedlungskredite mindestens drei Freijahre gewährt werden.

Selbstverständlich muss Vorsorge getroffen werden, dass nach diesen gewährten Entlastungen nicht durch Aufnahme neuer privater Lasten eine neue Verschuldung der Siedler eintreten kann.

Schwerin, den 3. Juli 1932

Moltmann. Hennecke.

⁺ Vgl. LHA Schwerin. Mecklenburg-Schwerinscher Landtag, Nr. 381, Drucksache Nr. 4.

Abschrift

4. Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der Papen-Regierung das Mißtrauen auszusprechen⁺

Mecklenburg-Schwerin

7. Ordentlicher Landtag 1932

Drucksache Nr. 11

Antrag der sozialdemokratischen Fraktion

Wir beantragen, der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, der auf Grund von Vereinbarungen mit Adolf Hitler über die Aufhebung des Verbots der SA usw. gebildeten Reichsregierung von Papen wegen ihrer lediglich die Massen des Volkes belastenden Politik das schärfste Mißtrauen des Mecklenburg-Schwerinschen-Landtages auszusprechen und die Aufhebung der letzten Notverordnung zu fordern.

Schwerin, den 3. Juli 1932

Moltmann

Wehmer

Groth

Schwerin, den 13. Juli 1932

K r ü g e r
Vorsitzender

⁺ Vgl. LHA Schwerin. Mecklenburg-Schwerinscher Landtag, Nr. 381, Drucksache Nr. 11.

Abschrift

5. Große Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion an die Staatsregierung
„Terrorakte in Mecklenburg“

Mecklenburg-Schwerin
7. Ordentlicher Landtag 1932

Drucksache Nr. 35

Große Anfrage

der sozialdemokratischen Fraktion
an die Mecklenburgische Staatsregierung

In letzter Zeit, im besonderen nach dem Antritt der Regierung am 13. Juli, häufen sich im Lande Mecklenburg die Terrorakte. Wie durch die Polizei und einwandfreie Augenzeugen festgestellt worden ist, werden diese Gewaltakte verübt von Leuten, die die nationalsozialistischen Parteiformen tragen. In verschiedenen Städten sind Fensterscheiben von Geschäftsstellen und Verkehrslökalen der Arbeiterschaft eingeschlagen worden. In der Nacht vom 5. auf den 6. August sind über 20 ruhig und einzeln ihres Weges gehende Schweriner Bürger von nationalsozialistischen Truppen in Stärke von 30 bis 50 Mann überfallen, bestohlen und niedergeschlagen worden. Ähnliche Terrorakte spielten sich auch in anderen mecklenburgischen Städten und Gemeinden ab.

Was gedenkt die Regierung zu tun, um diesem Unwesen in Mecklenburg ein Ende zu bereiten und Sicherheit und Leben der mecklenburgischen Staatsbürger zu schützen?

Schwerin, den 9. August 1932

Moltmann

Wehmer

Fuchs

Schwerin, den 11. August 1932

K r ü g e r
Vorsitzender

+ Vgl. LHA Schwerin. Mecklenburg-Schwerinscher Landtag, Nr. 381, Drucksache Nr. 35.

6. Kampf gegen die Feinde des Volkes⁺

NACHRICHTEN - BLATT
der
SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS

Arbeiter und Arbeiterinnen Neubrandenburgs und Umgegend!

Ein unglückliches Verhängnis lastet auf dem deutschen Volke. Nicht nur die Feinde im Auslande bedrohen und zerrütten unsere Volkskraft, sondern es verhindert auch die Zerrissenheit der Meinungen im Innern jeden Versuch eines Wiederaufbaues. Der Krieg drückte machtvolle Arbeiterorganisationen zur Bedeutungslosigkeit herab. Der Gedanke und der Wille zur Tat ließen sie nach dem Kriege machtvoller denn je wieder erstehen. In nie geahnter Zahl von Mitgliedern politischer und gewerkschaftlicher Richtung wären sie sehr wohl in der Lage gewesen, die Geschicke unseres Volkes im Sinne des Fortschrittes und der Entwicklung des Sozialismus zu führen. Aber da kamen die Besserwisser von allen Seiten, die zum Teil aus Eigennutz, um ihre verloren gegangenen Vorrechte wiederzugewinnen; zum Teil aus dem Gedanken heraus, schneller zum Ziele, die politische Alleinherrschaft zu erlangen, begannen, die Arbeiterorganisationen auf Leben und Tod zu bekämpfen. Zuerst Verdächtigungen, dann versteckte Lügen und zuletzt die widersinnigsten und haarsträubensten Unwahrheiten verbreitend unterminierten sie Ansehen und Macht der Arbeiterschaft. Mit innigem Behagen sahen die derzeitigen Inhaber der wirtschaftlichen Macht – Arbeitgeber in Industrie und Landwirtschaft –, wie nach jeder Lüge ein Stein nach dem anderen von dem stolzen Bau gewerkschaftlicher und besonders politischer Kampfstellung der Arbeiterschaft abbröckelte.

Arbeiter, Arbeiterinnen! Auch in unserem Bezirk haben die ungünstigen Verhältnisse dazu geführt, dass die Zeitung unseres Bezirkes einging. Wir hatten also keine wirksame Waffe mehr, die Lügen von rechts und links zu bekämpfen. In den Versammlungen erschienen die erfahrenen Kollegen nicht, sie wurden von dem Verhalten der Zerstörer der Arbeiterfront angeekelt. Großmäulige Verleumder und Lügner beherrschten die verbitterten Erwerbslosen und die noch nicht urteilsfähige Jugend.

In Zukunft wird das anders werden. Das vielleicht allzuleicht überlassene Kampfziel muß wieder behauptet und erweitert werden. Die Sozialdemokratie wird Mittel und Wege finden, mit den alten Waffen der Aufklärung an

⁺ Vgl. LHA Schwerin. Mecklenburg-Strelitzer Landtag, Nr. 355.

Euch heranzukommen. Wir werden sachlich an Euren Verstand uns wenden, schonungslos von den Zerstörern der Arbeitermacht Rechenschaft fordern, gleich, ob sie sich deutschvölkisch oder kommunistisch nennen.

An Euch liegt es Arbeiter und Arbeiterinnen, wieder vorwärts zu kommen. Heraus aus der Reserve! Helft uns, aufzuklären, dann werden wir wieder siegen trotz Lug und Trug. A n d i e A r b e i t!

REICHSBANNER SCHWARZ-ROT-GOLD

Abschrift

7. Aufruf gegen die Sozialdemokratie⁺

Reichsverband gegen die Sozialdemokratie

Nr. 30

Berlin SW. 11, Dessauerstr. 30

A u f r u f

Die Reichstagswahlen des Jahres 1903 haben blitzartig die Gefahr beleuchtet, die den Bestand des Deutschen Reiches, die Zukunft des deutschen Volkes bedroht: nicht weniger **als 3 010 771 Stimmen** sind für die Kandidaten der Sozialdemokratie abgegeben worden, das heißt, die Zahl derjenigen, die sozialdemokratisch wählten, hat sich seit 1871 verdreißigfacht, seit 1881 verzehnfacht. Allein seit den Wahlen 1898 betrug die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen nahezu eine Million oder 462 von Hundert, und in einer Stärke von 81 Mann ist die sozialdemokratische Partei in den neuen Reichstag eingezogen.

Um der sozialdemokratischen Gefahr entgegenzutreten, ist am 9. Mai 1904 in Berlin von Männern der verschiedensten politischen und wirtschaftlichen Anschauungen, der verschiedenen Berufs- und Lebensstellungen und von Angehörigen aller Bundesstaaten und Landesteile der „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“ begründet worden, der es sich zur Aufgabe gestellt hat, alle nicht sozialdemokratisch gesinnten Staatsbürger in Stadt und Land ohne Unterschied der Partei und Religion zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie zusammenzuschließen. **Diese Aufgabe des Reichsverbandes schließt jede Tendenz zur Bildung einer neuen Partei aus, fordert vielmehr den bestehenden bürgerlichen Parteien gegenüber grundsätzlich volle Neutralität.** Der Reichsverband wird lediglich die verhetzende, den Klassenhaß schürende und die Entwicklung Deutschlands lähmende Sozialdemokratie bekämpfen.

Der Reichsverband wird daher insbesondere ein Ziel verfolgen: die Herbeiführung geschlossenen Vorgehens gegen die Sozialdemokratie bei den Wahlen seitens aller treu zu Kaiser und Reich stehenden Parteien und Personen. Die letzten Reichstagsersatzwahlen in Zschopau-Marienberg, Altenburg, Frankfurt a. O., Jerichow, Hof, Hameln-Springe, Ober-Barnim, Erlangen-Fürth, Eisenach-Dermbach, Plön-Oldenburg, Darmstadt und die Landtagswahlen in Schwarzburg-Rudolstadt haben gezeigt, dass auch die sozialdemokrati-

⁺ Vgl. LHA Schwerin. Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, Ortsgruppe Neustrelitz, Nr. 1.

schen Bäume nicht in den Himmel wachsen, wenn nur das deutsche Bürgertum sich seiner Pflicht bewußt ist und alle nicht sozialdemokratischen Wähler unter einer gemeinsamen Flagge sich vereinigen. Bei genügender Organisation können in etwa 50 Wahlkreisen des Deutschen Reiches, die heute gefährdet sind, die bürgerlichen Parteien die rote Partei dauernd niederringen. Diese Organisation zu schaffen, und zwar sofort, nicht erst einige Wochen vor den allgemeinen Wahlen, wird eine der Hauptaufgaben des Reichsverbandes sein, der es sich angelegen sein lassen wird, durch ein ausgedehntes Netz von Vertrauensmännern der rührigen Propaganda der Sozialdemokratie mit gleichem Eifer entgegenzutreten.

Diese Tätigkeit soll unterstützt werden durch die Verbreitung von Flug-schriften und Flugblättern, in denen das deutsche Volk über das wahre Wesen der Sozialdemokratie und deren Gefahr für die Kultur und Wohlfahrt des deutschen Volkes, sowie für die persönliche Freiheit des Einzelnen aufgeklärt werden soll. Namentlich wird der Verband, der die berechtigten Bestrebungen der Arbeiter auf Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage ausdrücklich anerkennen, bemüht sein, in der deutschen Arbeiterschaft die Erkenntnis zu wecken, dass die Sozialdemokratie den wahren Interessen der Arbeiter nicht dient, sondern diese nur dazu benutzt, um mit ihrer Hilfe die politische Macht und damit die Möglichkeit zur Durchführung ihrer revolutionären und internationalen Endziel zu erlangen. Diesem Zwecke dient auch die Herausgabe einer seit August 1904 an 700 deutsche Zeitungen wöchentlich versandten „Korrespondenz“, ferner eine Rednerschule, deren vierter Kursus soeben stattgefunden hat und in der jährlich 50– 60 Wanderredner ausgebildet werden sollen, und endlich auch die Errichtung von Rechtsauskunftsstellen.

Der Reichsbund wird daher auch alle diejenigen Kreise, die unter dem Drucke des sozialdemokratischen Terrorismus seufzen und durch rücksichtslosen Boykott und ähnliche Gewaltmaßnahmen unter das sozialdemokratische Joch gezwungen werden sollen, insbesondere also die Arbeiterschaft, Kleinhandel, Gewerbe und Industrie gegen sozialdemokratische Anmaßung zu schützen und vor wirtschaftlichen Schädigungen zu bewahren suchen.

Die Lösung dieser großen Aufgabe wird aber nur dann möglich sein, wenn alle Deutschen ohne Unterschied der Partei und Religion mit allen ihren moralischen und materiellen Machtmitteln den Reichsverband in seiner vaterländischen Arbeit unterstützen. Wir richten daher an alle patriotisch fühlenden Deutschen, die den Ernst der Zeit klar erkennen, die dringende Bitte, sich dem Reichsverbande anzuschließen und mit uns sich zu vereinigen unter dem Feldgeschrei: **Mit vereinten Kräften vorwärts für Kaiser und Reich, für die nationale Zukunft des deutschen Volkes und Vaterlandes gegen die internationale, revolutionäre Sozialdemokratie!**

8. Polizeibericht⁺

Rostock, den 4.6.20

Versammlung der U.S.P.D. Rostock, Philharmonie

Tagesordnung:

1. Die U.S.P.D. und die kommenden Wahlen
2. Freie Aussprache

Genosse N e c k e r eröffnete die Versammlung und erteilte dem Genossen Dr H e r z f e l d, Berlin, das Wort.

Herzfeld führte aus:

Der Tag der Entscheidung über Kapitalismus oder Sozialismus rückt heran. Übermorgen, Genossen, sollt ihr zeigen, welche Gesinnung ihr habt, ob ihr die alte Soldateska weiterbestehen lassen wollt, oder ob ihr die Herrschaft an euch reißen wollt. Für mich liegt der Wahlkampf ganz klar. Wir müssen die Sieger sein, wenn wir die weitere Unterdrückung und Ausbeutung des Proletariats nicht mehr mit ansehen wollen. Von den rechts stehenden Parteien werden uns Putsche zugemutet, an die wir gar nicht denken. Viel eher kommen sie von rechts. Wir halten unbedingt Ruhe und werden von unseren Waffen keinen Gebrauch machen. Es sei denn, dass uns durch einen Putsch von rechts der Sieg entzogen werden sollte. Dann aber wollen wir vereint zusammenstehen und den Kampf aufnehmen. Von keinem Mittel schrecken wir dann zurück. Darum an die Wahl, Männer und Frauen. Unser ist der Tag!

Redner ermahnet die Arbeiterschaft ruhig zu bleiben und keine Ausschreitungen zu begehen. Sollte jedoch gegen die Arbeiterschaft von seiten der Reichswehr vorgegangen werden, dann soll der Kampf durchgeführt werden bis zum Schluß.

Alsdann erfolgt auch die Sozialisierung. Die jetzigen Minister müssen von ihren Stellungen entfernt werden, an ihre Stelle treten Arbeiterräte. Unter dem neuen System können die Arbeiter endlich zu ihren Rechten in Bezug auf Industrie, Landwirtschaft usw. gelangen.

Die großen Güter müssen aufgeteilt werden, jeder einzelne bekommt gleich viel. Dann erst werden sich die Bürger wohl fühlen. Der Kapitalismus muss

⁺ Vgl. LHA Schwerin. Ministerium des Innern Schwerin, Nr. 21207.

unter allen Umständen aufgeteilt und beseitigt werden. Tausende von Arbeitern sind in den Putschtagen des März hingemordet worden und ihre Mörder laufen frei umher. Aber nun kommt die Abrechnung.

Durch die Diktatur des Proletariats am 13.11.18 ist der Achtstundentag eingeführt worden, wäre dies nicht der Fall gewesen, so müßten die Arbeiter heute noch 12–14 Stunden arbeiten und dem Kapitalismus die Taschen füllen, denn ein Arbeiter selbst verdient so wenig, dass er sich nicht kaufen kann.

Redner hetzte die Arbeiter stark auf. Er versicherte ihnen, dass sie getrost in die Zukunft sehen könnten, denn es sei alles vorbereitet um den Arbeitern die Macht zu geben. Er stellte ihnen herrliche Dinge und Zeiten in Aussicht.

Genosse N e c k e r schloß die Versammlung mit einem Hoch auf Sowjet-Rußland und die Internationale.
Anwesend waren 1200 Personen.

Die Stimmung in Rostock ist nicht mehr so zuversichtlich wie bisher.

9. Weisung des Ministeriums des Innern⁺

E. 245 b.

Schwerin, den 29. Dezember 1923

Die Wahlen zum Meckl. Landtag finden am 17.2.24 statt. Da im Reich der Ausnahmezustand nach Art. 48 der Reichsverfassung noch besteht, müssen die Wahlen unter erschwerenden Umständen vorgenommen werden, und die Zeit der Wahlvorbereitung stellt infolgedessen an die Pol.-Behörden ganz besondere Anforderungen, zumal mehrere politische Parteien durch Anordnungen des Inhabers der vollziehenden Gewalt im Reich verboten worden sind. Trotz dieser Verbote und trotz des Ausnahmezustands ist zu beachten, dass nach Art. 125 der Reichsverfassung, welcher durch den Art. 48 der Reichsverfassung nicht berührt wird, die Wahlfreiheit gewährleistet worden ist. Derselbe Grundsatz ist im § 24 der Verfassung des Freistaates Mecklenburg-Schwerin ausgedrückt in der Bestimmung, dass das Volk die Staatsgewalt unmittelbar durch Wahlen ausübt. Diese Ausübung darf auch durch einen Ausnahmezustand nicht beeinträchtigt werden. Infolgedessen sind Wahlvorschläge jeder Art zuzulassen, auch wenn sie die Bezeichnung einer an sich verbotenen Partei enthalten. Wählerversammlungen dürfen nur dann verboten oder verhindert werden, wenn eine unmittelbare Gefahr für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu besorgen ist. Diese Besorgnis darf sich aber nicht auf die Tatsache begründen, dass die Veranstalter der Versammlung an und für sich Mitglieder oder gewesene Mitglieder verbotener politischer Parteien sind. Allerdings ist es nicht statthaft, dass diese verbotenen politischen Parteien unter eigenem Namen Versammlungen abhalten. Wenn sie aber Vereinigungen bilden, welche sich lediglich mit der Wahl und der Wahlvorbereitung befassen, so ist eine derartige Vereinigung nicht verboten und darf in ihrer Bestätigung, sofern sich diese lediglich mit der Wahl und der Wahlvorbereitung befaßt, nicht behindert werden.

Der Inhaber der vollziehenden Gewalt im Wehrkreis II ist gebeten worden, die Verordnung vom 1. X. 23 I c, Nr. 29/23 Az. (Rbl. 1923, S. 898) für die Dauer der Wahlzeit aufzuheben, da sie eine Durchführung des Wahlkampfes erschwert, wenn nicht unmöglich macht. Die Stellungnahme des Inhabers der vollziehenden Gewalt wird demnächst noch mitgeteilt werden. Die Polizeibehörden werden angewiesen, diese Richtlinien strengstens zu befolgen.

Sollten dem zuwiderlaufende Anordnungen der Militärbehörden ergeben, so ist dem unterzeichneten Ministerium sofort auf dem schnellsten Wege Mitteilung zu machen. Bei dieser Gelegenheit werden die nachgeordneten Behör-

⁺ Vgl. LHA Schwerin. Ministerium des Innern Schwerin, Nr. 21219.

den darauf aufmerksam gemacht, dass ein direkter Verkehr mit dem Inhaber der vollziehenden Gewalt im Wehrkreis II. soweit er nicht durch Verordnungen ausdrücklich angeordnet ist, oder soweit nicht besondere Umstände ihn notwendig machen, zu unterbleiben hat, und dass in solchen Fällen die Vermittlung des unterzeichneten Ministeriums in Anspruch zu nehmen ist. Auch in Fragen an den Inhaber der vollziehenden Gewalt sind über das unterzeichnete Ministerium zu leiten.

Mecklenburg-Schwerinsches Ministerium des Innern

gez. Stellung

An die Räte der Stadtgemeinden,
die Landdrosteien und die Leitung
der Landgendarmerie - hier.

8. Abkürzungsverzeichnis

SAP	Sozialistische Arbeiterpartei
SAJ	Sozialistische Arbeiterjugend
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DVP	Deutsche Volkspartei
GVZ	Greifswalder Volkszeitung
KZ	Konzentrationslager
SMAD	Sowjetische Militäradministration Deutschland
SMA (M)	Sowjetische Militäradministration Mecklenburg
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
NS	Nationalsozialismus
SDP	Sozialdemokratische Partei
MVZ	Mecklenburgische Volkszeitung
KI	Kommunistische Internationale
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei
HU	Humboldt-Universität
SDAP	Sozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NKWD	Narodny Kommissariat Wnutrennych Del: Volkskommissariat für Innere Sicherheit
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
AOK	Allgemeine Ortskrankenkasse
ASR	Arbeiter und Soldatenrat
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund

9. Auswahlbibliographie

Ash, Timothy Garton, Ein Jahrhundert wird abgewählt, München 1990.

Biographisches Handbuch der SBZ/DDR 1945–1990. Hrsg. von Gabriele Baumgartner und Dieter Hebig, München 1997.

Borchert, Rudolf und Kniesz, Jürgen, Für Demokratie und Freiheit, 110 Jahre Sozialdemokraten in Waren, Waren 2004

Bouvier, Beatrix W., Ausgeschaltet!, Sozialdemokraten in der SBZ, Bonn 1996.

Die SED – Ein Handbuch, Geschichte-Organisation-Politik. Hrsg. von Andreas Hermann, Gerd-Rüdiger Stephan, Jürgen Winkler, Berlin 1997.

Dowe, Dieter/Klotzbach, Kurt, Programmatische Dokumente der deutsch Sozialdemokratie, Bonn 1990.

Enquete-Kommission „Aufarbeitung und Versöhnung“ des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 1996.

Fricke, Dieter, Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1987.

Hacker, Jens, Deutsche Irrtümer – Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen, Berlin; Frankfurt am Main 1992.

Heinrichs, Michael und Lüders, Klaus (Red.), Modernisierung und Freiheit. Beiträge zur Demokratieggeschichte in Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 1995

Herbst, Andreas/Ranke, Winfried/Winkler, Jürgen, So funktionierte die DDR – Lexikon der Organisationen und Institutionen, Hamburg 1994.

Herbst, Andreas/Stephan, Gerd-Rüdiger/Winkler, Jürgen (Hrsg.), Die SED-Geschichte, Organisation, Politik – ein Handbuch, Berlin 1997.

Kleßmann, Christoph, Die doppelte Staatsgründung, Deutsche Geschichte 1945–1955, Bonn 1991.

Krockow von, Christian Graf, Die Deutschen in ihrem Jahrhundert 1890–1990, Hamburg 1992.

Lehmann, Hans Georg, Deutschland-Chronik 1945 bis 1995, Bonn 1995.
Matull, Wilhelm, Ostdeutschlands Arbeiterbewegung – Abriß seiner Geschichte, Leistungen und Opfer, Würzburg, 1973.

Meuschel, Sigrid, Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR, Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989, Frankfurt am Main 1992.

Michels, Marko, Einheitszwang oder Einheitsdrang?! – Der Vereinigungsprozeß von KPD und SPD in Mecklenburg-Vorpommern (Fallstudie mit Anhang), Schwerin 1999.

Müller, Werner, Mrotzek, Fred und Köllner, Johannes, Die Geschichte der SPD in Mecklenburg und Vorpommern, Dietz Nachf. Bonn 2002

Miller, Susanne/Potthoff, Heinrich, Kleine Geschichte der SPD. 6. Auflage, Bonn 1988.

Müssener, Helmut, Exil in Schweden – Politische und kulturelle Emigration nach 1933, München 1974.

Potthof, Heinrich und Miller, Susanne, Kleine Geschichte der SPD, Bonn 2002

SBZ-Handbuch, hg. von Martin Broszat und Hermann Weber. 2. Aufl., München 1993.

Schröder, Wilhelm Heinz, Sozialdemokratische Parlamentarier in den Deutschen Reichs- und Landtagen 1867–1933. Ein Handbuch. Düsseldorf 1995.

Schumacher, Martin, M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus, Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945 – Eine biographische Dokumentation, Düsseldorf 1994.

Schwabe, Klaus, Die Zwangsvereinigung von KPD und SPD in Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 1996.

Schwabe, Klaus, Zwischen Krone und Hakenkreuz – Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Mecklenburg-Schwerinschen Landtag 1919–1932, Sindelfingen 1994.

Stunnack, Grit, Willi Jesse – Eine Biographie, Rostock 1997.

Weber, Hermann, DDR – Grundriß der Geschichte 1945–1990, Hannover 1991

Weber, Jürgen(Hg.), Der SED-Staat, Neues über eine vergangene Diktatur, München 1994.

Winkler, Heinrich August, Der Lange Weg nach Westen (2 Bde.), München 2001 (3. Aufl.)

10. Personen- und Ortsverzeichnis

A

Alt-Kuddezow 102
Altdamm 67
Altlöbau 97
Altona 61, 82, 92, 93
Altruppın 93
Anklam 103
Anstötz 100
Auer, Ignaz 36
Aurich 95

B

Bahr, Egon 26
Bargeshagen 94
Barth 71, 101, 102
Bartosch, Karl 3, 15, 61
Baudis, Klaus 1, 32, 37
Bautzen 79
Bebel, August 9, 13, 34, 35,
36, 38
Becker 100
becker 30, 39, 91
Beese, Heinrich 42
Belgard 103
Bentwisch 86
Berlin 12, 22, 28, 29, 30,
31, 32, 35, 36, 38, 39,
41, 44, 47, 52, 53, 58,
60, 62, 68, 73, 74, 78,
79, 81, 82, 83, 84, 90,
91, 94, 96, 97, 98, 101,
121, 130, 132, 137
Bischleben 81
Bischweiler 81
Blievenstorf 83
Bogen 49, 86

Boizenburg 37, 38, 81, 91
Bommels-Vitte 69
Botzenhardt, David 15
Bracke, Wilhelm 36
Brandt, Willy 26, 42
Braun, Otto 5
Bredow 67
Bremen 85, 87, 92, 104
Bremerhaven 87
Breslau 20, 58, 92
Brinkmann, Robert 48
Broszat, Martin 138
Brüz 54, 88
Buchholz 103
Bünning, Carl 64
Bützow 49, 86, 89, 91, 118

C

Cammin 79, 103
Carlow 98
Crivitz 84

D

Dahrendorf, Gustav 42
Dassow 83
Demmin 79, 101, 104
Dessau 62, 95, 130
Doberan 28, 29, 89
Dömitz 90
Donath 100
Dowe, Dieter 38
Drefahl, Udo 27
Dressel, Karl-Heinz 26
Düsseldorf 28, 31, 83, 104,
105, 116, 138

E

Ebert, Friedrich 78
Eisenach 9, 35, 130
Erft 28

Eugenfeld 48, 88

F

Fank, Max 3, 5, 23, 77, 78,
79, 80

Feldberg 93, 96, 109

Finkenwalde 67

Finn, Carl 35

Franzburg 71, 100

Freese, Walter 3, 63, 64, 65

Freienwalde 34

Fricke, Dieter 35, 121

Friedensdorf 103

Friedland 96

Friedrich Franz, Großherzog
von Mecklenburg-Schwerin
14, 32, 34

Fuhlsdorf 71

Fürstenwalde 92

G

Garmisch-Partenkirchen 84

Garwitz 84

Gelsenkirchen 51

Gera 41

Gielow 87

Glücksburg 95

Goldberg 54, 89

Göldner 101

Gollnow 100, 102, 124

Gostorf 83

Göttingen 37, 85, 96

Grabow 67, 87, 89, 119

Grewolls, Grete 104

Gutzeit, Martin 26

H

Hartwig, Theodor 3, 74, 75

Herbert, Fritz 3, 66, 67

Herrmann, Wolfgang 27

Herzfeld, Joseph 3, 12, 28, 29

Hildebrandt, Friedrich 18, 41

Hitler, Adolf 47, 126

Höcker, Wilhelm 3, 22, 55,
56, 57

Höfs, Else 3, 5, 68

Höfs, Paul 68

Horn, August 3, 69, 70, 71

J

Jesse, Willi 3, 20, 23, 41,
42, 43, 78, 138

Jüchen, Aurel von 3, 51, 52,
53

K

Kanehl, Jürgen 27

Karl, Xaver 3, 49, 50

Kilimann, Klaus 27

Kirchheiner, Hans 72

Kirchmann, Karl 3, 68, 76

Kleinschmidt, Karl 52

Klostermann, Gisela 1, 79, 80

Knappe 102

Koch, Heinz 104

Köhler, Günter 1, 71

Kortüm, Otto 3, 5, 78, 79, 80

Krüger, Ernst-Joachim 1, 65

Krüger, Günter 26

Krüger, Hans 14, 15, 59,
62, 63

Krull, Karl 3, 71, 72

L

Lamprecht, Werner 1, 7, 66,
67, 69, 72, 73, 74, 75,
77, 122, 124

Lassalle, Ferdinand 8

Leber, Julius 20, 42, 47

Leuß, Wilhelm 15, 59

Liebknecht, Karl 13, 30
Lüdemann, Hermann 3, 42,
50, 51
Lüders, Klaus 1, 39

M

Magdanz, Peter 27
Marx, Karl 8, 9, 36
Mehring, Franz 33
Meiritz, Heinz 28
Mertelmeyer, Bruno 36
Michael, Karl 14
Michels, Marko 1, 49, 50,
51, 54
Moltmann, Carl 3, 22, 23,
54, 55
Moritz, Karl 3, 23, 42, 48, 49
Mrotzek, Fred 1, 10, 45,
47, 121
Müller, Heinz 27

N

Nespital, Robert 56
Noske, Gustav 77

P

Parchim 2, 13, 17, 43, 54,
83, 84, 87, 88, 91, 118
Penzlin 56, 59, 85, 95
Petersdorf 94
Picht, Walter 78, 80
Pieck, Wilhelm 47
Plate 92
Plau 36, 88
Pölitz 76, 100
Priebert 96
Prislich 91

R

Rechlin 96, 97

Regenwalde 72
Reinhard, Ludwig 3, 8, 36,
37, 38, 39
Rheinländer 103
Ringstorff, Harald 3, 5, 26
Röbel 12, 89, 90
Rohlsdorf 88
Rossow 52
Rostock 10, 12, 14, 20, 23,
26, 27, 28, 29, 30, 31,
34, 36, 37, 38, 41, 42,
43, 44, 45, 46, 47, 56,
57, 58, 64, 81, 82, 83,
84, 85, 86, 87, 89, 90,
91, 92, 104, 106, 107,
118, 120, 132, 133, 138
Rüggkamp 85
Rummelsburg 81

S

Sankowski 103
Saßnitz 102
Satow 89
Schallock, Richard 3, 72, 73
Scheune 67
Schlawe 102, 103
Schmalfeldt 103
Schmidt, Helmut 26
Schneeberg, Carl 20
Schönbeck 96
Schönberg 11, 98
Schröder, Karl 42
Schröder, Wilhelm 43
Schroeder, Paul 3, 15, 43,
44, 45
Schulz, Albert 3, 20, 22, 23,
41, 42, 44, 45, 46, 47
Schumacher, Kurt 21, 43, 78
Schumacher, Martin 104
Schumann, Gustav 3, 74

Schwaan 84, 89
Schwabe, Klaus 1, 7, 41, 43,
53, 55, 57, 60
Schwante 25
Schwerin 1, 2, 3, 4, 5, 7,
10, 11, 12, 13, 14, 15,
17, 18, 19, 24, 26, 27,
29, 30, 31, 32, 33, 34,
35, 36, 37, 40, 42, 43,
44, 48, 49, 50, 51, 52,
54, 55, 56, 60, 78, 81,
82, 83, 84, 85, 86, 87,
88, 89, 91, 92, 94, 104,
107, 111, 114, 118, 119,
120, 121, 125, 126, 127,
128, 130, 132, 134, 135,
137, 138
Sepke, Otto 64
Sommerfeld 83
Soran 91
Spiekeroog 95
Stargard 95, 98, 100
Starosson, Franz 56
Starsow 94
Stelling, Johannes 3, 5, 15,
39, 40, 41, 44
Stendal 87
Stephan, Gerd-Rüdiger 137
Stettin 12, 17, 63, 67, 68,
71, 73, 74, 76, 93, 99,
121
Stolp 43, 90, 100, 101,
102, 104
Stolpe 43, 90
Stralendorf 88
Stralsund 7, 17, 26, 64,
65, 66, 68, 69, 72, 76,
77, 78, 79, 80, 100,
101, 102, 104, 119,
120

Strasburg 72
Strelitz (Alt) 12, 118
Streuert, August 3, 65
Stülpner 104
Sukau 81
Sülze 81, 85, 97
Swinemünde 101, 103

T

Techentin 86
Terrehaute 90
Teterow 12, 26, 92, 108
Theek, Bruno 3, 53, 54
Tinz 41
Torgau 79
Torgelow 79, 120
Türk, Karl 8

U

Ückermünde 104
Ulbricht, Walter 22
Ullmann 104
Ulm 93, 98

V

Vorwerk 83

W

Waldheim 79
Waren 12, 22, 82, 85, 106,
120, 137
Warnemünde 81, 120
Warnke, Karl 64
Warsow 67
Washington 15, 58, 96
Wattenscheid 79
Weber, Hermann 138
Wehner, Herbert 42, 73
Wendorff, Hugo 14
Wiggers, Moritz 8

Wilhelm I., Deutscher Kaiser
37

Wilna 58

Winkler, Jürgen 137

Wismar 2, 12, 14, 17, 26,
31, 48, 49, 81, 82, 83,
84, 88, 91, 109, 118,
120

Wittenberge 91

Wittenburg 90, 109

Woldegk 56, 97

Wusterhausen 96

Wustrow 43, 90

X

Xions 74

Z

Zarrentin 83, 91

Zielow 89

11. Die Autoren

Klaus Baudis, Dr. sc. phil., geb. 1834 in Berlin, Historiker und wissenschaftlicher Archivar im Landeshauptarchiv Schwerin, Verfasser von Publikationen zur Demokratiegeschichte und mecklenburgischen Arbeiterbewegung.

Gisela Klostermann, geb. 1945 in Bad Köstritz, Germanistin, Forschungen und Publikationen zu Persönlichkeiten der Zeitgeschichte und Geschichte des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Günter Köhler, geb. 1932, Historiker, Veröffentlichungen zur Geschichte des Nationalsozialismus und der Arbeiterbewegung.

Ernst-Joachim Krüger, Dr. phil., geb. 1926 in Klockow bei Friedland/Mecklenburg, Historiker, Greifswald, Veröffentlichungen zur Landesgeschichte und zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Mecklenburg und Vorpommern.

Werner Lamprecht, Dr. phil., geb. 1929 in Stettin, Historiker, Veröffentlichungen zur Geschichte der mecklenburgischen und pommerschen Arbeiterbewegung und zur pommerschen Landesgeschichte.

Klaus Lüders, Dr. phil., geb. 1940 in Hamburg, Dipl. Politologe, von 1989 bis 2004 Leiter des Hauses Mecklenburg und Geschäftsführer der Stiftung Mecklenburg in Ratzeburg, Veröffentlichungen über sowjetische Afrikapolitik, deutsche Frage, Menschenrechtserziehung und Demokratiegeschichte.

Marko Michels, Dr. phil., geb. 1970 in Crivitz, Historiker und Politologe, Veröffentlichungen zu neueren Geschichte der SPD in Mecklenburg-Vorpommern

Fred Mrotzek, Dr. phil., geb. 1965 in Parchim, Historiker und Archivar, Assistent der Universität Rostock, Veröffentlichungen zur Zeitgeschichte des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Klaus Schwabe, Dr. phil., geb. 1944 in Danzig, Philosoph, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Landeshauptarchivs Schwerin, Publikationen zur Geschichte der Arbeiterbewegung und des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Gustav Adolf Strasen, Dr. phil., geb. 1927, Historiker, zeitgeschichtliche Publikationen zur Arbeiterbewegung und zur Landesgeschichte Mecklenburg-Vorpommerns.